Morgenausgabe

Nr. 583 / A 296 — 44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend 10. Dezember 1927

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Die Stillegungsverhandlungen abgesagt!

Die Gewerkschaften erklären: Schlichtungsverhandlungen gehen vor. — Der Regierungsvertreter schließt sich an. — Entscheidung der Reichsregierung frühestens Sonntag.

Die Entscheidung in dem Konflikt mit der Schwereisenindustrie wird aller Voraussicht nach zu Beginn der kommenden Woche fallen. Am Freitag vormittag fand eine zweite Ministerbesprechung über den Arbeitskonflikt statt. Im Anschluß daran erfolgte eine nicht offizielle Fühlungnahme zwischen dem Reichsarbeitsminister und den Parteien, also sowohl mit den Eisenindustriellen als auch mit den Gewerkschaften.

Die Antwort des Reichsarbeitsministers auf das Gesuch der Schwerindustriellen zur Fristverlängerung wird nicht vor Sonntag erfolgen. Es ist auch daher kaum anzunehmen, daß die Schlichtungsverhandlungen, die am Sonnabend beginnen und für die die Entscheidung des Reichsarbeitsministers über die Arbeitszeitverordnung zum Teil erst die notwendigen Verhandlungsgrundlage bringt, am ersten Verhandlungstag bereits über allgemeine Beratungen hinauskommen werden.

Von zuständiger Stelle wird betont, daß die Regierung es als ihre ernsteste Pflicht betrachte, bei der Schwere und Bedeutung der Entscheidung in engster Fühlungnahme mit den beiden Parteien die Streitfrage nochmals aufs genaueste zu prüfen.

Stillegungsverhandlungen abgebrochen

Keine sachliche Entscheidung des Regierungsvertreters.

Bochum, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Heute fanden in dem Westfälischen Drahtwerk in Hamm vor dem Vertreter des Demobilmachungskommissars, Regierungsrat Fritzsch, die ersten Stillegungsverhandlungen für die in Durchführung des Beschlusses zur Betriebsstillegung in der Eisen- und Stahlindustrie am 1. Januar 1928 angemeldeten Werke statt.

An den Verhandlungen nahmen Vertreter der Werksleitung, der drei Metallarbeiterverbände, sowie der Betriebsrat teil. Direktor Langen begründete den Stillegungsantrag. Er führte aus, daß die Stillegung keine Kampfmaßnahme, sondern vielmehr eine Vorsichtsmaßregel gegen die durch die Forderungen der Metallarbeiterverbände eingetretene Ueberlastung des Unternehmens darstellen. Die Metallarbeiterverbände gaben folgende Erklärung ab:

„Wir sehen in dem Stillegungsantrag ein Druckmittel auf die Regierung, um ihre Entscheidung in der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli zu beeinflussen. Der Stillegungsantrag stellt einen unberechtigten Eingriff in die schwebenden Verhandlungen und eine Verletzung der sich aus dem bestehenden Tarifvertrag ergebenden Friedenspflicht dar. Bis zur Erledigung des Schlichtungsverfahrens, an dem wir beteiligt sind, können wir keine weiteren Erklärungen abgeben, auch schon aus dem Grunde, weil die örtliche Werksleitung auf eine Durchführung oder Aufhebung des Stillegungsantrages keinen Einfluß hat."

Nach der Verlesung dieser Erklärung erklärte der Regierungsvertreter, daß dem Demobilmachungskommissar jetzt der Weg gezeigt sei, der beschritten werden müsse. Er entnehme der Mitteilung der Gewerkschaftsvertreter, daß sie nicht bereit seien, an den Stillegungsverhandlungen teilzunehmen. **Aus diesem Grunde erkläre er die Verhandlungen für beendet.**

Unter diesen Umständen würden sich auch weitere Stillegungsverhandlungen für die übrigen Werke nach seiner Auffassung für überflüssig erweisen,

doch bleibe dem Demobilmachungskommissar, Regierungspräsident Königin Arnsberg die Entscheidung vorbehalten.

Der Demobilmachungskommissar lehne es ab, weder nach der einen noch nach der anderen Seite positiv Stellung zu nehmen, um die Objektivität zu wahren. Gleichzeitig sagte der Stillegungskommissar die für heute nachmittag angesetzten Stillegungsverhandlungen bei der Westfälischen Union in Hamm ab.

Die Gewerkschaften erklärten sich mit dem Standpunkt des Demobilmachungskommissars, dessen Verhandlungstätigkeit von der gebotenen Sachlichkeit bestimmt war, einverstanden.

Die freien Gewerkschaften wachsen!

J. St. Essen, 9. Dezember.

Die Stellung der freien Gewerkschaften im Lande des Eisens und der Kohle ist nicht immer ganz leicht. Schwierigkeiten erwachsen ihr von rechts wie von links.

Die christlichen Gewerkschaften geben den Achtstundentag in der weiterverarbeitenden Industrie preis und beschränken sich, soweit die Arbeitszeit in Frage kommt, auf die Durchführung der Verordnung des Reichsarbeitsministers. Diese Haltung der christlichen Gewerkschaften ist ein ungewöhnlicher Vorgang; denn in den letzten Jahre sind die Forderungen der Gewerkschaften aller Richtungen im allgemeinen gemeinsam aufgestellt und vertreten worden. Wenn die christlichen Gewerkschaften jetzt in einer so grundsätzlichen Frage, wie der des Achtstundentages, eine unerfreuliche Sonderstellung einnehmen, so muß man das auf politische Einflüsse, denen sie unterlegen sind, zurückführen.

Auf der anderen Seite fallen die Kommunisten den freien Gewerkschaften in den Rücken. Sie, zu deren Domänen das Ruhrgebiet während der Inflationsjahre gezählt hat, bemühen sich jetzt, durch eine verlogene Agitation ihren Einfluß wenigstens teilweise zurückzugewinnen. Ihr Ziel ist nicht die Förderung der Arbeitersache in diesem schweren Kampfe, sondern die Stärkung der eigenen Partei. Sie ziehen landauf, landab und verkünden, daß es den freien Gewerkschaften mit dem Kampf um den Achtstundentag nicht Ernst sei, daß sie die Arbeiter nur betrügen wollten, „Keine Verhandlungen, sondern sofort Generalstreik!" ist ihre Parole.

Zwischen den christlichen Gewerkschaften und den Kommunisten stehen die freien Gewerkschaften. Sie wachsen trotzdem!

Die Arbeiter, die sich jetzt kurz vor Weihnachten von der Erwerbslosenzeit bedroht sehen, schauen nach Hilfe gegen ihre Unternehmer aus. Die Geschäftsleute klagen jetzt schon, daß durch die Stillegungsdrohung das Weihnachtsgeschäft verdorben sei, weil die Arbeiter mit ihren Spargroschen zurückhielten. Es ist ganz natürlich, daß die Unorganisierten, die besonders unter den ungelernten Arbeitern der Stahl- und Walzwerke sehr zahlreich sind, sich der Gewerkschaften wieder erinnern, aus denen sie am Ausgang des Ruhrkrieges unter dem Einfluß der KPD. herausgelaufen sind. Die freien Gewerkschaften erfreuen sich also infolge der Stillegungsdrohung eines außerordentlich starken Zuflusses von Mitgliedern. Die Unternehmer haben sich als die besten gewerkschaftlichen Agitatoren erwiesen. Wenn sie, wie das heute bei der Behandlung des Stillegungsantrages der Westfälischen Drahtwerke in Hamm geschehen ist, vorgeben, daß die Stillegung eine „Vorsichtsmaßnahme" gegen die Forderungen der Gewerkschaften sei, so versuchen sie damit zwar die Kampffront zu verschieben, tatsächlich wirkt diese Ausrede nur als Agitation für die Gewerkschaften.

Ist es der Schwerindustrie Ernst mit ihrer Kriegserklärung? Die Schwerindustriellen scheinen sich gegenwärtig selbst noch nicht darüber klar zu sein, wie weit sie die Kriegsdrohung treiben sollen. Sie beschweren sich darüber, daß man von ihnen die Durchführung des Achtstundentages verlangt und daß man ihnen als Aequivalent nicht wenigstens eine Erhöhung der Stahl- und Eisenpreise, wenn nicht die Freigabe der Preisfestsetzung überhaupt zugesteht. Sie, die nur Syndikatspreise kennen, die eine Zwangswirtschaft ohne Beispiel aufgerichtet haben, wollen von staatlichem Zwang nichts wissen. Für ihre Unsicherheit ist es bezeichnend, daß jetzt hinter den Kulissen mit den Zechenbesitzern verhandelt wird, um diese gleichfalls zu veranlassen, Stillegungsanträge zu stellen. Vom Bergbau liegen bis jetzt Anträge solcher Art nicht vor. Es scheint also, daß innerhalb der Unternehmerschaft ziemlich tiefgehende Unstimmigkeiten bestehen und daß es den führenden Scharfmachern der Großeisenindustrie bis jetzt noch nicht gelungen ist, die Zechenbesitzer ins Schlepptau zu bekommen, wie sie die weiterverarbeitende Industrie ins Schlepptau bekommen haben.

Geld her oder — Krieg!

Woldemaras beendet den Kriegszustand — wenn er eine Anleihe erhält.

V. Sch. Genf, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Interesse konzentriert sich jetzt auf die Person Pilsudskis. Im Hotel, wo er abgestiegen ist, und wo auch Briand und Scialoja wohnen, geht es wie in einem Taubenschlage zu. Während des ganzen Nachmittags folgte Besuch auf Besuch. Die verschiedenen Ratsmitglieder, Chamberlain an der Spitze, haben sich zu dem polnischen Ministerpräsidenten begeben. Die erste Begegnung zwischen Stresemann und Pilsudski wird erst morgen vormittag in einer vertraulichen Ratssitzung erfolgen. Dann werden sich die beiden bei einem Frühstück, das Briand gibt, treffen.

Die **Lösung des polnisch-litauischen Konfliktes** macht nur sehr langsame Fortschritte. Der Holländer van Blockland, der als Berichterstatter bald mit der einen, bald mit der anderen Seite verhandeln muß, ist ein schwer geplagter Mann. In der Frage der Ernennung einer Grenzkommission zeigte sich heute Polen entgegenkommender. Die Befürchtung, daß Pilsudskis Eingreifen die Verständigung erschweren würde, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Dagegen macht Woldemaras nach wie vor große Schwierigkeiten. Für ihn ist die Aufrechterhaltung des Kriegszustandes Litauens letzter Trumpf, den er nicht aus der Hand geben will. Denn dieser Kriegszustand bedeutet die Sperrung des Verkehrs auf dem Njemen und somit eine ernste wirtschaftliche Schädigung Polens, dessen Holzexport aus dem Wilnagebiet völlig brach liegt.

Am Nachmittag versuchten Briand und Scialoja auf Woldemaras einen Druck auszuüben, dennoch erklärte dieser nach diesen Besprechungen zu den Journalisten, daß er noch keine Basis für eine Einigung sehe. Vielleicht wäre der einzige Mensch in Genf, der mit Erfolg auf Woldemaras einwirken könnte, der Vertreter des britischen Schatzamts, Sir Francis Niemeyer. **Schon jetzt wird gemunkelt, daß Woldemaras als Preis für eine etwaige Nachgiebigkeit die Gewährung einer englischen Anleihe an Litauen beantragen, wenn nicht gar erreichen werde.** Das würde durchaus in die diplomatischen Methoden passen, die heutzutage von gewissen kleinen und großen östlichen Ländern angewendet werden!

Morgen vormittag wird nun **der gesamte Rat** in der geheimen Sitzung einen neuen starken moralischen Druck auf Woldemaras auszuüben versuchen. Je nach dem Erfolg, soll am Nachmittag die öffentliche Sitzung stattfinden oder auf Montag verschoben werden. Doch wird allgemein bezweifelt, daß es morgen schon so weit sein wird.

Aber auch dann, wenn die Einigung im Wilna-Konflikt wider Erwarten bereits am Sonnabend erzielt werden könnte, wird der Rat jedenfalls bis Montag zusammenbleiben müssen, denn auch im deutsch-griechischen Konflikt um den Kreuzer „Salamis" sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Indirekte Verhandlungen zwecks Erzielung eines Kompromisses kommen nicht vom Fleck. Diese Lappalie, die eigentlich niemals den Rat hätte beschäftigen dürfen, da es sich nur um einen Streit zwischen einer deutschen Privatfirma, der Stettiner Vulkanwerft, und der griechischen Regierung, handelt, wird möglicherweise in Ermangelung einer Einigung auf eine spätere Tagung verschoben werden müssen.

Regierungskrise in Finnland.

Steuerscheu und Zollwucher stürzen das Sozialistenkabinett.

Helsingfors, 8. Dezember.

Die sozialdemokratische Regierung Tanner, die seit etwa einem Jahre im Amte ist, demissionierte, weil sie im Reichstag bei der Abstimmung über ihre neuen Steuer- und Zollvorschläge, zumal in der Frage des Roggenzolls, für ihre Anträge eine Mehrheit nicht zu erzielen vermochte.

Unternehmerfrechheit in Bayern.

Dreischichtenverordnung sollte 3 Jahre hinausgeschoben werden! – Anschlag der Gebrüder Röchling abgewehrt.

München, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Der brutale Anschlag der Montanherren gegen die Durchführung des Dreischichtensystems scheint sich auch auf Bayern auszuwirken. Es gibt zwei Betriebe der Großeisenindustrie in der Oberpfalz, die Maxhütte des Röchling-Konzerns in Rosenberg und die dem Staat gehörende Luitpoldhütte in Amberg. In dieser ist die dreigeteilte Achtstundenschicht bereits durchgeführt, während die Maxhütte schon seit Monaten gegen die Durchführung der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums bei der bayerischen Regierung Sturm läuft. In diesem Betriebe, der ein durchaus lukratives Geschäft ist, besteht heute noch offiziell die 60-Stundenwoche, die aber durch den Umstand, daß der Arbeiter in den Walzwerken jeden dritten Sonntag durcharbeiten muß, in Wirklichkeit eine 76-Stundenwoche ist. Dazu kommt noch, daß die Löhne in der bayerischen Hüttenindustrie 30 bis 40 Proz. niedriger sind als im Ruhrgebiet! Trotz dieser schamlosen Ausbeutung stellt gerade die Röchling-Direktion der Maxhütte die Forderung an die bayerische Regierung, daß sie von sich aus den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Dreischichtenverordnung um volle drei Jahre hinausschieben soll!

Die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages hat deshalb einen Antrag eingebracht, durch den der bayerischen Regierung untersagt werden soll, der Forderung der Röchlingleute irgendwie nachzugeben und sie beim Reichsarbeitsministerium irgendwie zu unterstützen.

Bei der Beratung dieses Antrages in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am Freitag krümmte sich der der Bayerischen Volkspartei angehörende Sozialminister nach allen Richtungen, um ja den Unternehmern nicht zu nahezutreten. Da der Minister fortgesetzt Unterhandlungen mit den Unternehmern führt, wäre es ihm außerordentlich unerwünscht, wenn er jetzt durch einen Landtagsbeschluß gebunden würde. Trotzdem wurde der sozialdemokratische Antrag dem Sinne nach angenommen.

Die Stimme der Arbeiter.

Bochum, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Vorabend der Schlichtungsverhandlungen in der Metallindustrie fand in Bochum eine von mehreren tausenden Metallarbeitern besuchte Massenkundgebung gegen die angekündigten Stillegungsmaßnahmen in der Großeisenindustrie statt. Der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes Büring führte dabei aus:

„Dem schwerindustriellen Unternehmertum behagt es nicht, daß die Gesetzgebung sich der besonders schutzbedürftigen Arbeitergruppen annimmt. Ihr Stillegungsantrag ist eine Revolte gegen die Staatsgewalt. Die von ihnen so oft als notwendig betonte Staatsautorität ist ihnen keinen roten Heller wert, wenn es sich um einen von ihnen handelt. Die Absicht, 500 000 Arbeiter auf die Straße zu werfen, womit das Schicksal von weiteren Hunderttausenden von Arbeitern auf das engste verknüpft ist, reiht sich würdig den bekannten Beispielen in der Geschichte der deutschen Schwerindustrie an. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob die angekündigten Maßnahmen der Arbeitgeber ernst zu nehmen oder nur Bluff seien. Die Unternehmer haben einen Schritt unternommen, der zum Teil zwangsläufig weiteres veranlaßt. Damit ist die Wahrscheinlichkeit der Betriebsstillegung durchaus gegeben. Die Frage ist, ob das Reichsarbeitsministerium vor der Revolte der Hüttengewaltigen kapitulieren wird. Wir wollen nicht den Kampf um des Kampfes willen, ist er aber notwendig, um der gerechten Forderung der Arbeiterschaft willen, so werden wir nicht ausweichen."

Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, in der es heißt: Das Vorgehen der Industriekapitäne werde sie in ihrem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen nicht hemmen. Es gebe ihr die Ueberzeugung, daß mehr als bisher der Zusammenschluß der Arbeiter für diesen Kampf notwendig ist.

Deutsche Treue.

Wie der Leiter eines Finanzamtes sie auffaßt.

Am Totensonntag fand in Bitterfeld eine Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal statt. Dabei hielt der Leiter des Bitterfelder Finanzamtes, Reservehauptmann a. D. Renner, eine Rede, aus der das „Bitterfelder Tageblatt" u. a. folgende Sätze berichtet:

„Wenn sie (die Toten — R. d. „V.") nun heute kämen und uns fragten: Wo ist denn das große und stolze Vaterland, für das wir verbluteten? Was habt ihr damit gemacht? So müßten wir beschämt zur Seite blicken. Aus dem großen, stolzen Deutschland ist ein zertretenes, entehrtes Volk geworden, ein unglückliches, ohnmächtiges Staatsgebilde, ein Spielzeug für unsere Feindmächte, und was sie besonders sehen würden, ein Volk unter anderem Banner, unter neuen Farben, die jene gar nicht kannten.

Und wenn uns heute von an sich maßgeblicher Stelle das Ansinnen gestellt wird, jene neuen Farben, das neue Banner, neben den alten aufzunehmen und in unseren Herzen aufzupflanzen, so müssen wir dieses traurige Kompromiß ablehnen, dem jedes Verständnis fehlt für die altgermanische vielgepriesene und sprichwörtliche „Deutsche Treue". Es wäre ein Verrat an unserer großen Sache, ein Treubruch gegenüber denen da unten, die für die schwarzweißrote Flagge und unter ihr gekämpft und sich verblutet haben."

Unter der „vielgepriesenen deutschen Treue" versteht der Finanzamtsdirektor offenbar die von ihm gezeigte Höchstleistung: einen Treueid auf die Republik zu leisten, von der Republik Gehalt zu kassieren und dann die Flagge eben jener Republik zu beschimpfen. Wenn wir uns recht erinnern, gab es übrigens einmal „Richtlinien" und in diesen Richtlinien stand etwas von „unbedingtem Schutz der verfassungsmäßigen Reichsfarben gegen alle Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe". — Wieviel darf sich ein Beamter der Republik an Verunglimpfung der Reichsfarben leisten, ehe sich ein wohllöbliches Bürgerblockministerium auf seine eigenen Richtlinien besinnt?!

Die Pariser Linkenzeitung „National" ist im Konkurs, der auf Antrag ihrer Gläubiger eingeleitet worden ist.

Chinesische Kommunisten marschieren auf Kanton, wo die Bevölkerung durch Maueranschläge aufgefordert wird, sich einer Ausstoßung der Kommunisten aus der Kuomintang zu widersetzen.

Eine Flucht aus Sibirien.

Bericht eines entflohenen Sozialisten.

Ein russischer Genosse, dessen Namen wir aus guten Gründen nicht nennen, ist nach jahrelanger politischer Gefangenschaft dem Bereich der „sozialistischen" Schergen entkommen. Er berichtet über seine Erlebnisse:

Alle politischen Sträflinge gehen durch das sogenannte „Innere Gefängnis" der GPU. in Moskau. Zu diesem ist ein früheres Hotel umgewandelt. Dieses Gefängnis wird mit Vorliebe den ausländischen Delegationen gezeigt; äußerlich bietet es bis heute den Anblick eines Hotels und macht daher auf die auswärtigen Gäste einen „günstigen Eindruck". Aber das innere Regime lernen sie natürlich nicht kennen. Dessen Kennzeichen ist: den Gefangenen in einer Weise von der Außenwelt zu isolieren, die selbst der Zarismus nicht kannte.

Keine Besuche von außen; keine Spaziergänge im Hof:

der Gefangene darf nicht einmal wissen, wer in der Nebenzelle sitzt. Die Aufseher sind durchweg Letten. Sie lassen sich absolut nicht auf Gespräche ein; wie schweigende Automaten erfüllen sie ihr trauriges Amt.

Das folgende Stadium zur Verbannung ist die sogenannte „Etappe", d. h. der Transport. Auch das hat sich verschlimmert. Da während der Fahrt Fluchtversuche vorgekommen sind, müssen jetzt

die Gefangenen während der Fahrt liegen,

und zwar mit dem Kopf nach dem Ausgang; sitzen oder gar aufstehen dürfen sie nicht!

Die Verbannten in Sibirien bestehen aus folgenden Kategorien:

1. Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre und Angehörige anderer sozialistischer Gruppen. Sie stellen die geistig gestählteste Kategorie der Sträflinge dar und sind auch in der Verbannung organisiert.
2. Einzelne Arbeiter, deren Verbrechen in der Anstiftung zu Streiks und ähnlichem besteht.
3. Studenten, die durch Eintreten für akademische Autonomie und dergl. den Unwillen der „kommunistischen Zellen" in der Hochschule erregt haben.
4. Geistliche, deren Zahl besonders groß in der Zeit der Konfiskation der Kirchengüter war.
5. Weißgardisten oder zu dieser Kategorie auch grundlos Zugezählten.
6. Nepmänner, Prostituierte, Spekulanten und sonstige zu Sozialschädlingen Gestempelte.

Von einer Verbesserung des Lebens der politischen Verbannten in Sibirien unter dem kommunistischen Regime kann keine Rede sein. Die Mitgefangenen unseres Gewährsmannes erhielten die Memoiren Martows, der in Sibirien 1895 gelebt hat. Sie stellten fest, daß sich

nach mehr als 30 Jahren in der Gefangenenbehandlung in Sibirien nichts gebessert

hat. Im Gegenteil, es ist schlimmer geworden, weil 1. die Furcht, sich durch irgendeine Hilfeleistung für die Verbannten zu kompromittieren, heute stärker denn je ist; 2. sobald die Obrigkeit merkt, daß die Verbannten sich einleben, sie unter ihnen neue Deportationen nach entfernteren Orten vornimmt; 3. selbst nach Absitzen der Strafzeit die GPU. mit der Freilassung sich Zeit läßt, oft bis zu acht Monaten! Im übrigen mit wenigen Ausnahmen dieselbe tausendkilometerweite Entfernung von der Eisenbahn, ein Leben in weit voneinander entfernten Siedlungen, die oft nur zwei bis drei Häuser umfassen, im eisigen Norden (Turuchansk) die Polarnacht . . .

Zum „Leben" erhalten die Verbannten 6 Rubel 25 Kopeken, d. h. ein Drittel des knappsten Existenzminimums,

gleichviel, ob sie Familie haben oder nicht. Eine Anstellung zu erhalten gelingt höchstens hervorragenden Technikern. Es ist eine Instruktion der GPU. in Geltung, die — aus Furcht vor „Ansteckung" — jegliche Anstellung von politisch Verbannten im Schul-, Genossenschafts- und Eisenbahndienst streng verbietet. Aber auch nach seiner Entlassung unterliegt der frühere politische Gefangene in seiner neuen Wohnstätte der Registrierung und polizeilichen Beobachtung in einem Maße, daß die „Freiheit" als Fortsetzung der Strafzeit erscheint . . . Den einzigen Lichtschein in dieser Existenz bietet

das Komitee der Peschkowa

(der früheren Frau Gorkis) oder das Moskauer Rote Kreuz, sowie die analogen Komitees des Auslands, wiewohl deren Hilfe nur einen geringen Teil der dringenden Bedürfnisse der politischen Gefangenen zu befriedigen vermag!

*

Diese knappe Schilderung zeigt, daß George Kennans Heldenbücher „Russische Gefängnisse" und „Sibirien", die einst die ganze Kulturwelt gegen den Zarismus geistig mobilisiert haben, Gegenwartswert haben; man brauchte darin nur die „III. Abteilung des Kabinetts Seiner Majestät" durch „Kollegium der GPU.", „Ochrana" durch „Tscheka" und „Minister" durch „Volkskommissar" zu ersetzen. Sonst ist alles dasselbe....

Ein Appell an Gorki.

Riga, 9. Dezember.

Das hier erscheinende russische Emigrantenblatt „Segodnja" veröffentlicht einen an Maxim Gorki gerichteten anonymen Brief. Der Verfasser lebt nach Angabe des Blattes in Sowjetrußland und kann seinen Namen nicht nennen, weil der ganze Brief eine außerordentlich scharfe Kritik der Zustände im Sowjetstaat darstellt und zugleich schwere Vorwürfe gegen Gorki erhebt, weil dieser anläßlich des zehnjährigen Sowjetjubiläums einen Glückwunschartikel veröffentlicht hat, der nach Meinung des anonymen Verfassers des Briefes die wirkliche Lage in Sowjetrußland ignoriert. Der Verfasser fordert Gorki auf, ihm auf diese Anklagen zu antworten.

Reichsrat gegen Lex Brüning!

Die Lohnsteuer soll die Fehlbeträge der Länder und Gemeinden decken.

In der Vollsitzung des Reichsrats vom Freitag, die der Finanzminister Dr. Köhler leitete, stand die Regierungsvorlage über die Abänderung der Lohnsteuer auf der Tagesordnung. Die Ausschüsse des Reichsrats haben der Vorlage nur insoweit zugestimmt, als sie eine Erhöhung der Familienermäßigung bezweckt, die Senkungen des Steuersatzes aber ablehnt. Diesen Beschluß begründete der Berichterstatter Ministerialrat Dr. Hog. Er erinnerte daran, daß der Reichsrat bei der Verabschiedung der Lex Brüning im Jahre 1925 ausdrücklich erklärt habe, daß er hinsichtlich seiner Stellung zu späteren Aenderungen der Lohnsteuer durch dieses Gesetz nicht gebunden sei. Die finanzielle Belastung der Länder und Gemeinden würde in der nächsten Zeit derart steigen, **daß sie auf die Mehreingänge aus den Reichsüberweisungssteuern angewiesen seien.** Durch das vorliegende Gesetz sollen diese Mehreingänge aber zu einem erheblichen Teil beseitigt werden. Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahre lasse das Ausmaß der Steuersenkung, wie sie von der Reichsregierung vorgeschlagen würde, als eine nicht vertretbare Gefährdung der öffentlichen Finanzwirtschaft erscheinen. Der Reichsrat habe es deshalb nicht vermocht, der Senkung des Steuertarifs zuzustimmen, dagegen habe eine Mehrheit es für vertretbar gehalten, die Familienermäßigungen bei den Lohnsteuerpflichtigen zu erhöhen, was einen Gesamtausfall von etwa 50 Millionen Mark bedeute.

In namentlicher Abstimmung wurde ein württembergischer Antrag auf gänzliche Ablehnung der Vorlage mit 47 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Bayern, Württemberg, Thüringen, Hessen, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz. **Der Ausschußantrag wurde mit Mehrheit angenommen.** Die Reichsregierung ließ erklären, daß sie an ihrer Vorlage festhalte, dem Reichstag wird also eine Doppelvorlage zugehen.

*

Durch diese Stellungnahme der Länder, die sich von rein fiskalischen Erwägungen leiten ließen, erhält der Kampf um die Lohnsteuer auch eine allgemeine politische Bedeutung. Die einseitige Stellungnahme der Länder zeigt, wie gefährlich der gegenwärtige Finanzausgleich für die Lohn- und Gehaltsempfänger ist. Er ruft die Gefahr hervor, daß ihre steuerliche Belastung dauernd gesteigert wird, während zu gleicher Zeit Steuern, die die Besitzenden zu tragen haben — Realsteuern und Vermögenssteuer — abgebaut werden.

Am bezeichnendsten aber für die unsoziale Einstellung der Länder ist die Tatsache, daß sie im Frühjahr den von den Regierungsparteien ausgesprochenen Zwang zur Senkung **der Realsteuern um 200 Millionen widerspruchslos geschluckt** haben, jetzt aber die größten Schwierigkeiten bereiten, wo es sich darum handelt, nur unvorhergesehene Mehrerträge aus der Lohnsteuer zu beseitigen, mit denen die Länder bei ihrer Finanzgestaltung niemals hätten rechnen dürfen. Die Liste der Länder, die selbst gegen die Beschlüsse der Ausschüsse des Reichsrats im Plenum gestimmt haben, zeigt ganz deutlich, daß es fast nur ganz reaktionär geleitete Länder sind. Aber auch in den übrigen Ländern scheint der sozialdemokratische Einfluß nirgends ausgereicht zu haben, um die bürgerlichen Finanzminister davon abzuhalten, Finanzpolitik auf Kosten der Lohnsteuerpflichtigen zu betreiben.

Daß der Reichsrat die Senkung des Steuersatzes von 10 auf 9 Proz. abgelehnt hat, dürfte aber auch mit der Erwägung zu danken sein, daß auf diesem Wege sowohl die Lohnsteuer als auch die allgemeine Einkommensteuer unerträglich kompliziert würde. Das ist wenigstens ein Lichtblick, der erhoffen läßt, daß die Reichsregierung sich bei den Beratungen des Reichstages zu dem sozialdemokratischen Vorschlag — der Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums — sachlicher stellen wird, als sie das bisher getan hat.

Aenderung des Betriebsrätegesetzes.

Der sozialdemokratische Antrag vor dem Ausschuß.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages befaßte sich am Freitag mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Aenderung des Betriebsrätegesetzes. Genosse Aufhäuser führte in der Begründung aus, daß nach dem geltenden Gesetz, soweit der Betriebsrat vor Ablauf seiner Amtsperiode keinen Wahlvorstand für die Neuwahl bestellt, nur der Arbeitgeber das Recht der Bestellung hat. Das hat in der Praxis dazu geführt, daß die Neuwahl überhaupt unterbleibt. Nach dem sozialdemokratischen Antrag soll künftig die Belegschaft das Recht haben, den Wahlvorstand zu bestellen.

Der Regierungsvertreter erkannte den Mißstand an, schlug aber vor, statt der Belegschaftsversammlung die Bestellung des Wahlvorstandes dem Arbeitsgericht zu übertragen, wenn von mindestens einem Zehntel der wahlberechtigten Arbeitnehmer ein Antrag gestellt wird. Aufhäuser (Soz.) erklärt, daß die Bestellung des Wahlvorstandes durch das Arbeitsgericht nur dann diskutabel wäre, wenn außer den Betriebsangehörigen auch die Gewerkschaften entsprechende Anträge an die Arbeitsgerichte stellen können. Der Regierungsvertreter wurde beauftragt, bis zur nächsten Sitzung eine Erklärung des Reichsarbeitsministers zu diesem Antragsrecht der Gewerkschaften herbeizuführen.

Wahlprogramm der Deutschnationalen.

Gegen Einheitsstaat, Parlamentarismus, Gemeinwirtschaft.

Die Parteivertretung der Deutschnationalen hat gestern eine Tagung abgehalten, in der Fragen der Verfassungs- und Wirtschaftsreform erörtert wurden. Nach Referaten der Abgg. Berndt und Hugenberg wurde eine Entschließung angenommen, die als Richtlinie für die beginnenden Wahlkämpfe zu betrachten ist.

Der erste Teil der Entschließung wendet sich gegen den „unitarischen Einheitsstaat". Sodann werden „unbeschadet der monarchischen Gesinnung" der Partei folgende „Verbesserungen" der republikanischen Verfassung vorgeschlagen:

a) Die Alleinherrschaft der Parlamente ist durch Ausbau der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten und der Staatspräsidenten einzuschränken. (**Berufung und Entlassung der Minister unabhängig von der Parlamentsmehrheit**, Einspruchsrecht gegen Parlamentsbeschlüsse.)

b) Unter dieser Voraussetzung ist der Dualismus von Reich und Preußen dadurch zu überwinden, daß **der Reichspräsident zugleich preußischer Staatspräsident wird.** Dann können die Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in einer Hand vereinigt werden. Dagegen wird der Gedanke, die einzelnen preußischen Ministerien durch die entsprechenden Reichsminister leiten zu lassen, als praktisch undurchführbar, finanziell belanglos und zu Preußens Mediatisierung führend, abgelehnt. Die besondere Stellung der süddeutschen Länder ist zu sichern.

c) **Die gesetzgeberischen Rechte des Reichsrates sind zu stärken.**

Durch bindende Vorschrift muß die Ausgabenbewilligung über Regierungsvorlagen hinaus verhindert werden. Als vorübergehende Notstandsmaßnahme ist der Reichssparkommissar zu einer in ihrer Entstehung und ihrem Bestande vom Reichstage unabhängigen Kontrollstelle auszubauen, mit der Befugnis, die Reichsausgaben nachzuprüfen und bei neuer Ausgabenbewilligung des Reichstages bestimmend mitzuwirken. Entsprechende Einrichtungen sind für Länder und Gemeinden zu fordern. Die Aufgabenkreise des Reiches, der Länder und der Selbstverwaltungskörper sind verfassungsmäßig scharf gegeneinander abzugrenzen, um das Durcheinander von behördlicher Arbeit und widerstreitenden Kompetenzen zu beseitigen. **Der Staat muß sich der Uebergriffe auf wirtschaftliche Gebiete enthalten, die von der privaten Hand billiger und sachkundiger bewirtschaftet werden.** Der Finanzausgleich muß Ländern und Selbstverwaltungskörpern ausreichende eigene Steuereinnahmen unter Entlastung der Realsteuern und Wiederherstellung der Selbstverantwortung für die kommunale Ausgabenwirtschaft belassen.

Die Versicherung, daß diese Entschließung „unbeschadet der monarchischen Strömung" der Deutschnationalen angenommen worden sei, war nicht notwendig. Man merkt es ohnehin. Denn was da vorgeschlagen wird, ist weiter nichts als die alte Monarchie, zu der vorläufig nur noch die Monarchen fehlen. Deren Amt soll einstweilen noch von den Reichs- und Staatspräsidenten versehen werden, bis die Ablösung von Gottes Gnaden kommt.

Reichstag und Landtage sollen in die ohnmächtige Stellung zurückgedrängt werden, die sie vor der Staatsumwälzung innehatten. Für die Masse der Wähler soll es wie vordem heißen: „Wählen dürft ihr zwar, aber es hilft euch nichts!"

Unter dieser Parole eine Wahlschlacht schlagen zu wollen, dünkt uns eine absonderliche Idee. Zu erklären ist dieses Programm wohl nur aus der Spekulation auf die Geldschränke der Großkapitalisten, die vor unangenehmen Eingriffen des Staates — die Schwerindustrie spitzt die Ohren — und vor lästigen Realsteuern geschützt werden sollen. Es ist also schon möglich, daß diese Entschließung den Deutschnationalen einen ganz hübschen Batzen Geld einbringt.

Aber Wähler...??

Marx über Besatzungsnot.

Die alten Klagen, nur kleine Verbesserungen.

Reichskanzler Dr. Marx gab heute im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete ein Referat über die Ergebnisse seiner Rheinlandreise. Er führte u. a. aus, die Besatzungsverminderung von 10 000 Mann sei durchgeführt, mache sich aber wenig bemerkbar, da die Besatzung das Vierfache der früheren deutschen Garnisonzahl ausmache. Im Rheinland seien noch über 1000 Mann farbige Truppen vorhanden. Die Last der Besatzung werde materiell und physisch noch heute sehr stark empfunden. Besonders schlimm ist die sogenannte Musterungsordonnanz. Von der Bevölkerung wird sie einmütig als Mobilmachungsvorbereitung gegen Deutschland empfunden. Sie steht jedenfalls den einschlägigen Mobilmachungsvorbereitungen, die ja bekanntlich Deutschland selbst verboten sind, zum Verwechseln ähnlich. Die Reichsregierung muß auf Beseitigung der Ordonnanz bestehen. Im übrigen haben sich Deutschland und Frankreich geeinigt, die zahlreichen Ordonnanzen auf 12 zu beschränken. Die weiteren Verhandlungen zwischen Reichskommissar und Rheinlandkommission betreffen den Gehalt der Ordonnanzentwürfe. Bis auf wenige Einzelpunkte ist diese Aussprache zu Ende geführt. Die entscheidende Stellungnahme der Gegenseite steht noch aus. Die Ausweisungen sind stark zurückgegangen. Wir müssen aber die Ausmerzung der Ausweisungsmöglichkeit aus dem Ordonnanzensystem verlangen, weil sie dem Rheinlandabkommen zuwiderläuft.

Pressevorbote und Pressevorordnungen sind zurückgegangen. Filmverbote haben zugenommen. Auch in der Frage der Rückgängigmachung der Vereins- und Verbandsverbote, die in der Aera der Gewaltpolitik zu einer langen Verbotsliste geführt haben, sind nennenswerte Fortschritte nicht erzielt. Mit der Militärjustiz ist es besser geworden, immerhin mußten im ersten Halbjahr 1927 noch über 700 deutsche Bürger vor den Militärgerichten erscheinen. Gefangenenmißhandlungen kommen immer noch vor. Die Zahl der Ausschreitungen von Militärpersonen beträgt, wie im vorigen Jahre, über 100. Die Besatzungsbordelle sind aufgehoben worden.

Eine Uebersicht über die Fürsorgetätigkeit des Ministeriums für die besetzten Gebiete beschloß das Referat.

Quidde und Buisson Nobelpreisträger.

Wie jetzt offiziell feststeht, ist der diesjährige Friedensnobelpreis zur Hälfte dem deutschen Professor Dr. Ludwig Quidde und zur anderen Hälfte dem früheren französischen Deputierten Ferdinand Buisson zugesprochen worden. Buisson ist bereits in Oslo eingetroffen, während sich Quidde auf der Reise dorthin befindet.

Im gelben Sumpf

ist furchtbarer Streit ausgebrochen. Molch und Kröte werfen einander vor, daß der andere ein Sumpfreptil sei!

Presse, Republik und Strafgesetz.

Forderungen der republikanischen Presse.

Die Vereinigung Republikanische Presse veranstaltete am Donnerstag abend in den Räumen des Demokratischen Klubs einen Diskussionsabend mit dem Thema „Presse, Republik und Strafgesetz". Das Referat hatte Genosse Otto Landsberg übernommen, der in überaus fesselnder Weise die engen Zusammenhänge zwischen der Freiheit im Staate, der unbeeinflußten Meinungsbildung und der Mitarbeit des Volkes am Gemeinwesen beleuchtete. Landsberg führte etwa aus:

Despoten haben immer ein tiefes Mißtrauen gegen die Presse und ihre Freiheit. Sie sind von dem Gefühl beherrscht: wie lange wird sich eine Staatsform erhalten lassen, in der immer die einen oben, die anderen unten sind? Sie fürchten die unbegrenzte Aufnahmefähigkeit des geschriebenen Wortes. Für alle unfreien Länder ist es charakteristisch, daß das Erscheinen von Zeitungen an Konzessionen geknüpft und dem Zensor unterstellt ist. Ein solches System drückt jeder Zeitungsnummer im obrigkeitlich regierten Land seinen Stempel auf.

In einem freien Land hingegen ist die Presse stolz. Eine freie politische Presse ist überall die hervorragendste Kämpferin für die staatsbürgerliche Freiheit. Für den erwachsenen Menschen ist sie dasselbe wie für den werdenden die Schule. In fortgeschrittenen Ländern kümmert man sich auch nicht darum, ob die öffentliche Kritik einmal daneben haut — was ja sogar Gerichten zuweilen passieren soll. Die gehobene Stellung der freien Presse im Volksstaat ist ein Ansporn, immer Besseres zu leisten.

Justiz gegen Volksstaat.

Aus der Zeit des Obrigkeitsstaates kamen wir mit einem Sprung in die Freiheit. Die alten Gesetze blieben; schlimmer jedoch war, daß die Menschen blieben, die sie ausführten, und die nicht verstehen oder verstehen wollen, daß die Freiheit der Presse für den Volksstaat eine Lebensbedingung ist. Hinzukommt, daß in dem noch jungen, nicht eingespielten parlamentarischen System die Macht der Bureaukratie noch viel größer ist als je früher. In der Justiz herrscht der reaktionäre Richter, der seit Bismarcks planmäßiger Personalpolitik den fortschrittlichen Kreisrichter vollständig verdrängt hat. Nach kurzem Schwanken merkten die Justizbeamten, daß sie es gar nicht nötig hatten, die Rechtsanschauung und die Rechtspraxis dem neuen Volksstaat anzupassen. Daraus ergaben sich für die Presse furchtbare Konsequenzen. Landsberg erläutert sie an dem Beispiel des Reichsgerichts, das den Behörden in einem Falle gegen alles Recht zugestand, den Notwehrparagraphen zur Zerstörung einer politisch unangenehmen Druckerei anzuwenden. Er wies ferner auf die literarischen Hochverratsprozesse hin mit ihren Konsequenzen für die Meinungsfreiheit und auf die noch jetzt unzulängliche Regelung des Zeugnisverweigerungsrechts, die das Vertrauen der Oeffentlichkeit zur Presse schädigt. Beseitigt werden können alle diese Gefahren nur durch eine Personalreform in Justiz und Verwaltung. Die Beamten müssen nicht etwa nach irgendeinem Parteimitgliedsbuch, sondern unter dem Gesichtspunkt ausgewählt werden, ob sie auch das Bild des neuen Volksstaates in seiner ganzen Reinheit und Schönheit im Herzen tragen.

Der neue Strafrechtsentwurf.

Das neue Strafgesetzbuch bringt in einer großen Zahl von Einzelparagraphen die Veränderung des Rechts, die der staatspolitischen Veränderung seit 1918 Rechnung trägt. Der Reichsrat hat den Hochverratsparagraphen gegenüber dem ersten Entwurf verschlechtert und seiner Anwendung gegen links weiten Raum gelassen. Die neuen Bestimmungen über Landesverrat ermöglichen sogar eine Verfolgung wegen dieses Vergehens, wenn jemand nur geheim zu haltende Nachrichten über einen deutschen Freistaat an irgendeine andere deutsche Person weitergibt. Redakteure und selbst Abgeordnete werden mit solchen Bestimmungen schlimmster Willkür preisgegeben, zumal selbst die Beschaffung derartiger Nachrichten, also etwa die Einholung von Erkundigungen über Putschpläne mit schwerer Strafe bedroht sind.

Zweierlei Interessen.

Ein besonderes Kapitel ist die Wahrnehmung der berechtigten Interessen, die bei privaten Auseinandersetzungen dem Beleidiger Straffreiheit zusichert, bei Wahrnehmung öffentlicher Interessen durch die Presse den Redakteuren jedoch verweigert wird. Der neue Entwurf bringt hier den unzulänglichen Versuch einer Besserung, indem er es in das Ermessen des Richters stellt, was er als wichtiger ansieht: das private Interesse des geschädigten Beleidigten oder das öffentliche Interesse an der Aufklärung von Mißständen. Die jetzt vorgeschlagene Fassung würde in den Händen der heutigen Richter es der reaktionären Presse erleichtern, linksstehende Politiker noch risikoloser als bisher zu beleidigen. Für linksstehende Publizisten aber würde dabei sicher nichts herauskommen. Die Presse muß die Straffreiheit in Wahrung öffentlicher Interessen in dem gleichen Maße verlangen, wie sie bei Wahrung privater Interessen den übrigen Kreisen seit 50 Jahren zugebilligt ist.

So werden die republikanischen Parteien am neuen Strafrecht noch wichtige Arbeit zu vollbringen haben, um der Presse zu derjenigen Stellung in der deutschen Republik zu verhelfen, auf die sie Anspruch hat. **Aber nicht die gesetzliche Veränderung ist das Wichtigste. Erst wenn ein neues Geschlecht heranwächst, das sich der errungenen Freiheit freut und ihr nicht nur in Verfassungsartikeln ein Wohnrecht gibt, sondern auch in der Rechtsausübung — erst dann ist die Wendung zum Besseren zu erwarten.** Daß aber das neue Geschlecht in diesem Geiste aufwächst, dazu wird nicht zuletzt die deutsche verantwortliche Presse selbst ihr Teil beitragen können.

Dem Referat folgte eine ausgiebige Diskussion, an der sich die Redakteure Stampfer, Feder, Schwarzschild und Schützinger sowie Abgeordneter Paul Levi und Rechtsanwalt Halle beteiligten.

Einstimmige Annahme fanden die nachfolgenden

Entschließungen:

1

Die Presse kann die hohen Aufgaben, die ihr zur Wahrung öffentlicher Interessen zugewiesen sind, nur dann erfüllen, wenn sie im Volke Achtung und Vertrauen genießt. Kein Journalist kann, ohne das Ansehen der Presse zu schädigen und seine Standesehre zu verletzen, über Tatsachen aussagen, die ihm in Ausübung seines Berufs und im Vertrauen auf seine Verschwiegenheit bekanntgegeben worden sind. Die „Vereinigung Republikanische Presse" fordert von der Gesetzgebung die Anerkennung dieses von allen Standesorganisationen der Presse festgehaltenen Grundsatzes in der Weise, daß den Journalisten das gleiche Recht zur Zeugnisverweigerung zuerkannt wird, wie es die Abgeordneten des Reichstags und der Landtage besitzen.

2.

Die Bestimmungen des Strafgesetzentwurfes über Landesverrat sind in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Sie bedürfen der Abänderung zum mindesten dahin, daß

1. Objekt der Straftat nur das Reich, nicht ein Land sein kann,
2. der dem bisherigen Strafrecht unbekannte Tatbestand der „Ausspähung von Staatsgeheimnissen" zu streichen ist,
3. der „Verrat von Staatsgeheimnissen", entsprechend dem geltenden Gesetz, nur strafbar ist, wenn die Mitteilung öffentlich oder an eine ausländische Regierung erfolgt,
4. ein strafbarer Landesverrat nicht vorliege, wenn die Mitteilung in der Absicht erfolgt, dem Lande nicht zu schaden, sondern zu dienen.

3.

Die Versammlung erhebt schärfsten Einspruch gegen die pressefeindliche Auslegung des § 193 StGB. durch das Reichsgericht. Die Presse ist eines der unentbehrlichsten Mittel zur „Verteidigung von Rechten" und zur „Wahrnehmung von berechtigten Interessen" geworden. Daß das Reichsgericht dies bestreitet, hat zu unhaltbaren Zuständen geführt und zu Urteilen, die für dieselbe Veröffentlichung den Verfasser freisprechen, den veröffentlichenden Redakteur aber bestrafen. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die Sorge um das Allgemeinwohl ein mindestens ebenso hochwertiges Motiv ist wie die Sorge um private Interessen, und sie fordert daher, daß die Rechtsprechung auch der Presse, wenn sie sich mit Angelegenheiten von öffentlicher Bedeutung befaßt, den Schutz des § 193 zugesteht.

Der Handelsrichter soll die Pressefreiheit beschränken!

Der Verleger der „Nürnberger Zeitung" hat beim Handelsgericht Nürnberg Klage gegen unser Parteiblatt, die „Fränkische Tagespost", erhoben. Was er will, geht aus der unserem Parteiblatt zugestellten Klageschrift hervor:

„Wir beantragen zu erkennen:

1. Die Beklagten haben bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Strafe zu unterlassen, die „Nürnberger Zeitung" als sattsam bekanntes kapitalistisches Organ und ihren Inhalt als minderwertig zu bezeichnen, zu behaupten, ein in der „Fränkischen Tagespost" erschienener Artikel schildere die mexikanischen Verhältnisse besser als der in Nummer 247 der „Nürnberger Zeitung" erschienene Artikel „Mexikanische Märkte", endlich zu behaupten, es gebe eine Menge Menschen, die über den Inhalt der „Nürnberger Zeitung" den Kopf schütteln, das Bessere wie die „Nürnberger Zeitung" zeige den Lesern die „Fränkische Tagespost".
2. Die Beklagten haben die Kosten gesamtverbindlich zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.
4. Die Klagepartei ist befugt, den verfügenden Teil des Urteils binnen einer Frist von acht Tagen in der „Nürnberger Zeitung" und in der „Fränkischen Tagespost" öffentlich bekanntzumachen."

Ein Zeitungsverleger will mit Hilfe des Handelsrichters die Pressefreiheit beschränken? Die Berufsorganisationen werden sich mit diesem Fall beschäftigen müssen.

Schloß Wetterstein.

Theater in der Königgrätzer Straße.

In seiner Inszenierung des Schauspiels „Schloß Wetterstein", in dem Frank Wedekind seine Anschauungen über Ehe und Familie hat niederlegen wollen, betont Barnowski schon äußerlich durch die Mode, daß es in der Zeit vor 25 Jahren spielt. Diese zwei Dutzend Jahre haben leider genügt, um diese Ansichten ziemlich gleichgültig werden zu lassen. Trotzdem ist der Beifall des Publikums dank der virtuosen Darstellung der Pamela Wedekind und des Fritz Kortner recht herzlich. Dgr.

Die falsche Rechnung.

Die Angaben der Eisen- und Stahlmänner bei Licht betrachtet.

In der Eingabe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Reichsarbeitsminister wird u. a. behauptet, daß „aber auch die tatsächlichen Arbeiter- und Wohnungsverhältnisse die Durchführung der Verordnung zum 1. Januar 1928 praktisch unmöglich" machten.

„Nach dem Ergebnis einer Umfrage, die die Werke der Großindustrie mit über 90 Proz. der gesamten deutschen Rohstahlerzeugung umfaßt, fallen bei den befragten Werken **fast genau 50 000 Arbeiter** unter die Verordnung vom 16. Juli 1927. Um die Verordnung unter den gegenwärtigen Betriebsverhältnissen durchführen zu können, müßten etwa 19 200 Arbeiter neu eingestellt werden. Außer den Arbeitern würden über 600 Meister, Betriebsangestellte und Lohnbeamte neu einzustellen sein. Diese würden zum erheblichen Teil (etwa 80 Proz.) den Belegschaften entnommen werden müssen, so daß die Zahl der neueinzustellenden Arbeiter insgesamt rund 19 700 betragen würde. Hiervon würden entfallen auf Rheinland-Westfalen nebst Siegerland 15 994, Oberschlesien 1230, Sachsen 1227, einzelliegende Werke 1266. Demgegenüber stehen nach den örtlichen Feststellungen der befragten Werke bloß wenige geeignete Arbeiter zur Verfügung, die vielleicht bereit seien würden, (!) die Arbeit in den Hüttenwerken aufzunehmen. Selbst wenn man die fehlenden Arbeitskräfte in ausreichender Zahl aus dem übrigen Deutschland heranziehen könnte, so würden in absehbarer Zeit die Werke doch nicht in der Lage sein, die Betriebe unter Beachtung der Verordnung vom 16. Juli 1927 weiterzuführen."

Zur Begründung dieser Behauptung wird gesagt, daß in erster Linie Fach- und Spezialarbeiter gebraucht würden und solche fehlten auf dem Arbeitsmarkt. Sie müßten erst ausgebildet werden, was in wenigen Monaten nicht möglich sei, zumal nur ein Teil der herangezogenen Arbeiter sich als dauernd geeignet erweise.

So wird denn ein Hindernis nach dem anderen an die Wand gemalt, um zu beweisen was zu beweisen war: daß die Ausführung der Verordnung auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben sei.

Wir wollen hier lediglich auf die Zahlenangaben eingehen. Die „Soziale Praxis" (Nr. 46) bemerkte dazu:

„Nach den Erfahrungen, die nach der Hochofenverordnung gemacht worden sind, erscheint es als sehr hochgegriffen, wenn auf 50 000 Arbeiter 19 700 Neueinstellungen kommen sollen. Die rein rechnerische Behauptung, die die Industrie vor Erlaß der Hochofenverordnung einmütig vorbrachte, daß 50 Prozent der Neueinstellungen bei der dritten Schicht nötig würden, ist zwar diesmal von vornherein fallen gelassen. Aber auch 39,4 Proz. erscheint nach den Beobachtungen am Hochofen sehr viel. Die befragten Werke mögen in dieser Hinsicht übervorsichtig gerechnet oder geschätzt haben."

Auch der Erzählung von dem Facharbeitermangel geht die „Soziale Praxis", wenn auch recht vorsichtig, so doch um so wirksamer auf den Grund. Vergleichen wir die Angaben der Stahl- und Eisenherren mit den Feststellungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dann ergibt sich zunächst eine starke Differenz in der Angabe der Arbeiterzahl auf die die Verordnung Anwendung finden soll. Von „**fast genau 50 000 Arbeitern**" bleiben nach den Feststellungen des DMV. **32 278 Arbeiter**. Die in der Eingabe angeführte Zahl von 15 994 Neueinstellungen in Rheinland und Westfalen schrumpft nach der Nachprüfung des DMV. auf **8740 Neueinstellungen** zusammen. Die Behauptung über Facharbeitermangel wird durch die weitere Feststellung auf ihren wahren Wert zurückgeführt, daß im Ruhrrevier 10 415 Metallarbeiter arbeitslos sind, also noch weit mehr als durch die notwendigen Neueinstellungen gebraucht würden.

Die Angabe des Vereins deutscher Stahl- und Eisenindustriellen, daß ihre Werkswohnungen „alle voll besetzt" seien, „und zwar zu einem erheblichen Teil mit werkfremden Familien", schlägt den Tatsachen direkt ins Gesicht, da es sich bei diesen 4410 werksfremden Familien um die Familien früher auf den Werken beschäftigten, jedoch abgebauten Metallarbeiter handelt, die nur darauf warten, wieder Arbeit zu bekommen.

Kurzum, wo man die Eingabe der Schwerindustriellen auch anpackt, zeigt es sich, daß die Herren „übervorsichtig gerechnet oder geschätzt haben", daß sie alle möglichen Behauptungen an den Haaren herbeigezogen, um ihre Absicht zu bemänteln, die Verordnung am 1. Januar nicht durchzuführen, weil sie ihren Profit gefährdet glauben. Doch selbst diese Befürchtung, ob vorgeschützt oder aufrichtig, ist genau so falsch wie die Zahlen.

Aus ihren Studienreisen in den Vereinigten Staaten müßten die Großindustriellen soviel gelernt haben, daß das Dreischichtsystem nicht nur einen sozialen Fortschritt gegen das Zweischichtsystem darstellt, sondern in Wirklichkeit rationeller und profitabler ist. Allein der Haß gegen die Sozialpolitik, in dem sich die Schwerindustriellen seit Jahr und Tag wieder verbissen haben, macht sie blind.

Die Moskauer wittern Morgenluft.

Sie fallen den Gewerkschaften in den Rücken!

Bochum, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Rheinland-Westfalen wittern die Kommunisten infolge des Konflikts in der Schwerindustrie Morgenluft. Sie bilden sich ein, jetzt durch eine besonders verlogene Agitation ihren seit der Inflation verlorengegangenen Einfluß im Ruhrgebiet wieder zurückgewinnen zu können. Zu diesem Zweck hetzen sie gegen die freien Gewerkschaften, deren Stellung infolge des Ausbruchs der Christen aus der Arbeiterfront im Konflikt ohnehin schwierig genug ist, blindlings drauf los. Jeder Arbeiter, der von dem starken Einfluß des Zentrums im Ruhrgebiet eine Ahnung hat, weiß, daß die christlichen Gewerkschaften diesen Zentrumseinfluß als Klotz am Bein mitschleppen und den Deutschen Metallarbeiterverband im Stich ließen. Statt nun erst recht alles zu vermeiden, was die Stellung der freien Gewerkschaften erschwert, fallen die Kommunisten, wie immer, so auch diesmal, der Arbeiterschaft in einem schwierigen Kampf in den Rücken.

Kommunistische Demagogie.

Als letzte Rettung bei den Berliner Buchdruckern.

Aus Buchdruckerkreisen erhalten wir folgende Zuschrift: Die Kommunisten setzen bei den Berliner Buchdruckern ihr krampfhaftes Bemühen fort, entsprechend ihrem Moskauer Auftrag „Opposition auf jeden Fall zu treiben. Nachdem sie in der Handsetzersparte einen gründlichen Reinfall erlebt hatten, setzten sie ihre Hoffnungen auf die Delegiertenwahlen. In sieben von elf Bezirken ist aber die Wahl bereits zugunsten der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung vollzogen, weil die Kommunisten nicht die notwendige Unterstützung für ihre Vorschläge fanden. Nur im zweiten, vierten, fünften und achten Bezirk macht sich ein Wahlgang notwendig; denn dort haben die Kommunisten — trotz aller Mühe — den „Erfolg" gehabt, daß mindestens 30 Kollegen ihre Stimme für die kommunistische Delegiertenliste abgaben.

Angesichts dieser Mißerfolge bemächtigt sich der Kommunisten eine Verzweiflungsstimmung. Zum Glück haben sie unter ihren Ladenhütern noch eine alte Walze gefunden, die als letzte Rettung noch einmal das Lied von der „Unfähigkeit" des durch angebliche Fraktionsmißwirtschaft personell zusammengesetzten Gauvorstandes herunterleiern muß. In dem Flugblatt wird aber nicht nur der Gauvorstand, sondern auch der Verbandsvorstand in echt kommunistischer Weise heruntergerissen.

Da es nun einmal mit zu der Aufgabe der Kommunisten gehört, den Unternehmern Material für die Niedrighaltung der Löhne zu liefern, wird unter anderem behauptet, daß der Verbands- und Gauvorstand an der Erfolglosigkeit der letzten Lohnbewegung schuld seien. Die Mitglieder hätten einfach zu zahlen und das Maul zu halten. Dümmer und demagogischer sind selten Behauptungen in einem Flugblatt aufgestellt worden. Sicher wollten die Kommunisten den Beweis für ihre eigene Unfähigkeit erbringen. Man muß anerkennen, daß ihnen das glänzend gelungen ist. Da sich zur Unfähigkeit in der Regel die Frechheit gesellt, treten die Kommunisten — nachdem sie alles in den Schmutz gezogen haben — vor die Kollegen aller Parteirichtungen mit dem Ersuchen, den kommunistischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Wer anders als Theodor Gabbey könnte auch der Herausgeber eies solchen Wisches sein?

Nach der Methode „Haltet den Dieb" sucht die „Rote Fahne" vom Freitag Gabbey reinzuwaschen. Die Beschuldigungen gegen die Verbandsinstanzen werden noch einmal in großer Aufmachung wiederholt. Es werden ferner gegen alle Kollegen der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung Vorwürfe erhoben, wie sie eben nur kommunistischen Hirnen entspringen können.

Das Urteil über diese Art der kommunistischen Beschimpfung unseres Verbandes kann getrost den Berliner Buchdruckern überlassen bleiben. Die überwiegende Mehrheit unter ihnen wird es nun gerade als eine Ehrenpflicht betrachten, **die Bezirksversammlungen am Sonntag bzw. Montag zu besuchen** und den Kommunisten eine deutliche Antwort zu geben. Bei den Delegierten- und Bezirksleitungswahlen gehört **jede Stimme den Kandidaten der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung!**

Die nicht mehr „nationalen" Buchdrucker.

Der frühere Berufsverband nationaler Buchdrucker beschloß, sich dem Reichsbund Deutscher Arbeiter, Berlin, unter der Führung des Landtagsabgeordneten Albert Wiedemann anzuschließen und von nun ab den Namen Berufsverband Deutscher Buchdrucker und Hilfsarbeiter zu führen.

Jubilarfeier bei den Lithographen.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen und Steindrucker veranstaltete am Donnerstag abend im Lehrervereinshaus zu Ehren der Mitglieder, die der Organisation 25 Jahre angehören, eine Feier, die den Charakter eines Kunstabends hatte. Das sehr abwechslungsreiche und reichhaltige Programm des Abends wurde von namhaften Kräften bestritten. Die bekannte Kapelle der Gebrüder Steiner brachte in bunter Reihenfolge vornehmlich Werke von Wagner, Beethoven, Mozart, Strauß usw. zu Gehör. Aber auch die Darbietungen des Kammersängers Louis van de Sande sowie des Ebert-Manz-Quartetts und des Männerchors Fichte-Georginia unter der Stabführung von W. Knöchel standen einander nicht nach. Die Künstler fanden ein aufmerksames Publikum und wurden durch den aufrichtig gespendeten Beifall zur Hergabe ihres besten Könnens angespannt.

Der Bevollmächtigte Genosse Gustav Hoffmann sprach zunächst einige ehrende Worte für den verstorbenen Genossen Silberschmidt und die in letzter Zeit verstorbenen Verbandsmitglieder. Er zeichnete dann mit groben Strichen ein Bild von der Entwicklung der Organisation und gedachte dabei besonders der Jubilare, deren opferfreudige Mitglieder er den jüngeren Mitgliedern als nachahmenswertes Beispiel hinstellte. Für die alten Kämpfer dürfte dieser genußreiche Abend unvergeßlich bleiben.

Das korrigierte Reichsgericht.

Heirat kein Entlassungsgrund für weibliche Angestellte.

Eine weibliche Angestellte der Buchhandlungsfirma Ernst u. Co. war vom Kassenarzt krank geschrieben. In der Zeit der Krankheit verheiratete sich die Angestellte. Als sie wieder gesund war und ihre Arbeit antreten wollte, wurde sie ohne Kündigung entlassen. Sie klagte beim Arbeitsgericht auf Bezahlung der Kündigungsfrist.

Auf die Klage entgegnete die Firma, da die Klägerin, als sie angeblich krank gewesen sei, die Vorbereitungen zu ihrer Verheiratung treffen und Hochzeit feiern konnte, könne sie nicht krank gewesen sein, sondern müsse simuliert haben. Uebrigens sei die Verheiratung einer weiblichen Angestellten an sich **ein Grund zur fristlosen Entlassung**. Die Firma berief sich für diese Ansicht auf ein vor mehreren Jahren ergangenes Urteil des Reichsgerichts.

Dies Urteil führt unter anderem aus, die Verheiratung einer weiblichen Angestellten sei ein wichtiger Grund, der die fristlose Entlassung rechtfertige, denn es müsse damit gerechnet werden, daß eine Angestellte, die neben ihrer Berufsarbeit noch ihren Haushalt besorge, im Beruf nicht mehr ihre volle Arbeitskraft einsetzen könne. Auch müsse damit gerechnet werden, daß die verheiratete Angestellte infolge von Schwangerschaft und Wochenbett ihre Berufsarbeit unterbrechen müsse. Es könne dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden, seinen Betrieb den dadurch entstehenden Störungen auszusetzen.

Der die Klägerin vertretende Sekretär des ZdA. führte dagegen aus: An sich sei nichts dagegen einzuwenden, daß eine Angestellte, wenn ihr Mann ein für die Erhaltung der Familie ausreichendes Einkommen habe, gekündigt werde. Zur fristlosen Entlassung aber gebe die Verheiratung keinen Grund. Im vorliegenden Falle um so weniger, als die Klägerin schon vor ihrer Erkrankung dem Prokuristen mitgeteilt habe, daß sie sich demnächst verheiraten werde. Gegen eine Simulation spreche die Tatsache, daß der Kassenarzt die Klägerin krank geschrieben habe.

Das Arbeitsgericht erklärte den Anspruch der Klägerin für berechtigt mit der Begründung: Das erwähnte Reichsgerichtsurteil gehe zu weit. Die fristlose Entlassung wegen der Verheiratung könne das Arbeitsgericht nicht für berechtigt halten. Daß die Klägerin wirklich krank gewesen sei und nicht simuliert habe, sei durch die Bescheinigung des Kassenarztes bewiesen.

Obgleich die Klageforderung an sich nicht berufungsfähig ist, sprach das Arbeitsgericht der grundsätzlichen Bedeutung wegen die Berufungsfähigkeit aus, um den höheren Instanzen (Landes- und Reichsarbeitsgericht) Gelegenheit zur grundsätzlichen Entscheidung der Streitfrage zu geben.

Streik in den Heinkel-Flugzeugwerken.

Warnemünde, 9. Dezember.

Die 300 Mann starke Belegschaft der Flugzeugwerke Ernst Heinkel G. m. b. H. ist nach Scheitern der Verhandlungen über die Lohnforderungen der Arbeiter in den Streik getreten. Die Arbeiter verlangen eine zehnprozentige Lohnerhöhung, während sich die Heinkel-Flugzeugwerke zu einer Erhöhung um drei Prozent verstehen wollen.

Für den Achtstundentag in Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 9. Dezember.

Am Donnerstag fanden in verschiedenen größeren Industrieorten Polnisch-Oberschlesiens Belegschaftsversammlungen der Eisen- und Metallhüttenarbeiter statt, die sich nochmals mit der Einführung des Achtstundentages in der polnisch-schlesischen Eisenindustrie beschäftigten. Es wurde überall einmütig betont, daß die Arbeiterschaft unabänderlich an dem Beschluß des Betriebsrätekongresses, wonach ab 1. Januar 1928 der Achtstundentag eingeführt werden muß, festhalte, andernfalls würden die Belegschaften am 2. Januar in den Streik treten.

Der Eisenbahnerstreik im Saargebiet.

Die Streiklage hat sich nach siebentägiger Dauer nicht verändert. Die Bahndirektion hat ein Rundschreiben zwecks Wiedereinstellung der früheren Eisenbahnarbeiter erlassen. Angeblich sollen sogar die wegen ehrenrühriger Handlungen entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden. Die zum Arbeitsdienst kommandierten Beamten sind über die ihnen zugemutete zwölfstündige Arbeitszeit erbittert. Eine Abordnung der Beamtenverbände sprach bei der Saarregierung vor. Post- und Telegraphenarbeiter, die seit Mai den gleichen Lohnabbau erfahren haben (8,3 Proz.) wie die Eisenbahnarbeiter, sind über die Verkürzung ihres Einkommens ebenfalls sehr erregt. Die Saardelegation in Genf hatte gestern mit Direktor Colban vom Internationalen Arbeitsamt sowie mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär von Schubert eine Unterredung, deren Gegenstand die Streiklage im Saargebiet war.

Die Regierungskommission hat am 13. Oktober die Lohnkürzung um 4 Proz. herabgesetzt, weigert sich jedoch, auch den Rest von 4,3 Proz. wieder zu zahlen. Das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters von 750 Franken beträgt nach der Reichswährung 125 Mark. Die Forderung der Eisenbahner macht jährlich 3,2 Millionen Franken aus, bei einem Etat von 403 Millionen.

Deutscher Nahrungs- und Genußmittelarbeiter-Verband, Sektion Bäcker, Konditoren, Süßwaren. Wie alljährlich zu Weihnachten, so erfolgt auch in diesem Jahre eine Sonderunterstützung arbeitsloser Mitglieder. Alle Verbandskolleginnen und -kollegen, die seit dem 1. Oktober 1927 Mitglied sind, haben sich unter Vorlegung der Stempelkarte und des Mitgliedsbuches in die Liste eintragen zu lassen. Die Anmeldung erfolgt im Bureau, Engelufer 24/25, Zimmer 65, täglich von 9 bis 12 Uhr. Schluß der Meldung am 17. Dezember. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt am Donnerstag, dem 22., und Freitag, dem 23. Dezember 1927, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr. Die Verbandsleitung.

Werkeisenbahner der Groß-Berliner Metallbetriebe.

Sonntag, 11. Dezember, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24–25, Aufgang B, Zimmer 4. Versammlung aller Industriewerkeisenbahner (technisches, Rangier- und Bahnunterhaltungspersonal). Aussprache über die Lohnregelung. Pünktliches Erscheinen aller Werkeisenbahner erforderlich.

Betriebsräte und Vertrauensleute, macht die Werkeisenbahner eures Betriebes auf diese Versammlung aufmerksam!

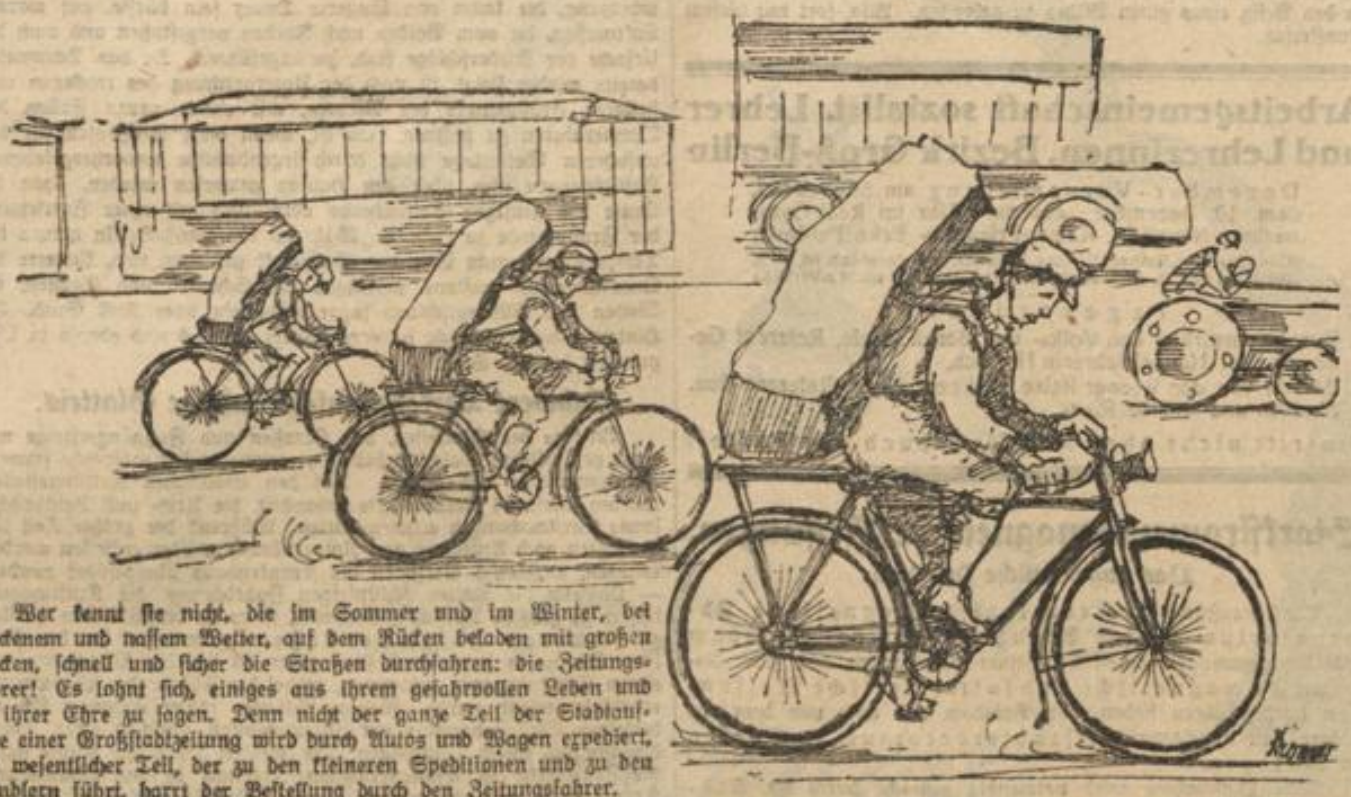
Deutscher Verkehrsbund, Sektion V.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststraße 16. Uebungsabend für unsere Werbeveranstaltung. — **Schöneberg-Nord:** Jugendheim Vorckstr. 11. „Jugendpsychologie." — **Voranzeige!** Zusammenkunft der Mädel am Montag, 12. Dezember, 19½ Uhr, im Jugendheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 83–85. Vortrag: „Häusliche Erziehung — Schulbildung und Berufsausbildung des Burschen und Mädchen."

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eßlorn; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Zu jedem Pfund der Tafelmargarine „Frische Resi" verlange man gratis den neuesten Band der Resi-Hausbücherei! Vertreter der V. M. W. Nürnberg: Resi-Agentur, Berlin NO 43, Neue Königstr. 37. Tel.: Königstadt 1863, 1864, 1867.

Der Tag des Zeitungsfahrers.



Wer kennt sie nicht, die im Sommer und im Winter, bei trockenem und nassem Wetter, auf dem Rücken beladen mit großen Hucken, schnell und sicher die Straßen durchfahren: die Zeitungsfahrer! Es lohnt sich, einiges aus ihrem gefahrvollen Leben und zu ihrer Ehre zu sagen. Denn nicht der ganze Teil der Stadtauflage einer Großstadtzeitung wird durch Autos und Wagen expediert, ein wesentlicher Teil, der zu den kleineren Speditionen und zu den Händlern führt, harrt der Bestellung durch den Zeitungsfahrer.

Wenn der Großstädter noch im tiefen Schlafe liegt oder gerade das Bett aufsucht, müssen die Zeitungsfahrer das Bett verlassen. In der zweiten Morgenstunde eilen sie auf stabilen Rädern den Verlagshäusern zu, um hier in der Nachtexpedition ihre großen Zeitungshucken in Empfang zu nehmen. Oft verbleiben noch bis zum Antreten der Zeitungstour einige Minuten Freizeit, die zum Austausch der Erlebnisse vom letzten Tage benutzt wird. Um drei Uhr früh, mit einem Gewicht von ungefähr 150 Pfund im Rucksack auf dem Buckel, verlassen sie ihr Verlagshaus, um in die Nacht hinauszuschießen. Von Spedition zu Spedition, von Händler zu Händler geht der Weg. Die vorgeschriebene Anzahl von Exemplaren wird schnell abgegeben, und ehe man sich versieht, ist der Fahrer schon wieder auf und davon. Schnelligkeit muß ihn vor allem auszeichnen. In drei Stunden hat er im Durchschnitt seine Tour erledigt und er weiß dann, was er getan hat. Nun geht es nach Haus, um die Nachtruhe nachzuholen. Das ist, kurz mitgeteilt, die Tätigkeit des Zeitungsfahrers, die einfach erscheint und doch viel Gefahren in sich birgt. In der Nacht ist es die schlechte Beleuchtung der Straßen, am Tage der betäubende Großstadtverkehr, die größte Aufmerksamkeit gebieten. „Wir müssen Akrobaten auf dem Rade sein," meint unser Gewährsmann, der auch in Rennfahrerkreisen einen Namen hat.

Stellen wir uns einmal die Straße Unter den Linden oder die Friedrichstraße vor. Wie werden in dem Gewühl die Nerven der Fahrer angestrengt, wenn sie sich zwischen Autobussen, Taxametern und zwischen Fußgängern hindurchschlängeln müssen, um rechtzeitig — und das ist die Hauptsache — ihre Tour zu erledigen. Zur Straße gehört der Schupomann. Er kann, wenn er will und verständig genug ist, den Zeitungsfahrer in seinem schweren Dienst unterstützen. Wir denken hierbei an Beamte, die den Verkehr zu regeln haben. In diesem Zusammenhang sei auch die Absicht des Polizeipräsidiums, die Straßen erster und zweiter Ordnung — es kommen 96 in Betracht — für Radfahrer zu sperren, einer kleinen Kritik unterzogen. Man mag dazu stehen wie man will. Jedoch erscheint es unmöglich, dem Zeitungsfahrer diese Straßen zu sperren. Selbstverständlich hat sich der Verkehrsbund, gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe, an das Polizeipräsidium gewandt, um den Erlaß dieser Verordnung zu unterbinden.

Die Möglichkeit, daß die Verordnung nicht in Kraft tritt, besteht, zumal die Stadtverordneten einen Beschluß gefaßt haben, der empfiehlt, den Radfahrern die Benutzung der Straßen erster und zweiter Ordnung zu untersagen, jedoch den Zeitungsfahrern, die ihr Rad im Großstadtverkehr beruflich brauchen, das Befahren dieser Straßen zu gestatten.

Was verdient der Zeitungsfahrer? Im Durchschnitt erhält er pro Tour, d. h. also in etwa dreistündiger Arbeitszeit, 4,80 M. Da die meisten Berliner Blätter am Tage zweimal erscheinen, hat er zwei Touren zu erledigen, kommt also auf etwa 10 M. pro Tag. Er muß jedoch ein eigenes Rad stellen! Die Fahrer, die hauptsächlich nur Händler bedienen, erhalten außer Tourengeldern noch einen prozentualen Zuschlag, der sich nach dem Umsatz richtet. Ein Teil der Zeitungsfahrer ist im Hauptberuf Rennfahrer. Aus einem tüchtigen Zeitungsfahrer ist schon oft ein tüchtiger Rennfahrer geworden. Man denke an Karl Saldow, Willi Lorenz, Walter Sawall und Emil Lewanow, die alle in früheren Jahren den großen Zeitungssack getragen haben. Die Zeitungsfahrer wissen, was sie ihrem Beruf schuldig sind. Etwa 90 Proz. der Berliner Zunft sind im Verkehrsbund organisiert, wo sie seit längerer Zeit eine eigene Gruppe bilden.

Auf der anderen Seite der Zeitungsfahrer finden wir die Redaktionsfahrer. Sie haben am Tage und in der Nacht, je nachdem ihre „Schicht" liegt, die Depeschenbureaus abzufahren, um die einlaufenden Meldungen abzuholen. Doch damit ist noch lange nicht die Tätigkeit der Redaktionsfahrer erschöpft. Auch sie kennen nur wenig ruhige Momente. Neben den Depeschenbureaus müssen sie auch die Parlamente, wie Reichstag, Landtag, Stadtverordnetenversammlung, zur Abholung des Materials aufsuchen. Hinzu kommen noch die Pressestellen der Reichs- und Staatsregierung wie die einzelnen Ministerien. Versagt der Redaktionsfahrer zu einer Zeit, wo es auf jede Minute ankommt — und das ist in den Mittagsstunden bzw. Mitternachtsstunden der Fall —, so macht sich das bei der redaktionellen Fertigstellung der Zeitung bitter bemerkbar. Und wenn der Zeitungsleser in Ruhe sein Organ liest, ahnt er bei weitem nicht, in welcher kurzen Spanne Zeit das Nachrichtenmaterial zusammengetragen werden mußte.

Der Potsdamer Kurpfuscherskandal.

Eine Zuschrift der „Christlichen Wissenschaft".

Unsere ausführlichen Mitteilungen über die Kurpfuschereiepidemie im Regierungsbezirk Potsdam haben uns erneut eine Zuschrift eingetragen, die diesmal von der „Christian Science" („Christliche Wissenschaft") ausgeht. Wiewohl diese „Berichtigung" genannte Mitteilung nicht unsere Behauptungen widerlegt, halten wir uns doch aus Loyalitätsgründen für verpflichtet, die wichtigsten Teile der Zuschrift wiederzugeben.

Der Vorleser der „Christlichen Wissenschaft", Herr Liszt, hat, so heißt es, erklärt, zu der Erkrankung der beiden Kinder der Familie Paul in Werder nicht zugezogen worden zu sein. Es wird aber zugegeben, daß die Familie Paul und Liszt seit 1920 in freundschaftlichem Verkehr standen. Dabei sei wohl auch die Religionslehre der „Christlichen Wissenschaft" erwähnt worden. Weiter wird nicht bestritten, daß Frau Paul gelegentlich Bekannte auf die „Christliche Wissenschaft" hingewiesen hat, wenn — so heißt es wörtlich in der Zuschrift — „diese Bekannten glaubten, mit ärztlicher Hilfe nicht auskommen zu können". Dann wird sehr schön gesagt: „Bei den freundschaftlichen Besuchen hat Herr Liszt auch Gelegenheit gehabt, mit dem Schwiegervater des Herrn Paul zu sprechen und ihm Worte der Aufmunterung und des Trostes zu sagen." Der Schwiegervater selbst sei aber nicht in Behandlung des Herrn Liszt gewesen.

Was den Fall des Postsekretärs K. angeht, so erklärt Herr Liszt, „daß er nach seiner Erinnerung K. auf dessen Veranlassung nur einmal besucht habe". Etwas anderes hatten wir ja auch nicht behauptet, denn K. hat Herrn Liszt ja hinausgeschmissen, wie wir mitteilten. Von der Behandlung einer Wöchnerin will Herr Liszt nichts bekannt sein.

Es folgt sodann eine längere Erklärung, die nach der „Christlichen Wissenschaft" von dem Obersteuerinspektor Paul stammt, die aber so weit außerhalb des Rahmens unserer Mitteilung liegt, daß wir ihr im einzelnen nicht Raum geben können. Sie schließt mit den bezeichnenden Worten: „Niemand ist durch die gänzlich unerwartet gekommene Verschlimmerung der Krankheit schwerer getroffen worden als die Familie Paul selbst." Das sagt doch wahrlich genug.

Einbruch in der Laubenkolonie.

Die Laubenkolonisten in der Umgebung Berlins werden auch jetzt wieder von Einbrechern arg heimgesucht. Viele suchen sich dadurch zu sichern, daß sie mit polizeilicher Erlaubnis auf ihren kleinen Grundstücken Selbstschüsse legen. So machte es auch der Inhaber einer Wohnlaube in der Kolonie „Wiesendamm" an der Spandauer Brücke in Charlottenburg. Als er gestern sein Grundstück aufsuchte, fand er starke Blutspuren schon im Garten und dann auch in dem Häuschen, in dem er zwei Selbstschüsse gelegt hatte. Einbrecher hatten an der Vorderseite eine Scheibe eingedrückt, das Fenster aufgeriegelt und waren beim Einsteigen gleich an die drinnen liegenden Schüsse geraten. Es scheinen zwei Mann gewesen zu sein. Der eine muß durch einen Schrotschuß erheblich verletzt sein, wahrscheinlich am Leibe. Eine Kugel aus dem zweiten Selbstschuß hat wohl nicht getroffen. Sie durchschlug einen Spindaufsatz und drei Holzwände. Ein Diensthund nahm Spuren nach zwei Richtungen. Sie gingen aber bald verloren, ein starker Rauhreif hatte sie verwischt. Die Nachforschungen nach dem verletzten Einbrecher haben noch keinen Erfolg gehabt. Auf einer Rettungsstelle hat er sich nicht verbinden lassen, er muß aber unbedingt ärztliche Hilfe in Anspruch genommen haben. Mitteilungen an die Dienststelle B. 4, Zimmer 199, Amtruf 503, im Polizeipräsidium. Sie werden vertraulich behandelt.

Durch Starkstrom getötet.

Im Keller des Hauses Ansbacher Straße 29 wurde gestern nachmittag der 43jährige Architekt Hans Reich aus der Stubenrauchstraße 40 in Friedenau mit einer klaffenden Kopfwunde besinnungslos aufgefunden. Die Feuerwehr brachte R. in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Achenbachstraße, wo die Aerzte jedoch nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnten. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist Reich das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Bei Messungen, die er im Keller vornahm, kam er der Starkstromleitung zu nahe und schlug im Stürzen mit dem Kopf auf dem Boden auf. Hier blieb er hilflos liegen, bis er nach einiger Zeit gefunden wurde.

60]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Ein Teil der Frauenorganisation mit Dascha an der Spitze war mit einer Sanitätsabteilung in die Stellungen gegangen, ein anderer Teil bediente unter Poljas Kommando die kommunistische Abteilung in den Kasernen und bereitete den Abtransport der Arbeiterfamilien im Falle einer Evakuierung vor.

Am Tage traf Gljeb einige Male Polja, sie lief, ohne müde zu werden, in die Gewerkschaften, in die Betriebe, in das Parteikomitee, in das Exekutivkomitee. Sie verteilte ihre Frauen zur ständigen Fühlungnahme, überall hin, in alle Organisationen, um die Sache im Gang zu halten und im Falle eines Befehles auf einmal, mit ganzer Wucht und in wenigen Stunden einige Tausend Frauen und Kinder evakuieren zu können. Die Züge standen unter Dampf bei dem Werk, auf den Kais und in den Vororten zur Verladung bereit, und der Atem der Lokomotiven verflocht sich mit den Seufzern des fernen Kanonendonners.

Polja hatte schon zwei Tage nicht geschlafen, ihre Augen waren wie im Fieber, und auf ihrem Gesicht brannten typhöse, rote Flecken.

An diesem Tage nahm sie sich eine freie Minute, lief zu Gljeb in die Kaserne und lachte mit ihren trockenen Lippen. Sie merkte nicht, wie das Blut aus ihren gesprungenen Lippen quoll, ihre Zähne rot färbte und sich mit Speichel vermengte.

„Ja, Gljeb . . . das ist eben die richtige Arbeit. . . . Wir haben gelebt, haben Thesen über Gewerkschaften eingepaukt und über die neue ökonomische Politik. . . . Wir drehten uns auf dem grauen Alltagskarussell. Wir sind auf den Sitzungen bis zur Verblödung blind und taub geworden. Haben Bureaukratismus gezüchtet. Wir haben uns ausgegeben, uns in Berufsbeamte verwandelt. Neue ökonomische Politik. . . . Ich hörte einmal, wie so ein Wassermensch, ein Taucher, sagte: „Diese neue Politik ist gut, ist gescheit: Wein und Bier, Restaurants zum Trinken und zum Verkaufen. Ja, das ist gut, das werde ich unterstützen und mit Freude dafür stimmen. . . ." Nein, Gljeb, das wird nicht sein. Der zehnte Parteitag wird diesen Weg nicht betreten. . . . Nein!"

Gljeb klirrte mit seinem Gewehr und lachte laut.

„Hüpf nicht wie eine Henne, Genossin Mjechowa. Laß uns nur erst dieser Räuberbande da über den Schädel gehauen haben, dann werden wir diese deine richtige Arbeit zum Teufel schicken. Der Parteitag wird zu Ende gehen, und dann werden wir die berühmte neue ökonomische Politik ankurbeln. Und deinen Taucher, den werden wir in die Verwaltung der Kommune stecken. Soll er nur dort alle möglichen Restaurants züchten und Geld herausschlagen."

Polja fuhr erschrocken zusammen und ihre Augenbrauen zuckten vor Wut.

„Das wird niemals geschehen. . . . Die Partei kann diese Frage nicht in dieser Weise behandeln, wie ihr es alle tut. Wir könnn die Revolution nicht verraten. Das wäre ärger als der Tod. Das ist unmöglich. Die Intervention ist geschlagen, die Blockade ist ein sinnloses Abenteuer. Unsere Revolution hat die ganze Welt angezündet. Das Proletariat der ganzen Welt ist mit und für uns. Die Reaktion ist machtlos. Ist nicht auch die neue ökonomische Politik eine Reaktion, eine Restaurierung des Kapitalismus? Nein, das ist Unsinn, Gljeb."

„Was du da redest! . . . Wie kann man das Reaktion nennen, wenn es um den Bauern und die Produktion geht?"

„Ich verstehe das nicht, wie ist es also, es sollen wieder Märkte existieren? Wieder die Bourgeoisie? . . . Willst du denn, daß man den Kapitalisten eine Konzession für unser Werk gibt? Darüber hat man heute erst im Exekutivkomitee gesprochen. Man sagt, Schramm habe einen Bericht in die Zementzentrale geschickt. Wirst du dich darüber freuen, ja? Gefällt dir so eine Reaktion, ist sie nach deinem Geschmack?"

Auf ihrem blassen Gesichte, auf den Backenknochen brannten rote, zerrissene Flecken, und auf ihrer Stirn und Oberlippe glänzten Schweißtröpfchen.

Gljebs Gesicht wurde grau, und ganz erschüttert beugte er sich zu Poljas Augen.

„Was, was, Genossin Mjechowa? Eine Konzession? Was faselst du da? Die Arbeiter sollen ihr Werk dem Bourgeois geben? Beim Teufel. . . . Ich werd's ihnen zeigen, was das heißt . . . eine Konzession . . . diesem Gesindel. . . ."

„Aha, das sitzt! . . . Ja, das ist eben deine neue ökonomische Politik. . . . Versuch es nur, sie anzukurbeln! . . . Konzessionen, Restaurants, Märkte, Kulaken, Spekulanten. . . . Wirst vielleicht etwas Tröstendes über die Arbeitergenossenschaften sagen? . . . Naturalsteuer . . . Genossenschaften . . . vielleicht braucht man das alles . . . aber nur kein Rückzug, nur nicht das! . . . Den Heldentod für die unsterbliche Revolution . . . gut! einen Weltenbrand entzünden, ihn vertiefen, die erkämpften Stellungen nicht verlassen, sondern neue im Kampf nehmen! . . . So soll es sein!"

Sie lief fort, rote Flecken brannten auf ihrem Gesicht und er, Gljeb, stand erregt, erschüttert und dachte an das, was Polja eben gesagt hatte.

. . . In dieser Nacht stand Gljeb mit seiner Abteilung im Tale außerhalb der Stadt und bewachte die Landstraße und den Vorort. Alle seine Leute waren in einer Kette von der Landstraße bis zu den Abhängen des Vorgebirges verteilt und eine Patrouille von drei Genossen ging durch die Vororte, beunruhigte die schreckhaften Hunde und man konnte dem Bellen nach genau feststellen, wo die Patrouille sich momentan befand.

Gljeb und Sergeij standen am Waldesrand und verfolgten mit ihren Blicken die Feuerfackeln in den Bergen.

Ein Feuer flatterte dort in den Bergen wie ein roter Vogel auf und flog in die Höhe. Hob sich wie eine Rakete und zerschnitt den Nebel. Im Feuerscheine erblickte man bald eine ausgestreckte Hand, bald die Schultern eines Mannes.

Sehr weit in der Ferne flammte in der Schlucht wieder eine schwebende Fackel auf und flog wie ein fallender Stern ins Dunkel. Höher oben erzitterte und überschlug sich eine dritte und dann immer wieder und wieder. . . . Sie erloschen, flammten auf, lockten, wanden sich schlangenartig. . . .

Rückwärts ist der Wald. Man sieht ihn nicht. Neben der Landstraße bewegen sich Bäume mit ihren zottigen Schatten, fliegende Aeste schichten sich übereinander und zwischen ihnen — undurchsichtiger Nebel und graue Schlangen. In dieser Nacht, wie auch in der gestrigen, erstarben die Bewohner der Stadt aus Angst vor dem Tode, der von den Bergen herunter kam. Ueber der Stadt klingt die von Grauen durchtränkte Stille. Die Stadt fürchtet in der Nacht ihr eigenes Geflüster und versteckt sich in den Kellern. Und auch im Wald ist Schweigen. Wellenartig schwimmt es aus den Tiefen und riecht nach Sumpf und Malz. Die neugeborenen Blättchen flattern wie Schmetterlinge, niesen und kratzen sich. Ein fernes, märchenhaftes Orchester ergießt sich von überall und klingt wie Bienengesumme.

Sergeij erschien alles gespenstisch, veränderlich und grenzenlos. Diese Urfinsternis sog ein Grauen aus seiner Seele. Durch die Unheimlichkeiten ihrer düsteren Geheimnisse.

(Fortsetzung folgt.)

„Siebzehner" und „achtzehner" Eier.

Die umgeänderten Kistenstempel.

Ein Kolleg über die Gepflogenheiten des Eierhandels wurde gestern vor dem Großen Schöffengericht in Moabit gehalten. Die Strafabteilung hatte sich mit einer Anklage gegen den Eiergroßhändler Samuel Scherlin zu beschäftigen, der beschuldigt war, auf den von ihm gelieferten Eierkisten die Stempel gefälscht zu haben. Einem Kunden des Angeklagten war es schon seit langem aufgefallen, daß die dänischen Eier, die er von Sch. bezog, immer kleiner wurden. Allerdings war dieser Eiergroßhändler in den Preisen billiger als seine Konkurrenten.

Einer von den letzteren meinte dann auch, daß da eine Schiebung vorliegen müsse. Daraufhin war der Abnehmer und sein Personal besonders sorgfältig bei der Prüfung der nächsten Sendung. Sie entdeckten, daß auf der Kiste der ursprüngliche Stempel abgekratzt und daß mit einem Gummistempel die Zahl 18 aufgedrückt war. Nachdem diese ausverkauft waren und man die Holzwolle daraus entfernt hatte, was sonst nicht zu geschehen pflegte, entdeckte man, daß der Innenstempel nur auf Eier von 17 Gramm lautete. Dadurch löste sich das Rätsel, weshalb man immer nur so kleine Eier erhalten hatte. Es waren eben nicht achtzehner, sondern siebzehner Eier geliefert worden. Der Kunde stellte den Angeklagten zur Rede. Dieser bestritt zunächst, daß er von der Stempeländerung etwas gewußt hätte, soll aber nach der Bekundung des Zeugen später ein Geständnis gemacht haben. Der Angeklagte stellte das in Abrede und behauptete, daß er nur erklärt habe, da er seinen Lieferanten keine Schwierigkeiten machen wollte, daß er die Verantwortung auf sich nehmen wolle. Der Angeklagte suchte die Erklärung für die Aenderung des Stempels dadurch zu geben, daß die Arbeiter wahrscheinlich nachträglich gemerkt hätten, daß sie irrtümlicherweise eine Siebzehnerkiste verwendet hätten und, um die Mühe des Umpackens sich zu ersparen, die Zahlen umgestempelt hätten. Er behauptete auch, daß die fragliche Eierkiste gar nicht auf sein Lager gekommen sei, denn der Lieferungstag sei auf das jüdische Laubhüttenfest gefallen, an dem sein Geschäft geschlossen war. Der Kutscher habe daher die Eier direkt von der Bahn zum Kunden gebracht. Durch die Vernehmung des Kutschers ergab sich aber, daß er an den Festtagen geringeren Grades, wie es das Laubhüttenfest am 24. September gewesen war, die Schlüssel zum Geschäft ausgehändigt bekam und von dort aus die Waren ausfuhr. Trotz des Leugnens des Angeklagten hielt das Schöffengericht den Angeklagten für schuldig. In der Stempeländerung wurde eine Urkundenfälschung und ein versuchter Betrug erblickt. Die Fälschung des Stempels könne niemand anders als der Angeklagte vorgenommen haben. Nach den Sachverständigen handele es sich um eine angesehene Firma in Dänemark, von der ein Betrug nicht anzunehmen sei. Wenn diese aber den Betrug beabsichtigt hätte, dann würde sie auch eine ordnungsmäßige Achtzehnerkiste verwendet haben. In Deutschland aber hatte nur der Angeklagte ein Interesse an einer Fälschung. Da es sich nur um einen Preisunterschied von 4,80 Mark handelte, so konnte auch nicht angenommen werden, daß sich jemand zur Beseitigung eines Versehens einen besonderen Gummistempel anfertigen lassen würde. Der Angeklagte habe offenbar damit gerechnet, daß auch die Abnehmer auf die Stempelung nicht achten würden. Die Strafe hätte nicht hoch genug bemessen werden können, wenn sich feststellen ließe, daß der Angeklagte, worauf alles hindeutet, diesen Betrug schon seit langem in großem Maßstabe ausgeübt hat. So lag nur dieser eine Fall zur Aburteilung vor, und hierfür erschienen zwei Wochen Gefängnis ausreichend, für die das Gericht dem Angeklagten als einem alten bisher unbescholtenen Mann auch Bewährungsfrist gewährt hat.

Aufhebung des Maulkorbzwanges.

Der Polizeipräsident hat mit Wirkung vom 10. Dezember die Polizeiverordnungen vom 22. Juli 1925 und vom 27. April 1926 über den Maulkorbzwang für Hunde versuchsweise aufgehoben. Vom 10. Dezember dieses Jahres ab dürfen in Berlin alle Hunde ohne Maulkorb frei umherlaufen. Ausgenommen hiervon sind nur die dem Besitzer als bissig bekannten Hunde. Diese haben nach wie vor einen beißsicheren und festsitzenden Maulkorb zu tragen. Der Polizeipräsident weist besonders darauf hin, daß die Besitzer, um Weiterungen und etwaige Schadenersatzansprüche zu vermeiden, in ihrem eigenen Interesse gehalten sind, nunmehr ihre Hunde gewissenhaft zu beaufsichtigen und in Obacht zu nehmen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 12. Februar. 1926 in Kraft bleibt und daß demnach alle über drei Monate alten Hunde, auch wenn sie an der Leine geführt, oder auf dem Arm getragen werden, künftig, wie bisher, durch eine gültige Steuermarke oder durch die genaue Adresse ihres Besitzers, die am Halsband anzubringen ist, gekennzeichnet sein müssen. Besitzer von Hunden, die ein solches Kennzeichen nicht tragen, laufen Gefahr, daß die Tiere durch die Fangbeamten weggefangen werden.

Feuerauf Güterbahnhof Tempelhof.

Infolge Selbstentzündung geriet gestern früh um ½7 Uhr auf dem Gelände des Verschiebebahnhofes Tempelhof ein Lagerschuppen in Brand. Als die Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Stiepeldei an der Brandstelle eintraf, brannte der Schuppen in seiner ganzen Ausdehnung bereits lichterloh. Da aus dem Innern des Schuppens unaufhörlich starke Explosionen ertönten, mußten die Feuerwehrleute sehr vorsichtig arbeiten. Nach etwa zweistündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt. Wie später festgestellt wurde, rührten die Detonationen von Signalsprengkapseln her, die in größerer Menge dort lagerten.

*

Feuer in einem Filmatelier. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr brach bei der Tiefdruckfirma Ratophot in der Alexandrinenstraße im Filmatelier ein Feuer durch Kurzschluß aus. Infolge der vielen Filmplatten hatte das Feuer sofort einen größeren Herd, so daß die Feuerwehr alarmiert wurde. Dank dem sofortigen Eingreifen der Belegschaft konnte das Feuer mit Hilfe von Feuerlöschapparaten auf seinen Herd beschränkt werden. Die Feuerwehr brauchte weiter nicht in Tätigkeit zu treten. Der Sachschaden ist jedoch sehr hoch.

Weihnachtsschund.

Man schreibt uns:

Nicht bloß die licht- und farbenprächtigen Kaufhäuser, die ihre Weihnachtsware in gigantischen Pyramiden zur Schau stellen, oder die hübsch dekorierten Einzelgeschäfte, auch der Klein- und Kleinsthändler mit dem Bauchladen, der Kinderulk, preiswerte Schokolade, oder Lametta für den Christbaum feilbietet, sie alle hoffen und rechnen mit einem guten Weihnachtsgeschäft und es sei ihnen allen gegönnt. Aber Achtung vor jenen Herren Schundlieferanten, die in geschäftlicher Gerissenheit die weihnachtlich-frohe Geberlaune als günstigen Absatztermin schlimmster Schundware auszunützen versuchen. In vielen Straßen stehen die Wagen mit „Oelgemälden". Wahre Riesenschinken, die gleich eine ganze Wand für sich in Anspruch nehmen, bekleckert mit der Bildromantik von vorvorgestern. Holdlächelnde Schwergewichtlerinnen in verführerischster Pose, flankiert von pausbackigen Amoretten, Blümlein trau, Schleiersetzen und was sonst noch zum Szenarium solcher Allegorie gehört; oder Landschaften, im schlechtesten Buntdruck. Sie prangen natürlich in dick-pompösen Goldrahmen und tragen als Köder das Aushängeschild: 2 Mark Wochenrate! Die Preise der Bilder bewegen sich zwischen 30 und 50 Mark, ein Betrag, für den man heute schon ein gutes Bild erwerben kann. Der wirkliche Wert ist gleich Null. Lieferant dieser Prachtwerke ist eine Fabrik, die wahrscheinlich diesen Artikel zu Hunderten oder Tausenden herstellt und auf die Dummheit derer rechnet, die bekanntlich nicht alle werden. Wozu wäre all die mit unendlichem Fleiß betriebene volksbildende Arbeit, die der großen Masse zu ganz minimalen Preisen, oft auch vollständig kostenlos, durch Ausstellungen und Vorträge, die Bekanntschaft wirklicher Künstler und ihres Schaffens vermittelt, um Auge und Ohr für das wirklich Schöne und Wertvolle zu erziehen. Außerdem bieten, gerade jetzt zur Weihnachtszeit, Kunstausstellungen von Werken namhafter Künstler auch dem kleinen Manne Gelegenheit, zu wirklich billigen Preise, der überdies auch noch in kleinen Teilbeträgen bezahlt werden kann, in den Besitz eines guten Bildes zu gelangen. Also, fort mit diesem Kunstersatz.

Arbeitsgemeinschaft sozialist. Lehrer und Lehrerinnen, Bezirk Groß-Berlin

Dezember-Versammlung am Sonnabend, dem 10. Dezember, abends 7 Uhr im Real-Gymnasium, Neukölln, Kaiser-Friedrich- Ecke Fuldastr.

(Untergr.-Bhf. „Rathaus". Ausg. Fuldastr. oder Straßenb. 95, 96, 9, Autobus 4 und 30. Eine zentraler geleg. Aula war nicht z. Verfüg.)

Tagesordnung:

1. Zusammenwirken von Volks- und Berufsschule, Referent Genossin Dipl. Handelslehrerin Hartoch,
2. Bericht von der Wiener Reise Berliner Lehrer, Referent Gen. Stadtrat und Rektor Rieck.

Eintritt nicht ohne Mitgliedsbuch der Partei!

Starkstrom und magnetische Messungen.

Das ungemütliche Potsdam.

Das preußische Meteorologisch-Magnetische Observatorium auf dem Brauhausberg bei Potsdam sieht sich gezwungen, einen Teil seiner Abteilungen, und zwar diejenigen, die magnetische und luftelektrische Messungen durchzuführen haben, von Potsdam und auch von dem vor einiger Zeit angelegten Hilfsobservatorium in Seddin zu verlegen.

Diese Maßnahme wird notwendig gemacht durch die Störungen, denen die sehr empfindlichen Meßinstrumente dieser Abteilungen durch die Potsdamer Straßenbahn unterworfen werden. Insbesondere muß das Observatorium befürchten, daß diese schon bisher recht erheblichen Störungsmomente sich nach Aufnahme des Betriebes auf der zurzeit im Bau befindlichen Verlängerungsstrecke der Potsdamer Straßenbahn nach Caputh noch weiter verstärken und damit zuverlässige Messungen überhaupt unmöglich machen werden. Dieser Zustand hatte schon seinerzeit zu der Errichtung eines Hilfsobservatoriums in Seddin geführt, aber dieser Einrichtung droht nun infolge der Elektrifizierung der an Seddin vorbeiführenden Belziger Staatsbahnstrecke das gleiche Schicksal wie dem Institut auf dem Brauhausberg. Nach längeren Verhandlungen mit verschiedenen Gemeinden in der Umgegend hat man sich jetzt entschlossen, auf einem geeigneten Gelände beim Dorfe Rädigke im Kreise Zauch-Belzig den betreffenden Abteilungen des Observatoriums eine neue Unterkunft zu schaffen, nachdem man sich darüber vergewissert hatte, daß in dieser verhältnismäßig wenig bewohnten Gegend Störungen wie in Potsdam und Seddin in absehbarer Zeit nicht zu befürchten sein werden. An Neubauten würde ein Observatoriumsgebäude, ein Beamten- und ein Wärterhaus in Frage kommen.

Die Elektrizitätsgrundgebühren

Die „Berliner Städtischen Elektrizitätswerke" haben in den letzten Wochen eine Revision sämtlicher Lichtanschlüsse vorgenommen mit dem Ziel, in den Fällen, wo in den letzten Jahren der Stromverbrauch größer geworden ist, auch die Grundgebühren zu erhöhen.

Die Werke müssen für jeden einfachen Anschluß an das Stromnetz ein Kapital in der Höhe von etwa 600 Mark investieren. Um die Zinsenlast für diese Summe zu decken, verlangen die Werke, außer dem Verbrauchspreis, eine Grundgebühr. Diese Gebühr ist gestaffelt nach dem Verbrauch des Abnehmers. Die drei ersten Gruppen, die für den Privathaushalt in Frage kommen, sind festgesetzt: für eine Anlage bis zu 220 Watt 0,80 M., für eine Anlage bis zu 440 Watt 1,60 M., und bis zu 660 Watt 2,40 M. Grundgebühr. Für diese drei Gruppen wird ein Zähler bis zu 3 Ampère in die Anlage miteingebaut. Wer mehr als 660 Watt verbraucht, erhält einen stärkeren Zähler und muß 3,90 M. Grundgebühr bezahlen. Die von den Elektrizitätswerken veranstaltete Revision in den letzten Wochen hat den Zweck gehabt, in den Fällen, wo sich die ursprüngliche Anlage vergrößert hat, dies festzustellen und die richtige Einstufung in die Grundgebührsätze vorzunehmen. Nach Abschluß der Revision haben die Neueingestuften bereits die Mitteilung der erhöhten Grundgebührberechnung erhalten. Von der Erhöhung sind häufig Familien betroffen, die Zimmer vermietet haben, oder sich die von den Werken angepriesenen neuen elektrischen Einrichtungen, wie Plätteisen oder Kocher zugelegt haben. Solche Anschaffungen bedingen neue Steckdosen und andere Anschlüsse, vergrößern somit die gesamte Anlage. Die Städtischen Werke konnten aber auf diese Neueinstufung, die praktisch für viele eine Verteuerung des Strompreises zur Folge hat, nicht verzichten, weil die Abgaben der Werke an die Stadt in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind.

Die Bevölkerung sieht in der Neueinstufung eine Strompreisverteuerung und ist über diese Maßnahme sehr erregt. Auf unsere Anfrage wird uns von den Städtischen Werken mitgeteilt, daß eine andere Strompreisberechnung nicht möglich sei, weil sonst im Sommer, wo sehr viele Abnehmer fast gar keinen Verbrauch aufzuweisen haben, die Zinsen für die in die Anlagen investierten Kapitalien von den Werken getragen werden müßten. In den Fällen, wo die Anlage wieder verkleinert wird, treten selbstverständlich die alten Sätze wieder in Kraft. Auch das „Süd-West-Werk", das bisher eine geringere Grundgebühr erhob, hat jetzt die Bedingungen der „Städtischen Elektrizitätswerke" übernommen.

Die Raumnot der Universität Berlin.

Der preußische Staat hat das Hausgrundstück in Berlin, Universitätsstraße 3b, erworben. Hierdurch wird vornehmlich die Möglichkeit geschaffen, der bestehenden Raumnot der Universität Berlin abzuhelfen. Zugleich bietet sich Gelegenheit, der in der alten Bauakademie, Schinkelplatz, untergebrachten Deutschen Hochschule für Politik eine verbesserte räumliche Ausstattung zuteil werden zu lassen, da mehrere nicht zur Deutschen Hochschule für Politik gehörende Institute von dort in das neuangekaufte Gebäude gelegt werden können.

Eine Wiederholung der Rhein- und Weinausstellung wird im Funkhaus am Kaiserdamm für die Zeit vom 31. Dezember bis 21. Februar 1928 vorbereitet. Während im Vorjahre mit der Werbung für den deutschen Wein eine Weinbauausstellung verbunden war, wird diesmal die Veranstaltung dazu benutzt werden, durch Werke der rheinischen und der Berliner Künstlerschaft für den deutschen Rhein und den deutschen Wein zu werben. Dies geschieht durch Eingliederung einer großen Kunstausstellung, an der neben rheinischen Museen und Künstlerverbänden auch Berliner Künstlergruppen beteiligt sind.

Es soll wieder kälter werden.

Schwere Unfälle infolge der Glätte.

Gestern konnten die Berliner dasselbe Naturspiel wie vor etwa vierzehn Tagen erleben. Während noch am Donnerstag ziemlich strenger Frost herrschte, stieg das Quecksilber am Freitag sehr schnell bis dicht unter dem Gefrierpunkt. In den Mittagsstunden rieselte ein feiner Eisregen nieder, der bald die Straßen und Bürgersteige mit einer Glatteisdecke überzog. In den Abendstunden, bei unerheblich sinkender Temperatur, schneite es sogar etwas. Nach den Feststellungen des amtlichen Wetterdienstes, ist die plötzliche Erwärmung, die kaum von längerer Dauer sein dürfte, auf warme Luftmassen, die vom Balkan nach Norden vorgestoßen und auch die Ursache der Niederschläge sind, zurückzuführen. Da das Barometer bereits wieder steigt, ist nach der Unterbrechung des trockenen und heiteren Frostwetters der Vortage, mit einem neuen Fallen der Temperaturen zu rechnen. So ist, wenn diese Prognosen bei der unsicheren Wetterlage nicht durch irgendwelche unvorhergesehenen Luftstörungen usw. über den Haufen geworfen werden, schon im Laufe des heutigen Sonnabends vermutlich mit einer Fortsetzung der Frostperiode zu rechnen. Während um Groß-Berlin herum die Temperaturen nicht über den Nullpunkt gestiegen sind, kletterte die Quecksilbersäule gestern vereinzelt in Schlesien und Sachsen, im Westen und Süddeutschland sogar allgemein über Null Grad. In Hinterpommern herrscht heiteres Wetter bei —6 und ebenso in Ostpreußen bei —9 Grad.

Schwere Verkehrsunfälle infolge Glatteis.

Infolge des Glatteises, das Straßen und Fußgängersteige mit einer gefährlichen Eisschicht bedeckte, ereigneten sich zahlreiche schwere Zusammenstöße und Stürze. Auf den Städtischen Rettungsstellen wurden allein 24 Verunglückte behandelt, die Arm- und Beinbrüche, sowie Verstauchungen erlitten hatten. Während der größte Teil der Verletzten nach Anlegung von Notverbänden wieder entlassen werden konnten, mußten 5 Personen ins Krankenhaus übergeführt werden. — Obgleich die glatten schlüpfrigen Fahrdämme die Kraftwagenführer zu größter Vorsicht gemahnten, ist es an verschiedenen Stellen zu schweren Zusammenstößen gekommen. In der Berliner Straße in Zehlendorf, stieß gegen 16 Uhr ein Privatauto mit einem Lastkraftwagen zusammen, wobei der Führer des Privatautos erheblich verletzt wurde. Wenige Minuten später ereignete sich an derselben Stelle abermals ein Zusammenstoß zwischen einer Kraftdroschke und einem Tankwagen. Die Insassin des Autos mußte durch die Feuerwehr in schwerverletztem Zustande in das Hindenburg-Krankenhaus gebracht werden. — In Köpenick verlor der Führer eines Geschäftsautos in der Lindenstraße beim Nehmen einer Kurve die Gewalt über die Lenkung und fuhr mit großer Wucht gegen eine Straßenbahn der Linie 87E. Das Auto wurde zertrümmert, der Führer und dessen Mitfahrer erheblich verletzt. Beide fanden im Köpenicker Krankenhaus Aufnahme. Der Straßenbahnführer erlitt erhebliche Schnittwunden, konnte jedoch nach Anlegung von Notverbänden wieder entlassen werden. Bei der Straßenbahn wurden zahlreiche Scheiben zertrümmert, so daß sie aus den Verkehr gezogen werden mußte. — Auf der Avus fuhr ein Privatauto gegen einen Baum und stürzte die vier Meter hohe Böschung hinab. Das Auto wurde völlig zertrümmert. Der Führer und zwei Insassen kamen wie durch ein Wunder mit geringfügigen Verletzungen davon. —In der Frankfurter Allee fuhr eine Kraftdroschke auf den Bürgersteig und verletzte eine Passantin. Nach Anlegung von Notverbänden auf der nächsten Rettungsstelle, konnte sie in ihre Wohnung entlassen werden.

Zum Selbstmordversuch des 13jährigen Schülers Helmuth A. aus Oberschöneweide teilt das Bezirksamt Treptow mit, daß das Jugendamt Treptow den Schüler sofort nach Kenntnis des Selbstmordversuchs in Betreuung genommen und ihn in einem Kinderheim untergebracht hat. Die Ursache der Verzweiflungstat ist offenbar in einer nicht genügend verständnisvollen Erziehung des allerdings schwer erziehbaren Knaben zu suchen. Die Eltern mögen den traurigen Vorfall zum Anlaß nehmen, dem Gemütszustand ihrer Kinder, besonders in der Zeit der beginnenden Reife, mehr Aufmerksamkeit zu schenken und sich in Fragen des Zweifels an das zuständige Jugendamt um Rat und Hilfe wenden.

Zerrüttete Nerven.

Ein Landgerichtsrat erschießt seine Mutter und sich selbst!

Neustrelitz, 9. Dezember.

Heute früh wurden der Landgerichtsrat Rudolf Gundlach und seine Mutter, die Landgerichtsratswitwe Emma Gundlach, tot in ihrer Wohnung aufgefunden. In einem Anfall von geistiger Umnachtung hat der 55 Jahre alte Landgerichtsrat seine 78 Jahre alte Mutter erschossen und sich dann selbst durch einen Schuß getötet. Landgerichtsrat Gundlach, der früher Bürgermeister der Stadt Altstrelitz gewesen ist, war seit mehreren Jahren schwer nervenleidend und deshalb vorzeitig pensioniert worden. Er war erst vor kurzer Zeit nach einem längeren Aufenthalt in der staatlichen Heil- und Pflegeanstalt Sachsendorf bei Schwerin wieder nach Neustrelitz zurückgekehrt. Auch zwei Brüder Gundlachs haben den Freitod gewählt.

Mit 92 Jahren noch erwerbstätig!

Man schreibt uns aus Nordböhmen: In Warnsdorf, direkt an der Reichsgrenze vor Seifhennersdorf, im Hause 215, wohnt seit Jahren eine bitterarme alte Frau, die „Schmidt-Reil". Sie ist wohl die älteste Frau der Stadt, bestimmt aber die älteste Arbeiterin von ganz Nordböhmen. Am 5. Dezember d. J. feiert Theresia Schmidt ihren 92. Geburtstag. Obwohl fast ertaubt, muß das alte Mütterchen noch immer ihre Hauswirtschaft allein besorgen und arbeitet auf Broterwerb. Sie ist als Handtreiberin für eine benachbarte Fabrik tätig und geht noch immer mit dem Rückenkorbe die Arbeit holen und abliefern. Zu ihrem 90. Geburtstag erhielt sie Liebesgaben selbst aus Deutschland.

Todesurteil wegen Gattenmordes. Vor dem Schwurgericht Stendal hatte sich der Gemüsehändler Hermann Ganswig unter der Anklage zu verantworten, seine Ehefrau und seinen Sohn ermordet zu haben. Das Gericht nahm bei der Ehefrau Ermordung an und kam zu einem Todesurteil; im Falle des Sohnes wurde Totschlag angenommen und auf 15 Jahre Zuchthaus erkannt.

Bezirksbildungsausschuß. Nächste Proletarische Feierstunde am Montag, dem 26. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus. „Aus dem Guckkasten der Jahrhunderte", Kulturpolitisch-satirische Szenen, dargestellt von Mitgliedern des Staatstheaters, Stadtmusikanten, Chöre des Arbeiter-Sängerbundes, Anspruche. Eintrittspreis 1 M. in allen bekannten Verkaufsstellen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Trübe mit geringen Niederschlägen, Temperaturen um Nullgrad. — **Für Deutschland:** Im äußersten Osten beständiges Frostwetter, im mittleren und westlichen Deutschland meist trübe, im Norddeutschland leichter Frost mit unbedeutenden Niederschlägen.

Die richtigen Weihnachtsgeschenke! Eine wichtige Frage, die leicht gelöst werden kann, wenn man die Inserate der Firma Teppich-Bursch aufmerksam durchliest. Eine solche Menge von begehrten Dingen, die das Heim schmücken und die jahrelang Freude bereiten, sind wirklich richtige Weihnachtsgeschenke. Die Fensterdekorationen der Firma Teppich-Bursch bieten in leicht überschlicher Weise ein schönes Bild von diesen richtigen Geschenkartikeln und zeigen die Preiswürdigkeit dieses großen Spezialhauses. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Firma Teppich-Bursch, Berlin C., Spandauer Straße 32, ihre Verkaufsräume auch Sonntag, den 11. Dezember, von 3 bis 6 Uhr geöffnet hat.

A. ARNAUD
HALPAUS
Der Raucher bestimmt!
Auf Grund umfangreicher Statistiken, die wir über alle Äußerungen und Anregungen aus Raucherkreisen führen, schufen wir unsere neue „Rarität" in Orient-Façon. Die milde aromatische Qualität hat volle Anerkennung gefunden. Das Besondere, das Mehr, das Halpaus zu bieten hat, ist Halpaus Qualität.
Dienst am Kunden!
Sie haben sicher schon etwas über »Service« gehört, dem amerikanischen Prinzip des »Dienstes am Kunden«. Dasselbe Prinzip ist auch unser Grundsatz. 14000 Menschenhände, alle Maschinen, unser ganzer Betrieb sind von dem einzigen Willen geleitet, Ihnen zu dienen, etwas zu schaffen, das Ihnen gefällt. So entstand unsere neue »Rarität« – mit der Hoffnung auf Ihren Beifall.
Rauchen Sie bitte Halpaus
RARITÄT
IN ORIENT-FACON
4 Pfg.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., 10.12.27
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
7½ Uhr
Luisa Miller

Sonnab., 10.12.27
Städtische Oper
Bismarckstr.
Ab.-Tars. III. Ant. 7½
Orpheus u. Eurydike

Staatl. Schauspielh. Am Gendarmenmarkt
8 Uhr
Der Kaufmann von Venedig

Staatl. Schillerth. Charlottenburg
Anf. 8 Uhr
Peer Gynt

Volksbühne

Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Hinkemann

Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Schieber des Ruhms

8¼ Komische Oper 8¼
Neuartiges Revue-Stück
Alles Nackt!
Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu". 200 Mitwirkende!
Original-Pariser Kostüme
Sonnt. 3½ Uhr: Vollständige Vorstellg. zu kleinen Preisen
Jeder Erwachs. 1 Kind frei
Parkett 3,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffn.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37
Neu! **Klein-Kleckersdorf!** Neu!
Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

8 Uhr SCALA
Nollendorf 1360.
Drei (Original) Fratellini
und andere weltberühmte, zum ersten Male in Berlin auftretende internationale Stars
Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen
3½ u. 8 Uhr — 3½ zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

Renaissance-Theater
Steinplatz 901. — Täglich 8 Uhr:
Die Schule von Uznach.

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntg. nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
Weihnachtsprogramm!
nachm. halbe Preise, volles Programm.
Dönhoff-Brett'l:
Varieté. Tanz. Carl Braun u. Ernst Walter

WINTERGARTEN
Rauchen gestattet!
Sonntg. nchm. 3½ U.: Ermäßigte Pr.

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagnchm. 3 U.
Elite-Sänger
Wundervolles Weihnachtsprogramm.
Volkspreise von 30 Pf. bis 2,50 M.
Stgs. u. 1. u. 2. Feiertag nchm. 3 U.
Große Familien-Vorstellung
Volles Programm. — Kleine Preise.

Reederei Bauer
Tel.: Friedrichs- ... hagen 132.
Ab Schillingbrücke:
Jeden Sonntag, sowie an allen 3 Feiertagen, 2 Uhr nachm., mit dem eisbrechenden
Wintersalondampfer Berolina
nach dem **Müggelsee** Städtischer Park Tunnel eingang.
Fahrpreis M. 1,50 Hin- u. Rückfahrt
Kinder die Hälfte

Bade-Einrichtungen
auch bis zu
18
Monats-Raten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 U. Ende 11 U.
Dorothea Angermann
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334—37
8¼ Uhr:
Ende nach 10 Uhr.
Bronx-Expreß

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8¼ U., Ende 10¾ U.
Die Ehe von Welt

Berliner Theater
Direktion Kuhnert.
Charlottenstr. 90-91. Dönh. 170
Täglich 8 Uhr:
Max Adalbert
in „Knock out"
Hans Brausewetter.

Piscatorbühne
Theat. a. Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
Anf. 8, Ende nach 11
Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand
von Alexey Tolstoi und Schtschegolew
Insc. Erwin Piscator

Großes Schauspielhaus.
Tägl. 8 U. Ende 11 U.
DER MIKADO
Die neue CHARELL-Inszenierung mit
Max Pallenberg
Rita Georg
Bendow
Jankuhn
Szöke Szakall
Werkmeister
Westermeier
Jackson Boys
Sunshine Girls
Ausst. Prof. Stern
Dirig. Dr. Römer
Mittw., Sonnab., Sonntag nachmitt. 3 Uhr
Kinderrevue
Kapitän Funk
mit Alfred Braun
Kleine Preise.
Vorverkauf 10—6 Uhr

Theater des Westens
Täglich 8¼ Uhr:
Frasquita
Operette von Lehár
...

Neues Theater am Zoo
8 U. Heute Gastspiel 8 U.
Der blaue Vogel
Dir. Jushny
Vollst. neues Progr. nur bis 23 Dezemb.

Circus Kapt. Alfred Schneider
100 Löwen 100
Nur noch bis Sonntag incl.
in Berlin, Köpenicker Str.,
Ecke Brommystr.
Tel.: Moritzplatz 6329

Residenz-Theater
8¼ Uhr
Der Sensationserfolg!
Schön sehn wir aus
30 lustige Bilder mit Henry Bender
Sonntag, nchm. 4 Uhr
Weihnachtsmärchen:
Lügenmäulchen
dazu:
Zauberkünstler **Bellachini.**
Jedes Kind erhält ein Geschenk

Thalia-Theater
8 Uhr:
Der rote Hahn

Barnowsky-Bühnen
Th. Königgrätz. St.
Bergm. 2110.
8¼ Uhr:
Schloss Wetterstein
von Wedekind
Regie Victor Barnowsky

Komödienhaus
Norden 6304.
8.15—10.40 Uhr:
Hokuspokus
von Curt Götz

Rose-Theater
4 Uhr: Goldhärchens Himmelfahrt
8¼ Uhr
Einer von unsere Leut.

Th. im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
HALLER-REVUE
„Wann und wo?"
2 Sonntag Vorstellung. 3 Uhr u. 8¼ Uhr
Nachm. die ganze Vorstellung zu halb. Preis

Heute 3½ Uhr:
Märchen-Revue
„Aschenbrödel"
Kleine Preise.

Trianon-Th.
Tägl. 8¼ Uhr:
Gastspiel
Erika Glässner
in **Gretchen**
Für Jugendliche nicht geeignet.
Sonnab. u. Stg. 4 Uhr
Die Funkprinzessin erzählt . . .
Kinderrev. in 10 Bld.
dazu: Zauberkünstler **Cumberland**

Saltenburg-Bühnen
Dts. Künstler-Th.
8¼ Uhr
Chicago

Lessing-Theater
8 Uhr
Schinderhannes

Walhalla-Th.
8¼ Uhr:
Wie Du küßt keine
Operette von Pfarschner
Vorz. für Park. auch Sonntags 60 Pf.
Sonntag nchm. 4 U.
Rumpelstilzchen
Parkett v. 30 Pf. an.

Lustspielhaus
8¼ Uhr
„Zaza"

Metropol-Th.
Tägl. 8¼ Uhr
Paganini
Operette von Franz Lehár.
Inszen. Eduard Lichtenstein.
Lotte Kisselbaum, Bella Bärty, Arthur Ball u. a.
Heute Sonnabend ½4 Uhr:
Wie Klein-Elschen das Christkind suchen ging

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem **!! billig !!**

Geschenkliteratur
Ganzleinen geb. mit Deckelpressung
ADOLPH HOFFMANN
AMORETTEN
Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe — 104 Seiten stark. —
V. Pädagogen, Aerzten, Juristen und Presse glänzend beurteilt
Spätherbstblüten
Gereimte und unger. Lebensbilder
Mit Porträt u. Faksimile des Verfass. sowie 6 Vollbilder u. Sichelvignette auf Kunstdruckpapier von WILLI STEINERT
Jedes Buch kostet gebd. **2 M.** Porto u. Verpackg. 0,25 M.
Zu beziehen durch:
Sämtliche Vorwärts-Ausgabestellen und deren Botenfrauen

Planetarium am Zoo
Fernsp. Joachimsthaler Straße
Noll. 1578
Der Sternenhimmel auf der Reise von Berlin nach dem Aequator
Vorführungen: 4½, 6, 7½, 9 Uhr.
Eintritt 1 M.
Kinder unt. 15 Jahren 0,50 M.

Blumenspenden
...
Paul Golletz.
vorm. Robert Meyer
Mariannenstraße 3, Ecke Naunynstraße
Amt Moritzpl. 163 60

MERCEDES
Heute Eröffnung
Königstr. 53/54

Sie staunen
über die billigen Preise meiner
Armband- u. Taschenuhren
Großes Lager in allen Qualitäten u. Preislagen
Herm. Wiese, Berlin N, Artilleriestr. 30 Nähe Oranienburger Tor
Garantie für jede bei mir gekaufte Uhr
Sonntag von 2—6 Uhr geöffnet

Pianos Flügel
große Auswahl
Fabrikgarantie
billige Preise
bequemste Zahlweise
Verkauf nur Hauptfabrik **Steinberg** Frankfurter Allee 12
Sonntag ab 2 Uhr geöffnet.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler (Hamburg) e. V. Berlin N.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Kassierer
Fritz Koboldt
am 8. Dezember plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Einäscherung findet am Montag, d. 12. Dezbr., nachm. 12½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

100 MARK
Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
fertigt seit 48 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig-Schkeuditz

Am 8. Dezember entschlief ruhig nach kurzem Leiden mein lieber, guter Gatte, unser treusorgender Vater, lieber Schwieger- und Großvater
Fritz Koboldt
im 73. Lebensjahr.
Dies zeigen tiefbetrübt an die Hinterbliebenen
Emilie Koboldt, geb. Loos
Frieda und Emmy Koboldt
Max Koboldt und Frau, geb. Pahl
Max Selike und Frau, geb. Koboldt
Heinz Koboldt und Fritz Selike als Enkel inder.
Die Einäscherung findet Montag, 12. Dezember, nachm. 12½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Auf Teilzahlung
Herren-Garderobe
Kleine Anzahlung! ✱ Bequeme Abzahlung!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring

Crepe Sohlen
unverwüstlich

billig, weil sie länger halten als das Schuhzeug
chic, weil jede Art Schuhzeug mit Crepe-Sohlen eigenartig und flott wirkt
gesund, weil die Crepe-Sohlen wasserdicht und warm sind
angenehm, weil sie einen elastischen Gang ohne Ermüdung bewirken und, weil der Fuß keine Unebenheiten und Steinchen durch die Sohle fühlt
praktisch, weil die Sohlen mit Leichtigkeit unter jede Art Schuhzeug zu kleben sind und
modern, weil jeder fortschrittlich veranlagte Mensch die Crepe-Sohlen trägt und sie nie wieder missen möchte.

Durch Crepe-Sohlen zu Höchstleistungen im Sport!
Verlangt für Euer Schuhzeug stets die auf der Plantage fertig hergestellten
Natur-Crepe-Sohlen

Weiße Zähne
(Übler Mundgeruch beseitigt.)

(Ein Urteil von Vielen): Ich möchte noch bemerken, daß ich seit langen Jahren nur Chlorodont-Zahnpaste gebrauche, da mich keine andere Paste, mag sie noch einen so hoch klingenden Namen tragen, so befriedigt wie diese. Ich bin 45 Jahre, bis auf ein paar gezogene Backenzähne habe ich keinen einzigen schlechten Zahn. Trotzdem ich sehr starker Raucher bin, wundern sich meine Bekannten über das blendend weiße Aussehen meiner Zähne und über mein sonst noch volles tadelloses Gebiß, um welches ich viel beneidet werde. Seit über 25 Jahren kenne ich keine Zahnschmerzen. Vielleicht interessiert Sie dies. Flensburg H. L.

(Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) Nr. 4

Ueberzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pfg. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange **nur echt** Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Schieles „Stärke" siegt!

Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag angenommen. — Maiszollerhöhung beschlossen. — Protestabstimmung der Sozialdemokraten.

Im Vordergrund der gestrigen Beratung des Reichstags stand zunächst die Frage der Immunität einiger Abgeordneter, die strafrechtlich verfolgt werden sollen. Eine Reihe von Anträgen auf Genehmigung von Strafverfolgung verschiedener Mitglieder des Hauses werden abgelehnt. Drei Anträge, die die Strafverfolgung des Abg. Dietrich-Franken (Völk.) betreffen, gehen zur nochmaligen Beratung an den Geschäftsordnungsausschuß zurück.

Bei dem Antrag des Reichsgerichts, der die Fortführung des Prozesses gegen sechs kommunistische Abgeordnete, Mitglieder der früheren Zentrale der KPD., wegen Hochverrats betrifft, beantragt der Geschäftsordnungsausschuß, daß die Genehmigung nur dazu gegeben werden soll, den Prozeß während der Sommerferien des Reichstags durchzuführen.

Abg. **Landsberg** (Soz.) schildert die bisherigen Verhandlungen des Ausschusses und des Reichstags über diese Angelegenheit. Im Frühjahr dieses Jahres hat die Mehrheit des Hauses beschlossen, daß der Prozeß während der Sommerferien durchgeführt werden solle. Obwohl der Reichstag schon am 9. Juli in die Ferien gegangen war, wurde der Termin erst auf den 4. Oktober angesetzt. Der Senatspräsident Niedner begründete das damit, daß er länger als vorgesehen mit einem Prozeß in Stuttgart zu tun gehabt habe. Zu dem Termin vor dem Reichsgericht in Leipzig waren die Angeklagten auf Anweisung der kommunistischen Parteizentrale nicht erschienen. Mit 18 gegen 7 Stimmen hat der Ausschuß nunmehr den obenerwähnten Beschluß gefaßt.

Präsident **Löbe** schlägt eine Redezeit von einer Viertelstunde vor.

Abg. **Dittmann** (Soz.) wünscht, daß der am meisten beteiligten Fraktion der Kommunisten eine längere Redezeit zugestanden werde. Der Präsident sagt das zu.

Abg. **Bell** (Z.) stellt im Namen der Regierungsparteien einen Antrag, wonach die angeklagten kommunistischen Abgeordneten in den Sommerferien des Reichstags zur Durchführung des Prozesses vor dem Reichsgericht vorgeführt werden könnten.

Abg. Dittmann (Soz.)

wendet sich gegen diesen Antrag. Wenn der Senatspräsident Niedner besser disponiert hätte, dann hätte er das Verfahren schon längst durchführen können. Seit 1923 werden schon im ganzen deutschen Reiche Prozesse gegen kommunistische Unterführer geführt, um **für diesen Zentralprozeß gegen die Kommunistische Partei Material zu sammeln.** Es besteht kein Zweifel darüber, daß man es hier mit

einem ausgesprochen politischen Tendenzprozeß

zu tun hat. Wenn Herr Niedner mit derselben Energie, wie er hier gegen die angeblichen kommunistischen Hochverräter von 1923 vorgeht, die wirklichen Hochverräter Hitler, Ludendorff und Graefe verfolgt hätte, dann würde man von der Objektivität sprechen können, auf die Herr Niedner sich jetzt beruft. Herr Graefe hat sich ja selbst dessen gerühmt, daß er beim Hitler-Putsch im Jahre 1923 dabeigewesen sei.

Herr Niedner ist der beste Propagandachef der Kommunistischen Partei geworden.

Die Kommunisten sollten ihm Dank dafür sagen, daß er solche Arbeit für sie leistet. Er spielt heute dieselbe Rolle, wie der Staatsanwalt Tessendorf in der sozialistengesetzlichen Zeit, der durch seine Verfolgungen der Sozialdemokratischen Partei für deren Geschlossenheit gesorgt hat. Auch durch Herrn Niedner ist die Geschlossenheit der Kommunistischen Partei erhalten geblieben. Für die Kommunistische Partei ist dieser Prozeß geradezu ein Gottesgeschenk; kein Mensch kann bestreiten, daß es sich um einen politischen Tendenzprozeß schlimmster Art handelt. Die Sozialdemokratische Partei erwartet, daß der Antrag auf Verschärfung des Ausschußantrages zurückgezogen wird.

Kommunistisches Heldengespräch.

Abg. **Schneller** (Komm.) wendet sich gegen das Vorgehen des Senatspräsidenten Niedner und erklärt, daß sich die kommunistischen Abgeordneten an die Reichstagsbeschlüsse gehalten hätten, als sie es ablehnten, sich dem Reichsgericht zu stellen. — Abg. Scholem (Linker Komm.) ruft dem Redner zu: **„Schöne Kommunisten, die sich nach dem Reichstag richten."** Abg. Höllein (Komm.) ruft Scholem drohend zu: „Halte Du nur das Maul. Du hast Deine Tapferkeit vor dem Feinde noch nicht bewiesen. Sei Du nur still, **sonst zieh' ich Dir noch die Unterhosen aus!"** (Großer Lärm und stürmische Heiterkeit.) Präsident Löbe ersucht um Ruhe. Nach einigen Minuten verläßt Abg. Scholem seinen Platz und es tritt wieder Ruhe ein. — Abg. Schneller fordert dann die Einstellung des Verfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten.

Abg. Landsberg (Soz.):

Die Sozialdemokraten sind im Ausschuß für die Einstellung des Verfahrens eingetreten, erst als es abgelehnt wurde, hat sie dann im Wege des Kompromisses dem jetzt vorliegenden Ausschußantrag zugestimmt. Dieser Antrag ermöglicht durchaus die Durchführung des Prozesses gegen die kommunistische Zentrale. Seit 1923 läuft bereits dieses Verfahren, es kommt also gar nicht mehr darauf an, ob es im Jahre 1927 oder 1928 durchgeführt wird. Wenn wir der Vorführung der 6 Abgeordneten zustimmen würden, so kann es leicht dahin kommen, daß wir die Ausführung der verfassungsmäßigen Bestimmungen, die die Anwesenheit von zwei Dritteln des Hauses vorschreiben, unmöglich machen. **Der neue Antrag der Regierungsparteien ist eines Parlaments unwürdig** und auch ganz unverständlich, denn wenn diese sechs Abgeordneten wirklich so gefährlich sind, warum soll dann mit ihrer Verhaftung bis zum nächsten Sommer gewartet werden? Wenn Fluchtverdacht vorliegt, dann kann man doch nicht bis zu einem Zeitpunkt warten, den man jetzt noch gar nicht vorausbestimmen kann. Bis dahin kann sich die politische Situation ja auch vollkommen geändert haben. Wir sind der Ansicht, daß dieser Prozeß gar nicht mehr zeitgemäß ist. Was im Jahre 1923 passiert ist, das erscheint uns heute fast märchenhaft, und man soll nicht jetzt noch auf diese soweit zurückliegenden Dinge zurückkommen. **Die deutsche Republik sollte endlich mit diesem alten Ladenhüter von kommunistischen Prozessen Schluß machen.** Wir Republikaner sind bereit, auf die Verfolgung der Kommunisten zu verzichten, von den Deutschnationalen sollte man das doch um so mehr erwarten, als sie ja selbst im Jahre 1923 noch Gegner der Republik waren.

Damit schließt die Aussprache.

Die Aussetzung des Verfahrens bis zum Ende der Legislaturperiode wird abgelehnt. Der Zusatzantrag der Regierungsparteien auf Vorführung der kommunistischen Abgeordneten wird mit 165 gegen 139 Stimmen im Hammelsprung abgelehnt.

Der Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seeleute wird gegen die Stimmen der Kommunisten und der Deutschnationalen angenommen.

Die Novelle zum Hypothekenbankgesetz und das Gesetz über die Pfandbriefe öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten werden in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso gegen die Linke die Verlängerung der Geltungsdauer des Depot- und Depositengesetzes bis zum 31. Dezember 1929.

Hierauf folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den

deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag.

Artikel 3, der die Erhöhung des Zollsatzes für Industriemais auf 5 M. bedingt, beantragt der Ausschuß die Hinausschiebung der Inkraftsetzung bis zum 1. März 1928.

Abg. **Hamkens** (D. Vp.) verliest eine Erklärung der Regierungsparteien, in der der Abschluß des Vertrages begrüßt und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß sich daraus eine weitere Belebung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien entwickeln werde.

Abg. Frau Sender (Soz.)

wendet sich gegen die Verkoppelung der Fragen auswärtiger Politik mit innerpolitischen Interessen. Es hätte auch bei diesem Vertrag die Möglichkeit bestanden, die gleiche Einmütigkeit zu erzielen, wie bei dem deutsch-französischen Handelsvertrag. Das ist durch diese Verkoppelung inner- und außenpolitischer Fragen verhindert worden. Um der Sozialdemokratie die Zustimmung zu diesem Vertrage zu ermöglichen, beantragen wir die Streichung des § 3, der eine Aenderung des autonomen Zolltarifs durch die Erhöhung des Zolles auf Industriemais bezweckt. Im Ausschuß hat die Regierung eine Erklärung abgegeben, daß derartiges künftig nicht mehr vorkommen wird. Wir hoffen, daß sie das hier noch einmal wiederholen wird. Auch im Ausschuß ist keine Klarheit über die Notwendigkeit der Erhöhung des Zolles auf Industriemais geschaffen worden. Es wurde auch dort deutlich, daß die Verbraucher eines Massenprodukts belastet werden sollen zugunsten einer kleinen Gruppe Interessenten. Wir wollen das verhüten und darum beantragen wir die Streichung des § 3.

Reichsernährungsminister **Schiele**: Die Regierung hat schon im Ausschuß gesagt, daß sie an sich eine Verquickung der innerwirtschaftlichen Fragen des autonomen Zolltarifs mit den Handelsvertragsabschlüssen nicht für zweckmäßig hält. Im vorliegenden Falle, das darf ich auch für den Reichsfinanzminister erklären, haben Zweckmäßigkeitsgründe dazu geführt, in das Gesetz über den Handelsvertrag eine mit dem Vertragsinhalt eng zusammenhängende materielle Regelung aufzunehmen. Ein gleicher Fall wird sich schwerlich sobald wieder ereignen. In jedem Falle wird künftig von den maßgeblichen Ressorts darauf Bedacht genommen werden, daß Vertragsregelungen nicht mit autonomen Regelungen formell verknüpft werden. Der Minister versucht dann zahlenmäßig nachzuweisen, daß die Zollerhöhung von 1,80 M. pro Doppelzentner Industriemais sich angesichts der hohen Verdienstspanne bei der Verarbeitung und im Handel für den Verbraucher gar nicht auszuwirken brauche.

Abg. **Meier**-Berlin (Dem.) schließt sich den Bedenken der Abg. Frau Sender an und bezeichnet die Erklärung des Ministers als unbefriedigend. Die um den Preis der Zollerhöhung für Industriemais von der Regierung verknüpfte Ermäßigung für Futtermais sei unzureichend. Die Verbraucherpreise würden durch die Zollerhöhung doch wesentlich beeinflußt.

Abg. **Höllein** (Komm.) führt aus, daß die Zollerhöhung auf Industriemais sich im Arbeiterhaushalt sehr fühlbar machen werde, insbesondere in Verbindung mit der Verteuerung wichtigster Nahrungsmittel.

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmung über die von den Sozialdemokraten beantragte Streichung des § 3 (Erhöhung des Zolles auf Industriemais) ist auf sozialdemokratischen Antrag namentlich.

Die Streichung wird mit 183 gegen 159 Stimmen bei 18 Enthaltungen abgelehnt.

Eine Erklärung der Sozialdemokratie.

Vor der Schlußabstimmung in der dritten Lesung gibt Abg. **Müller**-Franken (Soz.) im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion begrüßt den Abschluß des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Sie wäre auch bereit gewesen, diesem Vertrag, dessen Inhalt sie billigt, zuzustimmen.

Diese Zustimmung ist ihr jedoch durch das Vorgehen der Regierung unmöglich gemacht. Die Regierung hat das Gesetz über den Handelsvertrag verkoppelt mit einer von diesem Handelsvertrag vollkommen unabhängigen Erhöhung des autonomen Zollsatzes für den Industriemais. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhebt entschieden Protest gegen diese unberechtigte Methode, die bereits bei dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag unter unserem Protest in Anwendung gebracht worden war. Sie muß es ablehnen, sich durch ein solches Verfahren in eine Zwangslage bringen zu lassen und sieht sich aus diesem Grunde genötigt, das vorliegende Gesetz abzulehnen.

Um 19 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend 14 Uhr. Tagesordnung: Bericht des Untersuchungsausschusses über die Ruhrentschädigungen, Spiritusmonopol.

Sachsens Schulwesen bedroht!

Kampfansage der Sozialdemokratie gegen die Schulreaktion.

Im Bildungsausschuß des Reichstages kam es am Freitag zu scharfen Auseinandersetzungen. Für die Reichsregierung gab Ministerialdirektor Pellengahr die Erklärung ab, daß keine verfassungsmäßigen Bedenken gegen den deutschnationalen Antrag bestehen, der vorsieht, daß die Erziehungsberechtigten die vor dem 1. Oktober 1918 bestandenen Schulformen mit einfacher Mehrheit wieder beschließen können.

Abg. Schreck (Soz.) wies auf die machtpolitischen Hintergründe des Antrags hin. Das Zentrum nütze die Konjunktur rücksichtslos aus und werde dabei sogar von der Deutschen Volkspartei unterstützt, die sich bereit erklärt, für den Antrag zu stimmen. Dabei handele es sich um eine ausgesprochene Lex Sachsen, mit dem Zwecke, die dortige Schule zu zerschlagen. Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) hob hervor, daß durch den Antrag die Weimarer Verfassung praktisch außer Kraft gesetzt werde. Abg. Dietrich (Soz.) zeigte an Hand der Zustände in den früheren thüringischen Kleinstaaten die große Gefahr auf, die durch Annahme des Antrages für das Land Thüringen entstehen müßte. Während die Demokraten sich gegen den Antrag aussprachen, erklärte die Deutsche Volkspartei durch den Abg. Runkel ihre Zustimmung. Abg. Rheinländer (Z.) glaubte, sich über Zurücksetzung der katholischen Kirche beklagen zu müssen; die „Vergewaltigung" aus dem Jahre 1919 müsse wieder gutgemacht werden.

Abg. Heinrich Schulz (Soz.) unterstrich die Inkonsequenz der Volkspartei, die hier in Verbindung mit den Deutschnationalen und dem Zentrum und unter der Führung Heinzes die sächsische Schule zu zerschlagen sucht. Er kündigte den schärfsten Kampf der Sozialdemokratie gegen die Art und Weise an, wie das Zentrum als Partei des Bürgerblocks den Weimarer Kompromiß mit Füßen tritt. Obwohl die Vertreter Sachsens Thüringens und Preußens um Aussetzung der Abstimmung baten, führte der Regierungsblock die Abstimmung durch und lehnte alle Anträge der Opposition ab.

TROTZ DER LEDERTEUERUNG
HÄLT
SALAMANDER
MARKE SALAMANDER
QUALITÄT: HOCH
PREISE: NIEDRIG
MARKE SALAMANDER

Die Arbeiterfrage in Südamerika.

Hemmung der Gewerkschaftsbewegung durch staatliche Zersplitterung.

Buenos Aires, Ende November.

Daß die sozialen Verhältnisse in den südamerikanischen Republiken nicht so sind, wie sie von den Konsulaten dieser Länder in Europa geschildert werden, haben verschiedene Ereignisse in der jüngsten Zeit bewiesen. So vor allem der große „Indianeraufstand" in Bolivien, an dem mehr als 100 000 Eingeborene beteiligt waren und der sogleich der „bolschewistischen Propaganda" in die Schuhe geschoben worden ist. In Wahrheit hat der Bolschewismus oder Kommunismus mit diesem Aufstande ebensowenig zu tun wie mit der Unterwerfung Nicaraguas durch die Vereinigten Staaten, der Errichtung der Militärdiktatur in Chile und der Annahme des Ausnahmegesetzes gegen den Kommunismus in Brasilien, mit dem die Regierung Vollmacht erhielt, die ihr unangenehmen oppositionellen Politiker und Zeitungen mundtot zu machen. In all diesen Fällen ist die Furcht der herrschenden Oligarchien und der ausländischen Kapitalisteninteressen vor den sozialen Bestrebungen der werktätigen Massen in den Städten wie vor den Kolonisten, Landpächtern und Landarbeitern im Innern des Landes das treibende Element. Die Arbeiterbewegung beginnt überall in Südamerika feste Gestalt anzunehmen, und auch die Kolonisten und Landpächter sowie die von ihrem angestammten Grund und Boden vertriebenen Urbewohner suchen immer energischer die Fesseln zu sprengen, in die sie skrupellose Selbstsucht der herrschenden Klassen geschlagen hat. Bei den werktätigen Massen kommt das durch die sogenannte panamerikanische Arbeiterbewegung zum Ausdruck, die die Zentralisierung der Berufsorganisationen in dem Panamerikanischen Arbeiterbund und dann ihren Anschluß an den von Samuel Gompers gegründeten und jetzt von William Green geleiteten Nordamerikanischen Arbeiterbund anstrebt. Daß dahinter der nordamerikanische Einfluß steht, ist ebenso klar wie die Gewißheit, daß dieses Ziel nicht so bald und so leicht erreicht wird, als man es sich in Washington vorgestellt hat. Politische Quertreibereien der bürgerlichen Parteien und ihr Jonglieren mit dem „Nationalstolz" der noch so wenig entwickelten Völker sind die Ursache. Der letzte, in Washington abgehaltene Panamerikanische Arbeiterkongreß mit seiner schonungslosen Kritik an der imperialistischen Lateinamerikapolitik Washingtons hat fünf Tage lang außenpolitische und nationale Fragen Lateinamerikas leidenschaftlich debattiert, aber sich nur zwei Tage lang mit wirtschaftlichen und allgemeinen Arbeiterfragen beschäftigte. Das zeugt von einer eigenartigen Auffassung der wirklichen Aufgaben eines Arbeiterkongresses, ist aber bei den allgemeinen sozialen Verhältnissen Südamerikas nicht zu verwundern, da sie ein einheitliches Arbeiten vorläufig noch unmöglich machen.

Der Einheitlichkeit der südamerikanischen Arbeiterbewegung steht vor allem entgegen, daß „Südamerika" kein geschlossenes Staatswesen ist wie „Nordamerika" bzw. die Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn man von „Südamerika" spricht, so meint man immer einen Komplex von zehn unabhängigen Republiken und drei der Monroedoktrin trotzenden „Kolonien" europäischer Staaten, nämlich Britisch-, Französisch- und Holländisch-Guayana. Diese politisch-geographische Teilung Südamerikas wird in Europa zu wenig beachtet von denen, die an der Auswanderung oder geschäftlichen Ausdehnung interessiert sind. „Ich wandere nach Südamerika aus" oder „Ich suche neue Geschäftsverbindungen in Südamerika" ist ein Vorsatz, der grundverschieden ist von der gleichen Absicht für Nordamerika. Dieses ist ein geschlossenes Staatswesen mit voll entwickeltem Wirtschaftsleben, gefestigten politischen und sozialen Einrichtungen usw. Von den Staaten Südamerikas ist aber noch keiner den Kinderschuhen der Entwicklung entwachsen. Südamerika hat 18 Millionen Quadratkilometer gegen 8 Millionen der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Brasilien allein ist um eine halbe Million Quadratkilometer größer als die Union. Dagegen hat es nur dreißig Millionen Einwohner gegen 106 Millionen des „großen Bruders im Norden". Die Bevölkerungszahl ganz Südamerikas beträgt nur 67 Millionen auf dem Gebiet vom Karaibischen Meer bis zum Kap Horn und zwischen dem Atlantischen Ozean und dem großen Ozean. Die räumlich kleinste, zugleich aber am dichtesten bevölkerte Republik ist das zwischen Brasilien und Argentinien eingeklemmte Uruguay mit 187 000 Quadratkilometer Flächenraum und 1½ Millionen Einwohnern. Von den 67 Millionen Einwohnern Südamerikas steht ein sehr hoher Prozentsatz auf sehr niedriger Kulturstufe, nämlich die Urbewohner, die Mischlinge und die Einwanderer aus kulturell tiefstehenden europäischen und asiatischen Ländern.

Die wirtschaftlich und sozial bestentwickelten südamerikanischen Republiken sind Argentinien mit nahezu drei Millionen Quadratkilometer Fläche und rund zehn Millionen Einwohnern, dann Brasilien, Uruguay und Chile, das auf 750 000 Quadratkilometer Fläche 3¾ Millionen Einwohner hat. Diese vier Republiken erregen denn auch das größte Interesse in den europäischen Ländern mit einem großen Bevölkerungsüberschuß und einem ausdehnungsbedürftigen Außenhandel. Das hindert allerdings nicht, daß die allgemeine Kenntnis dieser Länder, ungeachtet der sehr lebhaften offiziellen und privaten Propaganda, noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Das gilt besonders von den wirtschaftlichen und sozialen Kenntnissen, was hunderten Auswanderern und zahlreichen Geschäftsleuten das spätere Vorwärtskommen oder Fußfassen im Lande ihrer Träume oft bis zur Unmöglichkeit erschwert. Die soziale Rechtspflege ist noch in allen südamerikanischen Staaten äußerst primitiv. Die Versicherungspflicht gegen Unfall und Krankheit wird nur in den Hauptstädten, allerdings äußerst mangelhaft, durchgeführt. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gibt es nirgends, ebensowenig eine gesetzliche Kündigungsfrist, ausgenommen für Handelsangestellte. Die Gewerbeaufsicht, wo es sie gibt, ist durchaus unzulänglich. Gewerbliche Schiedsgerichte zur Lösung von Lohnstreitigkeiten sind unbekannt; überall werden solche Konflikte von den Friedensrichtern gelöst. Gesetzlich festgelegte Mindestlöhne und Höchstarbeitszeit bestehen nur auf dem Papier Da es eine zentralisierte Gewerkschaftsorganisation nicht gibt, haben auch die Arbeitsverträge verschiedener Berufsorganisationen mit den Unternehmern nur recht problematischen Wert. Arbeiter und Angestellte in der Landwirtschaft und Industrie im Innern des Landes sind selbst von diesem geringen sozialen Schutz ausgeschlossen.

Die ständige Einwanderung und das fortwährende Kommen und Gehen der Arbeiter aus der Stadt in das Landesinnere und umgekehrt, das überall in Südamerika gleich ist, erzeugt unstabile Verhältnisse, die in Nordamerika oder in Europa unmöglich sind. Die Hauptsache ist, daß es eine kräftige Industrie in ganz Südamerika noch nicht gibt, obgleich die Vorbedingungen, besonders Rohstoffe und ausgebildete Arbeitskräfte im Ueberfluß vorhanden sind. Der südamerikanische Großkapitalist betreibt mit Vorliebe Viehzucht und Landwirtschaft im großen oder er arbeitet in Boden- und Börsenspekulationen. Für Industrie- und Handelsunternehmungen interessiert er sich nur, wenn sie von ausländischen Kapitalisten begründet und geleitet werden. Seit 1920 werden einige Industrieunternehmungen aus europäischen Ländern nach Argentinien, Brasilien, Uruguay und Chile verpflanzt, doch verarbeiten sie zumeist Halbfabrikate. Eine Ausbeutung der reichen Bodenschätze an Erzen, Kohle, Petroleum ist wegen der großen Verkehrsschwierigkeiten nicht lohnend genug. Dagegen beginnt die Textilindustrie besonders in der Weberei und Häuteverarbeitung allmählich eine beachtenswerte Stellung einzunehmen. Allein südamerikanische Industriemagnaten wird es noch lange nicht geben. Dagegen wird die aus Europa herübergebrachte industrielle Reservearmee mit jedem Jahr größer, werden die sozialen Probleme immer dringlicher und verwickelter. Die Agrarfrage ist schon überall eine Art Lebensfrage geworden, denn sie ist von der Erwerbsfrage der Massen nicht mehr zu trennen. Das Städte- und Landproletariat verlangt immer dringlicher sichere Existenzmöglichkeiten. Aber auch das internationale Großkapital verlangt ein Recht auf die natürlichen Reichtümer der südamerikanischen Republiken. Alles das stellt die Regierungen vor Probleme, die einseitig, das heißt nur zugunsten der besitzenden Klassen, nicht mehr gelöst werden können. Wo es doch mit Hilfe der Diktatur versucht wird, wie in Chile, Brasilien, Peru und Bolivien, oder durch die Intervention Nordamerikas, wie in den mittelamerikanischen Republiken, besonders in Mexiko und Nicaragua, da werden die sozialen Probleme politische Machtfragen von ungewöhnlicher Bedeutung für ganz Südamerika, denn nun treten der Konquistadores des Kapitals die Konquistadores der Arbeit geschlossen entgegen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Vorsitzende, Werbebezirksleiter und B.-B. Heute, Sonnabend, 18 Uhr, Eröffnung der Weihnachtsausstellung im Heim Lindenstr. 3. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Werbebezirksleiter und B.-B. Heute, Sonnabend, 19½ Uhr, gemeinsame Sitzung im Sekretariat.

Singkreis: Wir treffen uns zur Mitwirkung bei der Eröffnung der Weihnachtsausstellung heute, Sonnabend, um 17½ Uhr im Lindenheim.

Unsere Weihnachtsausstellung im Jugendheim Lindenstr. 3 ist von Sonntag, 11., bis Freitag, 16. Dezember, werktags von 16—20 Uhr, Sonntags von 10—20 Uhr geöffnet. Jedes Mitglied muß die Ausstellung besuchen.

Heute, Sonnabend:

Werbebezirk Prenzlauer Berg: 19½ Uhr im Heim Danziger Str. 62, Fortsetzung des Kursus „Einführung in die Gesellschaftswissenschaft."

Werbebezirk Westen: Sonnenwende. Alle Teilnehmer treffen sich um 21 Uhr am Potsdamer Bahnhof (Bahnsteig nach Zossen). Die Gruppen Charlottenburg, Bebel und Liebknecht um 19¾ Uhr Bahnhof Charlottenburg.

Werbebezirk Lichtenberg: Der angesetzte Vortragsabend muß wegen Verhinderung des Referenten ausfallen.

Petersburger Viertel: Comenius-Edle, Memeler Str. 67. **Winterfest.** Prolog, Gesang, Tanzgruppe, Musik. Einlaß 19 Uhr. Beginn 20 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Neukölln VI: Uebungsabend im Heim Kanner Straße, 19 Uhr. — **Hermsdorf:** Leben zur Weihnachtsfeier im Heim. Treffpunkt der Musiker 18½ Uhr, alle anderen um 19¾ Uhr.

Morgen, Sonntag:

Falkplatz I: Besuch der Weihnachtsausstellung. Treffpunkt 9¼ Uhr Sozialistenecke. — **Falkplatz II:** Besuch der Weihnachtsausstellung. Treffpunkt 14 Uhr Bhf. Schönhauser Allee. — **Köllnischer Park:** Besuch der Weihnachtsausstellung. Treffpunkt 14 Uhr Köllnischer Park, Ecke Rungestraße. — **Frankfurter Viertel:** Heim Tilsiter Str. 4. Heimabend. — **Schöneberg I:** Heim Hauptstr. 15. Heimabend. — **Steglitz:** Fahrt. Treffpunkt 8 Uhr Rathausplatz. — **Tempelhof:** Fahrt. Treffpunkt 8 Uhr Bhf. Tempelhof. — **Hermsdorf:** Treffpunkt zur Werbebezirkmitgliederversammlung 16½ Uhr Dianastraße (an der Eiche). — **Westen II:** Führung durch Alt-Berlin. Treffpunkt 9¼ Uhr Bhf. Bülowstraße. — **Kottbuser Tor:** Alle Genossen erscheinen pünktlich 15 Uhr zur Probe im Heim Reichenberger Str. 66. — **Neukölln VI:** Besuch der Sternwarte. Treffpunkt 15 Uhr Herzbergplatz (Feitungsklock). 20 Pf. mitbringen.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: 19 Uhr im Altersheim Danziger Str. 62 Werbebezirksmitgliederversammlung mit Vortrag: „Der religiöse Sozialismus." Sämtliche Mitglieder des Werbebezirks müssen erscheinen.

Werbebezirk Schöneberg: Führung durch Alt-Berlin. Treffpunkt 9¼ Uhr U-Bahnhof Spittelmarkt. 19 Uhr im Heim Hauptstr. 15 Lichtbildervortrag: „Unser Werbebezirk."

Werbebezirk Neukölln: Heim Steinmetzstr. 114. Politisch-satirischer Abend. Heimstörung 19 Uhr.

Werbebezirk Reinickendorf: Heim Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 46. Sonnab. Vortrag: „Wirtschaftsfragen."

Ortsgruppe Teltowkanal: Elternabend 20 Uhr im Lokal „Schwarzer Adler". Musik, Rezitationen, Reigen, Jugendspiel. Eintritt 50 Pf. Jugendliche bis 14 Jahre frei.

Pfarrer Heumanns Heilmittel

stets auch vorrätig in den Niederlagen:

Elons-Apotheke
Berlin N 31, Anklamer Straße 39, a. d. Ecke Brunnenstr. 5 Min. v. Rosenthaler Pl.
Adler-Apotheke
Berlin-Friedenau, Rheinstraße 16,
Friedrich-Wilhelm-Apotheke
Charlottenburg 2, Leibnizstraße 106,
Hecges-Apotheke
Berlin O, Gubener Straße 33
Schweizer-Apotheke
Berlin W 8, Friedrichstraße 173
Rosen-Apotheke Eichwalde-Berlin

Das Pfarrer-Heumann-Buch

(272 Seiten, 180 Abbildungen) erhält jeder Leser umsonst und portofrei von
Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M. 65.

Draussen und drinnen
entsprechend gekleidet

sind Sie stets, wenn Sie sich unserer großen Auswahl bedienen. In ihr finden Sie das Gute und Elegante hervorragend preiswert!

Gehpelz mit Seal-el. Innenfutter und Seal-el. Schalkragen 210.–

Gehpelz mit Bisam-Rücken-Innenfutter und virginisch. Otter-Schalkragen 750.–

Sportpelz aus mod. braun. Ueberkaro-Bezug mit Murmeltücken-Innenfutter u. Biberlämmer-Façon-Kragen 120.–

Sportpelz aus englisch grau gemust. Bezug mit Chinchilla-Lamm-Innenfutter und Opossum-Streifen, Façon-Kragen 195.–

Sportpelz aus engl. Bezug mit Bisamtückenfutter und Opossum-Schalkragen 385.–

Herren-Winter-Ulster neueste Farben, gediegene, warme Flausch und Cheviot-Qualität, glatt bis Rücken, Gurt oder Rundgurt M. 125, 110, 98, 88, 75, 68, 55, 48. 39.–

Herren-Winter-Paletot schwarz und marenge mit Samtkragen M. 135, 125, 110, 98, 85, 72, 65, 55. 48.–

Herren-Ausstattungen
Oberhemden, Unterwäsche Kragen, Krawatten
zu sehr sehr billigen Preisen!

Herren-Sakko-Anzüge 1- u. 2-rhig. aus guten Cheviot und Kammgarnstoffen in den neuesten Formen und Farben M. 125, 115, 98, 85, 79, 72, 62, 52, 42. 35.–

Für das Heim!

Haus-Smokings aus wollig. Flauschstoffen, Velours, warm. Cheviots m. passender Seiden- oder Stoff-Garnitur und Verschnürungen M. 45, 39, 33, 29, 25, 21. 18.–

Haus-Anzüge aus weichem Kamelhaar, Velours oder Flausch in eleganter Ausführung M. 98.– 85.–

Schlafröcke aus Kamelhaar und Flausch sowie warm. Cheviots in behaglicher Machart M. 65, 59, 48. 29.–

Unser Geschäft ist geöffnet: Sonntag, den 11. u. 18. von 2–6 Uhr

Eiders & Dyckhoff

Gertraudtenstrasse 8-9 An der Petrikirche

Unser Geschäft ist geöffnet: Sonntag, den 11. u. 18. von 2–6 Uhr

Sonnabend
10. Dezember 1927

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Der Spielgeist.

Von Christian Morgenstern.

Als letzte Gabe aus Morgensterns humoristischem Nachlaß erscheint soeben bei R. Piper u. Co. in München ein neuer Band Grotesken und Parodien „Die Schallmühle", der uns noch einmal den philosophischen Tiefsinn und die geistreiche Wortkunst des Schöpfers von Palmström und Korff in hellem Lichte zeigt. Eine kleine Geschichte daraus sei hier wiedergegeben.

Man weiß, wie gern die Geister mit Löffeln, Messern und ähnlichen klappernden Dingen spielen, sei es, daß sie uns damit in unserer Einsamkeit zu erschrecken suchen, sei es, daß sie der Spielteufel so lange reitet, bis sie eine Ungeschicklichkeit begehen und sich so verraten.

Das Seltsamste aber geschah mir einmal, als ich in meiner stillen Dachstube beim Nachtmahl saß und ein Geist sich an das steife Oelpapier machte, darin meine Butter eingewickelt gewesen war, und das ich zu einem Knäuel geballt in die Ecke geschleudert hatte.

Kaum daß ich das erste Brötchen gegessen, traf mich ein leises Knistern, wie wenn jemand mit feinen Fingern Papier auseinanderzufalten trachtet. Ich tat, als hörte ich nichts.

Der Geist hatte vielleicht Hunger und wollte sich das bißchen Fett, das noch an dem Boden klebte, zu Gemüte führen. Am Ende war es auch bloße Neugier, die ihn trieb. Inzwischen knisterte und knitterte es immer weiter. Der Knäuel rollte sogar vernehmlich um sich selbst; dem Geist schien meine Anwesenheit durchaus gleichgültig zu sein.

Ich räusperte mich.

Totenstille.

Ich habe dich wohl bemerkt! sagte ich lächelnd, — habt ihr so wenig zu tun, daß ihr wie Katzen und Kinder mit allem spielen müßt? Aber laß dich nicht stören; nur mach nicht zuviel Lärm!

Der Geist schien sich mit gekreuzten Armen vor mir zu verneigen.

Dann war mir, als ginge er auf Zehenspitzen zur Tür. Aber die Lockung mochte zu stark sein. Der geheimnisvolle Papierknäuel zwang ihn zur Umkehr.

Bald hörte ich ihn wieder rascheln und erschrocken innehalten, wenn ich den Kopf hob.

Es mußte ein weiblicher Geist sein, es war gar nicht anders möglich.

Zuletzt war er eingeschlafen.

Nun sah ich ihn ganz deutlich.

Er saß am Boden wie ein Türke und lehnte mit der rechten Schläfe an der Wand. Sein Körper war der eines Mädchens und vollkommen durchsichtig. Lange zarte Flechten hüllten wie Spinnweben die schmächtigen Glieder ein.

Ich erhob mich vom Sessel.

Ein Streifen Mondlicht, nichts weiter.

Und in diesem Streifen Mondlicht still und glänzend wie ein schlummernder Weltkörper voll Kratern, Zacken und Schneeflocken das geheimnisvolle Geisterspielzeug, mein Papierknäuel.

Die Gewürze der Weihnachtsgebäcke.

Von M. A. von Lützendorff.

Weihnachtszeit ist Kuchenzeit, wo auch immer sie gefeiert wird. In den echten Weihnachtsduft, jenes vertraute liebe Durcheinander von Tannennadeln, Aepfeln und angebrannten Wachskerzen, muß sich auch das würzigsüße Aroma des Weihnachtsbackwerks mischen: ein feiner Zimt- und Vanilleduft, ein Hauch von Gewürznelken und Anis. Denn jede der vielen und mannigfaltigen Bäckereien verdankt ihren Hauptgeschmack irgend einem aromatischen Gewürz. Aus aller Herren Länder haben sich diese Ingredienzien zusammen gefunden, um einem feinen Konfektstückchen, einem braunglänzenden Pfefferkuchen oder einer knusprig gebackenen Weihnachtsstolle das richtige Aroma zu verleihen. Die Mehrzahl von ihnen kommt aus sonnenwarmen Tropenländern zu uns, und zwar liefern gerade die heißesten dieser Länder die am kräftigsten schmeckenden Gewürze. Unser vornehmstes Gewürz, die Vanille, die Schotenfrucht einer auf dem Geäst hoher Bäume wachsenden Orchidee, hat ihre Heimat im fernen Mexiko. Ihre süßduftenden Blüten, die in hellgrünlichen Trauben stehen, haben eine seltsam kurze Lebenszeit. Kaum einen Tag, ja oft nur wenige Stunden nach ihrer Entfaltung welken sie, und gelingt es nicht, die Blüte während dieser Zeit zu befruchten, so entwickelt sich natürlich auch keine Vanillefrucht. In der freien Natur gibt es nur ganz wenige Insekten, die sich der Bestäubung der Vanille angepaßt haben, darunter auch glücklicherweise die Bienen. Auf Ceylon hatte man früher in den Vanillepflanzungen die Blüten mit feinen Haarpinseln bestäuben müssen, da die Insekten fehlten, die die Bestäubung vollziehen konnten. Als man jedoch eines Tages Bienenvölker einführte, zeigte sich, daß die Bienen dem Menschen die ganze gewaltige Arbeit abnahmen; im Laufe eines einzigen Tages bestäubte das fleißige Bienenvölkchen rund 15 Millionen Vanilleblüten. Infolge des jahrhundertelangen Anbaues — denn schon die Azteken Mexikos kochten ihr „chokolatl"-Getränk mit diesem Gewürz — ist die Vanille heute so „kultiviert", daß ihre Samen die Keimfähigkeit fast gänzlich verloren haben und die Pflanze deshalb durch Stecklinge vermehrt werden muß. Wenn die Vanilleschote geerntet wird, ist sie noch grün, unreif und völlig duftlos. Erst ein monatelanger, unter gleichzeitiger Erwärmung erfolgender Trocknungsprozeß läßt aus den Schoten das Vanillin, den köstlichen Duftstoff, in Form feiner Kristalle austreten, der den Früchten außen anhaftet. Der einst so hohe Preis der Vanilleschote hat in neuerer Zeit freilich eine starke Senkung erfahren müssen, da man entdeckte, daß man Vanillin auch künstlich herstellen kann. Aus dem Holzsaft junger Nadelbäume wie auch aus einem im Nelkenöl enthaltenen Körper läßt sich heute Vanillin in jeder gewünschten Menge herstellen und 20 Gramm dieses künstlichen Produkts haben dieselbe Wirkung wie ein Kilogramm echter Vanilleschoten.

Der Zimtbaum, heute auf Ceylon heimisch, ist ein Lorbeergewächs mit weißlichen, seidigbehaarten Rispenblüten. Er stand in der älteren Tertiärzeit auch in den Ostseewäldern, den sogenannten „Bernsteinwäldern"; in diesen Wäldern wuchsen auch die Kiefern, aus deren Rinde das Harz floß, das im Laufe der Jahrmillionen zum Bernstein versteinerte. Im Jahre 1858 fand man in einem Stückchen Bernstein ein so gut erhaltenes Zimtbaumblatt eingeschlossen, daß es sich ohne weiteres erkennen und bestimmen ließ. Der Zimtbaum ist in seiner Heimat ein wichtiger Nutzbaum, dessen Holz, Wurzeln und Blätter auf die mannigfachste Weise verwandt werden, während aus seinen Früchten ein Pflanzenöl gewonnen wird. Wenn man aber den Zimtbaum zum Zweck der Gewürz-, d. h. der Rindengewinnung anbaut, so läßt man ihn nur zu einem 2 bis 3 Meter hohen Strauch mit etwa daumdicken Zweigen auswachsen, die — als Schößlinge — alljährlich zweimal geerntet werden. Nach einem kurzen Gärungs- und Trocknungsprozeß werden die sorgfältig geschälten und von der Borke befreiten Rindenstücke sortiert und sind damit auch schon versandfertig. Schon in früherer Zeit gelangte, als kostbarstes aller Gewürze, der Zimt aus den Tropenländern nach Griechenland. Die Händler, die ihn brachten, umgaben ihn mit einer Legende, um seinen Preis zu rechtfertigen. Die Kostbarkeit des Zimts veranlaßte die Holländer schon im 17. Jahrhundert, sich das Zimtmonopol zu sichern. Der hohe Zimtpreis war ein starker Anreiz zur vermehrten Gewinnung dieses Gewürzes, und schließlich hatten die Händler so gewaltige Zimtmengen angesammelt, daß sie nicht mehr wußten, wo sie ihre Bestände anbringen sollten. Billiger aber durfte der Zimt nicht werden, und so blieb denn nichts anderes übrig, als von Zeit zu Zeit, wenn sich wieder zuviel Zimt angesammelt hatte, den Ueberfluß zu — verbrennen. Der Forscher Reinhardt berichtet, daß ein Franzose im Jahre 1760 einer solchen Zimtverbrennung in Amsterdam beigewohnt habe. Es seien dabei für 16 Millionen Zimt verbrannt worden, und der Brand hätte weithin einen köstlichen Duft verbreitet. Die Rinde eines dem Zimtbaum sehr nahe verwandten Baumes kommt unter dem Namen Kassia in den Handel und kann ganz gut als Ersatz des Ceylon-Zimts gebraucht werden, obgleich sie diesem an Aroma nicht gleichkommt. Die halb fruchtreifen Blüten des Kassia-Zimtbaumes bilden getrocknet die sogenannte „Zimtblüte", die „Zimtnägelein", mit denen die Hausfrauen in alter Zeit den abendlichen Schlaftrunk zu würzen pflegten.

Auch unsere Gewürznelken sind nichts anderes als die Blütenknospen eines Baumes, und zwar des schönen, immergrünen und auf den Molukken einheimischen Gewürznelkenbaumes. Des Schmuckes seiner zuerst grünen und dann tiefroten Blüten darf sich dieser Baum aber nicht lange erfreuen, denn sie dürfen nicht zur Entfaltung gelangen. Nur als Knospen enthalten sie das ätherische Oel, das ihnen den kräftigen aromatischen Würzgeschmack gibt. Gebrauchsfähig sind die Gewürznelken ziemlich schnell. Nach kurzem Aufbrühen in heißem Wasser werden sie durch Rauch und Sonnenwärme getrocknet, sodann gesiebt, worauf sie gleich verpackt werden können.

So manches schmackhaftes Weihnachtsbackwerk ist mit Ingwer gewürzt, dessen eigentümlich brennender Geschmack vielen Menschen besonders zusagt. In Ostindien, seiner Heimat, ist der Ingwer so geschätzt, daß man ihn fast jedem Gericht beimischt. Dies geschieht allerdings hauptsächlich deshalb, weil er als verdauungsfördernd gilt, weshalb man ihn auch bei uns zur Bereitung der sogenannten „Magenbrote" verwendet. Die Engländer brauen aus Ingwer ein gutes Bier, aber am besten schmeckt er in Form der in China und Indien hergestellten Konfitüren, die, in Steinkrüge gefüllt, alljährlich durch die ganze Welt versandt werden. Für den Handel wird die Ingwerwurzel vorbereitet, indem man sie entweder kocht und nachher trocknet, oder aber erst schält und hierauf an der Sonne bleicht. Je nach der Vorbehandlung wird er dann schwarzer oder weißer Ingwer genannt.

In die Reihe der Backgewürze gliedert sich auch der Anis ein, der, obwohl ursprünglich aus Aegypten und Griechenland stammend, längst in unserer deutschen Flora heimisch geworden ist. In alter Zeit schrieb man dem Anis alle möglichen kräftigenden Eigenschaften zu: er sollte jung machen, den Appetit reizen und süße Träume verschaffen, und auch heute noch werden die Aniskörner — destilliert als Anis-Oel und Anis-Essenz — in der Apotheke verwandt. Hauptsächlich war der Anis aber schon von jeher als Würze zum Backwerk beliebt, besonders aber im gewürzliebenden Mittelalter, wo er fast jeder süßen Backspeise beigemischt wurde. Die allgemeine Vorliebe für das Anisaroma brachte später auch den in Ostasien vorkommenden Sternanis in den Handel. Nicht im entferntesten mit dem echten Anis verwandt, besitzen die Früchte des Sternanisbaumes dennoch einen so typischen Anisgeschmack, daß sie ebenso wie Anis verwandt werden können. Das aus dem Sternanis destillierte ätherische Oel eignet sich, gleich dem Anisöl, vorzüglich zur Herstellung feiner Süßlikköre, weshalb der Sternanis im Handel eine ziemlich wichtige Rolle spielt. Nur hat er leider einen fatalen Doppelgänger, den unechten Sternanis, der ihm sehr ähnlich sieht, aber giftig ist. Glücklicherweise unterscheidet ihn aber sein kampferartiger Geruch vom echten Sternanis, so daß Verwechslungen nur selten vorkommen.

Die größten paläolithischen Stationen der Erde. In der Münchener Gesellschaft für Anthropologie machte der Kustos am Mährischen Landesmuseum, Prof. Karl Absolon, Mitteilungen über die in den letzten Jahren vorgenommenen Ausgrabungen in den Polauer und Wisternitzer Bergen in Mähren, aus denen nicht nur hervorging, daß es sich bei diesem Grabungsgebiet um die weitaus größten paläolithischen Stationen der Welt handelt, sondern die auch sonst überraschende Einzelheiten enthielten. Die in ungeheurer Zahl gefundenen Mammutknochen erwiesen sich bei der näheren Untersuchung als durch die Menschen jener etwa 65 000 Jahre zurückliegenden Zeit bereits sortiert, auch waren die meisten abgebrochen und teilweise verbrannt, so daß Absolon zu der Vermutung kommt, daß jene Mammutjäger mit Knochen geheizt haben. Die Stationen gehören der Aurignaczeit, und zwar der frühen Periode, an. Die auch in anderen mährischen Gegenden gemachte Feststellung, daß zwischen den ältesten Fundschichten und denjenigen nach etwa 6000 v. Chr. eine große, vollkommene fundleere Schicht liegt, scheint zu beweisen, daß Mähren über ein Jahrtausend ganz unbewohnt gewesen ist. Von großer Bedeutung sind auch die aufgefundenen Geräte und Bildwerke; unter jenen fallen Sägen und Wurfsteine auf, wie sie bisher in Aurignacien noch nicht gefunden wurden, unter diesen sind plastische Darstellungen von Tieren und Menschen bemerkenswert. Nach den Schädelfunden kann es sich hier möglicherweise um eines der gesuchten Zwischenglieder zwischen Neandertaler und Cro-Magnon- bzw. Aurignac-Rasse handeln, so daß die mährischen Funde vielleicht auch über die Rassenverhältnisse der Altsteinzeit und damit über die Entwicklung der Menschheit überhaupt neues Licht verbreiten werden.

Muck.

Von Ruzena Svobodova.

Unser berühmter tschechischer Maler Schwaiger zeichnete einmal Illustrationen zu den arabischen Märchen. Eine von ihnen stellt einen kleinen Araber mit einem Turban dar, der bewaffnet vor den Toren eines Schlosses dahinwandelt. Es war ein Männlein von Zwerggröße, mit einem Riesenkopfe und einem alten Gesichte; man nannte ihn den kleinen Muck.

In unsere Gasse war ein armes Weib mit ihrem Kinde, einem Töchterchen, übergesiedelt. Sie war eine Verkäuferin und ging den ganzen Tag ihrer Beschäftigung nach und ihr Kindchen mit seinem greisenhaften Gesichte, den großen Kopf schwer auf den zarten Schultern tragend, pflegte meistens vor der steinernen Schwelle des alten Häuschens zu sitzen. Ich erinnerte mich an Schwaigers „Muck" und dieses Bild schwebte mir stets vor, wenn ich das kleine, bedauernswerte Mädelchen erblickte, das sowohl ihr Vater, wie die Mutter heraustrieben, weil es häßlich und krank war.

Ich wurde mit dem Kinde bekannt und nahm es oft zu mir. Es erzählte mir seine merkwürdigen Vorstellungen. Es erwartete täglich einen großen Krieg.

„Wir werden erwachen", sagte das Mädchen, „und Pferde werden uns zu den Fenstern hereinschauen. Soldaten werden vorüberreiten und alles wird sich dann verändern. Wir werden dann nicht mehr arm sein und werden täglich zweimal essen!"

Ich nahm das Mägdlein zu mir, las ihm Andersens Märchen vor die Geschichte von dem buckligen Kindlein, von dem Schuppen herabfielen, und das plötzlich Flügel bekam, die es in den Himmel trugen.

Sie hörte gar nicht zu, als ich ihr diese schöne Sentimentalität erzählte, sondern seufzte auf:

„Sie haben hohe Zimmer, wir haben ein niedriges. Bis ich groß sein werde, werde ich zu Ihnen als Dienstmagd gehen und so werde ich auch in die hohen Zimmer kommen. Aber bis zu jener Zeit wird ein großer Krieg sein und man wird Euch erschlagen, weil Ihr hohe Zimmer habt und wir ein niedriges, alles wird man Euch wegnehmen und uns geben. Das nennt man Gerechtigkeit. Und meine Mama wird nicht mehr in der Kälte und im Froste am Markt sitzen, sondern in Euren Zimmern!"

„Muck" plauschte mit einem kalten Lächeln um die bitter geschlossenen Lippen.

Am Fronleichnamstage verkaufte sie am Hradschiner Ringe kleine Kränze aus Hagedorn. Als sie dann wieder zu mir kam, sagte sie:

„Es war noch ein buckliges Mädchen dort. Es trug ein Seidenkleid. Die Frauen sagten, daß es ihm die Mutter aus ihrem Hochzeitskleid übernäht hätte, um ihm den Höcker zu verdecken. Ich bin auch ein Krüppel. Die Leute haben mich doch geschimpft!"

Sie weinte ein bißchen und ihr Weinen rasselte in ihrem engen, hervorspringenden, kleinen Brustkorbe.

Während der Winterzeit klebte sie mit ihrer Mutter Papierketten und vor Weihnachten standen sie damit unter den Lauben und verkauften sie.

„Ketten auf fremde Weihnachtsbäume," sagte „Muck."

*

Ich übersiedelte aus jener Gasse und bezog eine neue Wohnung.

Später übersiedelte auch „Muck" und so kamen wir einander aus den Augen.

Aber eines Abends, im Winter, trat ein etwa sechzehnjähriges Mädchen bei mir ein, man sah der Armen die Unterernährung an, und sie begann mir zu erzählen, daß sie mich in Prag gesucht hätte.

„Ich bin froh, daß ich Sie gefunden habe. Die Frau Stenzl läßt sie schön bitten, zu ihr zu kommen, das Mariechen ist sehr krank!"

Ich wußte weder, wer die Frau Stenzl war, noch das Mariechen.

„Sie wohnten doch neben Ihnen, das Mariechen pflegte Sie zu besuchen. Und jetzt ruft sie beständig nach Ihnen und will Sie sehen!"

Mariechen war also „Muck"

Ich begab mich mit dem Mädchen durch die engen Gassen der Altstadt in den geräumigen Hof eines alten Hauses, stieg im Dunkeln, die feuchten Wände des Stiegenhauses abtastend, in eine Kellerwohnung herunter, suchte die Türe, die das Mädchen endlich vor mir öffnete, nachdem sie die Klinke gefunden hatte. Stufen aber führen weiter, ins Zimmer selber, herunter. Ich stieg weiter herab und befand mich nun in einer Stube, deren kleine Fenster sich unmittelbar unterhalb der Zimmerdecke befanden. Der Raum war mit einer rauchenden Petroleumlampe beleuchtet und wurde von zwei Familien bewohnt. Durch eine unsichtbare Linie schien er in zwei Wohnungen abgeteilt.

In der einen Hälfte, beim Ofen, kniete „Muck" auf einem durchwühlten, mit schmutzigen Federbetten bedeckten Bette. Der Leib des armen Mädchens war angeschwollen, der Bauch wie bei Wassersüchtigen gebläht, ihr Gesicht hatte eine bläuliche Farbe und schien über das eigene, furchtbare Entsetzen entsetzt.

Sie sagte: „Mama, leih' mir deinen Arm, damit ich mich auf ihm ausruhen kann!"

Sie erkannte mich und wurde noch trauriger und bitterer:

„Ich ließ Sie holen. Ich will Sie sehen. Ich will, daß mir jemand einen Kranz aufs Grab gibt! Niemand hat Geld. Die Mama hat alles für die Apotheke ausgegeben. Und ich muß sterben. Ich habe es nicht erlebt, worauf ich warten wollte! Also will ich wenigstens einen Kranz mit schönen Blumen aufs Grab haben!"

Sie stöhnte vor Schmerzen, die sie peinigten, und mußte verstummen.

Ihre kleine, gelbe Mutter weinte.

„Gott hat mir einen Krüppel gegeben, aber wenigstens hatte ich diesen. Aber jetzt bleibe ich verlassen. Und was das arme Menschenkind leiden muß! Wenn sich der liebe Herrgott nur erbarmen wollte!"

„Muck" erlangte wieder einigermaßen das Bewußtsein, sie richtete sich in ihrem schmutzigen, verdrückten Bett geradeauf, schwer Atem holend und nach jedem Worte pausierend, sprach sie mit einer durch ihre Brustkrankheit ganz heiseren Stimme, in Tränen aufgelöst:

„Und dann geben Sie — der Mama — einen Fünfer — für das Grab. Wissen Sie — weshalb ich mein eigenes Grab will? Ich will nicht im Massengrab sein — und wenn einmal — und das wird bald sein — sich alles verändert und bessert — kommen Sie zu mir dann — und erzählen Sie es mir — ich bitte Sie — es mir erzählen; dort im Massengrab würde ich es vielleicht nicht hören — daß — daß — schon auf der Welt Gerechtigkeit sein wird."

In diesem Augenblicke starb die kleine Märtyrerin „Muck".

„Muck" hat auf dem Wolschener Friedhof (bei Prag) ihren kleinen Grabhügel mit einer Aufschrift. Es brennen eine Menge kleiner Kerzen darauf und um Weihnachten herum pflegt dort ein Bäumchen, mit Papierketten geschmückt, zu stehen. Wann immer ich vor dem kleinen Grabe stehe, scheint es mir, daß sie warte, gespannt horche und wieder warte. Nur, daß ich ihr nichts mitzuteilen habe.

(Berechtigte Uebersetzung von J. Reismann.)

Enorm billig

Mantel

aus schwerem Ottomane, ganz gefüttert, auf gesteppt. kunstseidenen Duchesse, mit grossem Bubi-Pelzkragen **37⁵⁰**

Rütter

TIETZ

HERMANN

Leipziger Strasse / Alexanderplatz / Frankfurter Allee / Belle-Alliance-Strasse
Brunnenstr. / Kottbuser Damm / Wilmersdorfer Strasse / Chausseestr. / Andreasstr.

Morgen, Sonntag, sind unsere Häuser von 2 bis 6 Uhr geöffnet.

Verkäufe

Teppiche mit Farbfehlern. 2×3, 24.—, Farbfehler, 2½×3½, 39.—. Farbfehler, 2½×3½, 48.—. Farbfehler, 3×4, 55.—. Farbfehler, 3×4, 69.—. Farbfehler, 3×4, 85.—. Körner, Potsdamerstraße Nr. 26a.

Riesenumsatz. Kinderwagen, Zwillingswagen, Klappsportwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel, allerniedrigste Preise, allerkulanteste Teilzahlung. Festangestellte gegebenenfalls ohne Anzahlung. Baß, Große Frankfurter Straße 47, gegenüber Markusstraße

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Bloßf. Brunnenstraße 183, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Kavaliersanzüge, Winterulster, Rockpaletots, Tanzanzüge (Frack- und Smokinganzüge, Gehrockanzüge, auch leihweise) verkauft staunend billig Alexanderstraße 26a, hochparterre.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus, Friedrichstraße 2, Belle-Alliance-Platz. Keine Lombardware. Sonntag geöffnet.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben, Pelzwaren. Keine Lombardware

Anzüge 18, Paletots 12, Federbetten Stand 23 an. Leihhaus Reinickendorferstraße 105, Nettelbeckplatz. Keine Lombardwaren.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Ulster, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Herren-Geh- und Sportpelze. Besonders billig: Pelzjacken, Pelzmäntel im Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware. Sonntag geöffnet.

Verleih hocheleganter Gesellschafts-Anzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105. Sonntag geöffnet.

Bettenverkauf! Neue! 9.75! 15.—, 19.50! Prachtvolle 27.50! Bauernbetten 32.—! Daunige 57.50! Kinderbetten 8.75! Bettwäsche! Inlette! spottbillig und gut! Keine Lombardwaren. Leihhaus, Brunnenstraße 47

Bekanntmachung. Jetzt spottbilliger Verkauf: Auktionspfänder, Pelzmäntel, Pelzjacken, Plüschmäntel, Herrenpelze, Skunkskragen, Herrenuhren, Armbanduhren, Schmucksachen, Festgeschenke. Nur Potsdamerstraße 86b. Altbekanntes Pfandleihhaus.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware. Morgen geöffnet.

Möbel

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Englische Bettstellen mit Patentmatratzen 48.—, 68.—, 75.—. Ausziehtische 85.—, 48.— usw. Rohrstühle 6.50, 7.50, 8.75. Ruhebetten 29.—, 38.—, 45.—. Plüschsofas 98.—, 120.—, 135.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Komplette Küchen, moderne Ausführungen, 78.—, 95.—, 128.— usw. Flurgarderoben 30.—, 49.—, 65.—. Korbsessel und Tische von 6.90 an. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Schlafzimmer mit großem Spiegelschrank, Spiegel, Waschtoilette, 2 Betten, 2 Patentmatratzen, 2 Nachttische, 2 Stühle 345.—, 475.—, 590.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Speisezimmer: Vitrinenbüfett, Kredenz, Ausziehtisch, Lederstühle, aparte Form, reiche Bildhauerarbeit, 365.—, 485.—, 595.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Herrenzimmer: Große Bibliothek, Diplomat, runder Tisch, Ledermöbel, schwer gearbeitet, 296.—, 385.—, 495.—. Einzelne Diplomaten, Schreibtische, 79.—, 98.—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Ankleideschränke, Nußbaum und Eiche, in prima Ausführungen, mit Spiegel 110.—, 135.— usw. Spiegel, Waschtoiletten 95.—, 125.—. Nachttische 19.50, 25.—. Apotheken, Metallbetten 19.50, 27.—, 36.—. Hausnummer achten.

Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.

Metallbetten, Chaiselongues, Auflegematratzen, Kinderbetten, Kinderwagen. Teilzahlung zu Kassapreisen. Spezialgeschäft. Schönhauser Allee 5, Schönhauser Tor.

Massenposten. Nußbaumbüfetts, Kredenzen, Schreibtische, Sofaumbaue. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Möbelkredit bis 30 Monatsraten. Schlafzimmer, Speisezimmer, Einzelmöbel, Küchen, Metallbetten. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße. Sonntag geöffnet.

Musikinstrumente

Linkpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 25

30.— monatlich, ohne Anzahlung, nur Firmenpianos, langjährige Garantie, keine Phantasiepreise. Adam, Rosenthalerplatz 7 (Piano-Adam)

Sprechapparate! 1.50 Teilzahlung. Riesenauswahl. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Schallplatten! Teilzahlung. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Pianos 300.—, 475.—, 575.—, gebraucht, große Auswahl in neuen; langjährige Garantie. Herer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. Teilzahlung. Sonntag geöffnet.

„Edelsim-Pianos." 28 000 im Gebrauch, preiswertes, volkstümliches Qualitätsinstrument. Fabrikgarantie, ohne Anzahlung. Monatsrate 30.— an. Pianohaus Bahn, Hedemannstraße 21, Ecke Friedrichstraße. Weihnachtssonntage geöffnet.

Das Weihnachts-Geschenk

ETERNOLA

Frohe Weihnachten!

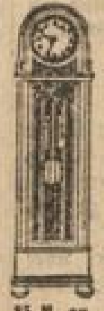
Kofferapparate von 26 M an.
Schatullen von 55 M an.
Schrankapparate von 112,50 M an.

Bei überlegener Qualität unerreicht billig. Unübertreffliche Klangschönheit infolge moderner **Metalltonführung.** Gediegene Ausstattung. Bequeme Teilzahlung bei geringem Aufschlag. **Schallplatten in reichster Auswahl.**

Mifa Qualitäts-Nähmaschine 135 – 170 – 207 – 225 M Kassapreis usw.

MIFA-FABRIK-VERKAUFSSTELLEN

Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1; NW 21, Turmstr. 3 (gegenüber vom Kriminalgericht); N 54, Schönhauser Allee 177; O 34, Petersburger Straße 8; SW 61, Belle-Alliance-Str. 6; SW 68, Alexandrinenstr. 15; Charlottenburg, Tauroggener Straße 12; Kaiserin-Augusta-Allee 44; Friedenau, Cranachstr. 57; Bln.-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 89; Neukölln, Friedelstr. 27; Pankow, Schloßstraße 18; Potsdam, Berliner Str. 1; Schöneberg, Barbarossastr. 42; Spandau, Potsdamer Str. 1a; Tegel, Berliner Str. 15; Bln.-Tempelhof, Berliner Str. 62.



Ueber **150 Standuhren** am Lager

Laden-Uhren
Werkstatt-Uhren
Kuckucks-Uhren
Taschen-Uhren

Karl Wutke
Uhrmachermeister
Invalidenstraße 16
(Stettiner Bahnhof)

85 M. an — Gegründet 1900 —

Eisu-Metall-Betten, Kinderbetten, Stahlmatr., günst. an Priv. Kat. 2049fr. **Eisenmöbelfab. Suhl** (Thür.)

Küchen

noch zum alten Preis

	ca.	größer
„Erika"-Küchen . . .	43 M	75 M
„Beliebte Küche „Hansa" . .	88 M	118 M
„Berühmte Küche „Louise" . .	105 M	155 M
„Berühmte Küche „Lübeck" .	135 M	185 M
Gelderschränke 52 cm . .	43 M	55 M

Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Haus Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Herren-Maß-Schneiderei „ALEXECK"
Gontardstr. 5 II. Etg., Ecke Königstr.
Erstklassige Stoffe. Solide Preise.
Ratenzahlung ohne Preisaufschlag

Gewinnauszug

3. Klasse 30. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag — 9. Dezember 1927

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 120 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 152881
2 Gewinne zu 3000 M. 31282
10 Gewinne zu 800 M. 92369 188095 234976 272230 328609
18 Gewinne zu 500 M. 50150 60262 67565 203258 268496 295188 311849 324168 365586
114 Gewinne zu 400 M. 3221 6475 11768 18181 20065 25924 31027 39025 41679 45618 57901 80143 86027 90138 94050 94078 103560 111047 125644 150121 168521 168947 175216 176535 179767 181884 184669 184881 188081 189057 197473 223649 225213 227659 231062 234749 238353 243326 252262 256610 260901 265973 279467 291618 297706 302217 306325 328280 338219 340147 343092 344596 345018 361824 362074 362833 364429
248 Gewinne zu 240 M. 1059 2153 2346 7099 9168 10843 11141 17039 20939 22630 23130 26092 29183 31095 42161 42727 42729 45027 55600 56013 60904 61330 64067 72304 76362 80124 80422 90657 96284 96730 101302 102043 110158 115892 118956 119233 119380 120667 121906 123821 125336 143728 147743 148221 148764 149493 150305 150968 151186 152434 154856 160843 160881 161146 161375 164428 171451 171668 176561 177095 186518 188653 189944 191985 192007 194167 201686 207066 214353 214909 216350 226239 228461 228196 233759 240108 250578 250620 253779 258618 260405 275489 276715 278981 281497 283050 283124 283567 283539 288493 290797 295836 295925 306739 313957 317400 319197 323464 324589 326920 327244 327725 328682 328993 329466 333261 334878 339388 340413 341339 341883 342907 345202 347512 349920 352580 354941 356670 362262 368225 368227 368475 368618 371034

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 120 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 365412
2 Gewinne zu 5000 M. 201537
2 Gewinne zu 3000 M. 103689
4 Gewinne zu 2000 M. 138956 262074
12 Gewinne zu 1000 M. 65485 194796 207786 209658 228077 237701
12 Gewinne zu 800 M. 68193 127751 188223 264500 319060 328481
24 Gewinne zu 500 M. 5578 12260 33058 33373 45676 64074 84469 86832 163005 205638 255721 296413
88 Gewinne zu 400 M. 626 1033 13783 13663 22886 43695 52738 66183 69707 69862 72925 80288 82866 84674 87037 89035 90358 95594 123844 129164 131841 134738 138139 143836 144972 169022 169741 182084 182724 183082 190761 193907 195304 220426 227973 264051 270936 276798 321190 330911 338158 347439 352297 359633
252 Gewinne zu 240 M. 983 1773 2307 4674 5665 6984 9907 16552 16856 16889 24314 24785 28599 28716 29526 30468 31114 36078 42613 43890 47284 51190 52679 52914 54527 56742 57677 62304 65334 66311 67751 70696 71997 72588 76409 77052 78687 83897 85961 87246 89336 94768 94804 95652 97579 98662 102030 111760 111785 113114 119626 127059 128612 129310 129434 134170 142367 143072 143743 147240 148090 152008 162226 162688 165480 168022 169583 170992 173358 174386 174724 177071 177476 178112 180067 182012 182105 184432 189373 192677 196361 199492 205070 205348 210696 215914 220111 226971 228387 231667 239673 241119 242642 244954 245470 246498 249517 253357 253412 254718 257273 262986 272095 277589 278001 279573 279760 298457 302001 304219 312585 318687 321022 322809 322948 323602 335412 338234 342141 349816 352911 354294 357709 359095 363553 369396

Fahrräder

Teilzahlung. Riesenauswahl! Diamanträder, Görickeräder, Opelfahrräder, Triumphräder, Multiplexräder, Wittlerräder, Monopolräder, bildschöne Rennmaschinen, entzückende, schnellaufende Straßenrenner, fünfjährige Garantie. Kaufzwangloser Lagerbesuch. Fahrradrahmen 18.—, Kassaräder 38.—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrräder, erstklassige Markenräder. Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber. Goldschmelze, Christionat, Köpenickerstr. 29 (nahe Adalbertstraße)

Unterricht

Privatzirkel, Einzelunterricht, Kurzschrift, Maschineschreiben, Buchführung. Bücherrevisor Gulich, Seydelstraße 1, Spittelmarkt.

Verschiedenes

Auskunft, vertrauensvolle. Hebamme Witwe Hildesheim, Bülowstraße 82.

Saalbau Elysenbad, Invalidenstr. 63, Lehrter Bahnhof. Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Großer Ball. Treffpunkt der Strohwitwer. Erstklassige Stimmungskapelle.

Vermietungen

Wohnungen

2 Stuben und Küche, Niederschönhausen, Blücherstraße 32, vorn III, an Eingetragene Wedding 1923 abzugeben. Sonntag bis 2 Uhr.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schlosser für Herdbau, Wärmeschränke, Kessel, nur bestens empfohlene Kräfte, für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Schulz u. Sackur A.-G., Wassertorstraße 9.

Wir suchen sofort einen älteren, tüchtigen und zuverlässigen

Kraftwagenführer

für einen neuen 5-Tonnen-Mannesmann-Lastwagen. Zu melden bei **A. T. Uhl & Co.,** Alte Jakobstr. 148/55, Schuppen 4.

Acht Stunden für die Eisenindustrie.

Mehrproduktion deckt Mehrkosten fast voll. – Rentabilität nicht bedroht.

Die Verordnung über die Arbeitszeit in der Eisenindustrie war am 16. Juli 1927 veröffentlicht worden. Die Unternehmer haben sich aber mehr als drei Monate Zeit gelassen, bis sie am 26. Oktober mit einer Denkschrift an das Reichsarbeitsministerium herauskamen, in der sie ohne beweiskräftiges Material die angebliche Undurchführbarkeit der Verordnung nachzuweisen suchten. Erst jetzt, kurz vor Toresschluß, versuchten es die Industriellen, mit einer Kalkulation. So erschien in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" am 3. Dezember (also am Vorabend der großen „Aktion") eine solche Berechnung „eines großen Konzerns", wie sich auf Umwegen herausstellte, der Vereinigten Stahlwerke A.-G. Es verlohnt sich, ihr eine Rechnung der Arbeiter gegenüberzustellen, selbstverständlich mit dem Vorbehalt, daß vollkommenere, endgültige Rechnungen nur auf Grund sorgfältiger Materialnachprüfungen möglich sind.

Der deutlichste Mangel der schwerindustriellen Rechnung

ist dies: es wird von ihr kein Wort darüber gesagt, daß der Uebergang von dem gegenwärtigen zum Dreischichtensystem eine Steigerung der täglichen Produktion bedeutet. Heute arbeitet man in zwei Schichten je 9½ Stunden, **also 19 Stunden.** Auf Grund der Verordnung werden drei Schichten zu 8 Stunden gearbeitet, **also 24 Stunden.** Entsprechend muß die Produktion um 26 Proz. steigen. Es werden dann die Pausen, die heute eingelegt (und keineswegs bezahlt) werden, produktiv verwandt. Wenn man bedenkt, daß die Verarbeitung einer Charge in der Thomasbirne 15 bis 20 Minuten dauert, so ergibt sich daraus ohne weiteres die Möglichkeit, die neuen 5 Stunden (bisher Pausen) produktiv zu gebrauchen. Daran ändern auch die Reinigungsarbeiten nichts; denn viel größer als diese Berichtigung nach unten muß diejenige Steigerung der Produktivität sein, die nicht durch die bloße Verlängerung der produktiven Zeit, sondern darüber hinaus durch die Anwendung rationeller Methoden, welche nur im intensiven ununterbrochenen Dreischichtenbetrieb möglich sind, erreicht wird.

Es muß doch einen Grund haben, wenn zum Beispiel, wie die Untersuchung des amerikanischen Handelsdepartements ergibt, die Umwandlung des Zwölfstundentages in einen Achtstundentag in der Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten ohne Mehraufwand an Arbeitskräften und ohne Beeinträchtigung der Produktionshöhe durchgeführt werden konnte.

Geht man nun von einer 26prozentigen Steigerung der Produktion aus,

so bedeutet das, daß die Lohnsummen um 26 Proz. steigen können, ohne dadurch den Lohnanteil an einer Tonne Produkt zu steigern. Die jährliche Lohnsumme der Vereinigten Stahlwerke beträgt nach der Rechnung der Unternehmer 228 Millionen Mark. Man kann also 26 Proz. dieser Summe – rund 60 Millionen Mark – als einen ohne weiteres tragbaren Lohnmehraufwand im Falle der Durchführung der Verordnung bezeichnen. In Wirklichkeit ist aber der durch Produktionssteigerung gedeckte Teil des Mehrlohnaufwandes noch größer, da die Zahl der neu Einzustellenden keineswegs etwa der Belegschaftszahl einer heutigen vollen Schicht entsprechen muß. Das wird auch von Unternehmern anerkannt. Nach Ermittlungen von Arbeiterseite wird die notwendige Belegschaftsvermehrung nur auf 28 Proz. eingeschätzt. Daraus ergibt sich, zum Beispiel für die Vereinigten Stahlwerke, folgende Rechnung:

Doppelschicht zu 9½ Stunden: 1 Schicht = 30 500 Arbeiter je 9½ Stunden = 289 750 Stunden täglich oder (je 27 Tage) 7 823 250 Stunden monatlich; demnach 2 Schichten im Monat **15 646 500 Produktionsstunden.**

Dreifache Schicht zu 8 Stunden (28 Proz. Belegschaftszunahme): 1 Schicht 26 027 Arbeiter je 8 Stunden = 208 216 Stunden täglich oder 5 621 832 Stunden monatlich; demnach 3 Schichten monatlich **16 865 496 Stunden.**

Zuwachs an Produktionsstunden: jährlich 1 219 996. Da die Leistung pro Kopf und Stunde sich auf rund einen Zentner Rohstahl stellt, so beträgt die **gesamte Produktionszunahme monatlich 1,21 Millionen Zentner, oder jährlich 727 600 Tonnen Rohstahl im Wert von rund 73 Millionen Mark.**

Die tatsächlichen „Lasten".

Die folgenden Zahlen stellen nun für die Vereinigten Stahlwerke die Rechnung der Unternehmer und das Ergebnis einer vorläufigen Nachprüfung durch die Arbeiter einander gegenüber. Da die Stahlerzeugung der Vereinigten Stahlwerke rund die Hälfte der gesamten Produktion darstellt, gibt die Verdoppelung dieser Zahlen ein Bild von der ungefähren absoluten Belastung der gesamten Industrie.

1. **Die Durchführung der Verordnung für die Stahl- und Walzwerkarbeiter:** Die Unternehmer geben als Mehrlohnaufwand die Summe von 22,5 Millionen Mark an, ohne diese Zahl irgendwie zu begründen. Nach Ermittlungen der Arbeitnehmerschaft müßte aber eine Summe von höchstens 11,1 Millionen Mark in Frage kommen. Denn es fallen unter die Verordnung nach eigener Angabe der Vereinigten Stahlwerke 15 500 Mann, und die Mehreinstellung dürfte 28 Proz. der vorhandenen Belegschaft = 4340 Mann, betragen. Diese Neueinstellungen bedeuten bei einem jährlichen Kopfverdienst von 2465 M. 11 128 000 M.

2. **Lohnerhöhung für alle Metallarbeiter: rund 11 Proz. der gegenwärtigen Lohnsumme:** Die Unternehmer beziehen diese 11 Proz. mit Unrecht auf die gesamte Belegschaft und kommen dabei auf 25 Millionen Mark oder, unter Berücksichtigung der neu Eingestellten, auf 27,5 Millionen Mark. Richtiger ist es aber, die über 4000 Mann betragende Belegschaft der Erz- und Kalkgruben abzuziehen. Man kommt dann auf einen Betrag der Gesamtlohnerhöhung von 23,9 Millionen Mark.

3. **Lohnausgleich für die früheren Arbeitszeitverkürzungen:** Hier decken sich ungefähr die Schätzungen der Unternehmer und der Arbeiter. Der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung in der Eisen verarbeitenden Industrie (seit Anfang August 1927) beträgt für 17 800 in Betracht kommende Arbeiter jährlich 3,2 Millionen Mark, der Lohnausgleich für die Hüttenarbeiter 5,5 Millionen Mark, zusammen 8,7 Millionen Mark.

4. **Soziallasten und Lohnsummensteuer.** Entsprechend den verschiedenen Angaben über den Lohnaufwand sind auch die daraus berechneten sozialen Lasten (ein Zwölftel des Lohnbetrags) und der Betrag der Lohnsummensteuer (2,5 Proz.) verschieden. Die ersteren betragen nach der Unternehmerrechnung 4,8 Millionen, nach der Arbeiterrechnung 3,6 Millionen Mark. Die Steuer beträgt nach der Unternehmerrechnung 1,5 Millionen, nach der Arbeiterrechnung 0,8 Millionen Mark.

Sieht man von neuen Angestelltengehältern (vielleicht 1 Million Mark) ab, so ergibt sich dennoch als gesamter Mehraufwand in der Unternehmerrechnung die Summe von rund 65 Millionen Mark, in der Arbeiterrechnung die Summe von rund 48 Millionen Mark. Jede dieser Summen ist geringer, als der Wert des oben angegebenen Produktionszuwachses.

Auch die Kosten durch Ausdehnung der Verordnung auf die eisenverarbeitende Industrie sind geringer,

als die Unternehmer sie angeben. Zieht man von der gesamten Belegschaftszahl der Vereinigten Stahlwerke (85 900) die Erz- und Kalkgrubenarbeiter (4200), die Hochofenarbeiter, die schon dreigeteilte Schichten haben (2150), die Arbeiter der Feinblechwalzwerke mit Achtstundenschicht (2100), die Weiterverarbeiter mit Dreischichtenbetrieb (rund ein Fünftel der Gesamtbelegschaft = 17 800), sowie die bereits in den Thomaswerken und Blockstraßen vorhandenen Ablöser (2000), ab, so verbleiben rund 60 700 Arbeiter, für die eine ausgedehnte Anwendung der Verordnung in Frage kommen könnte. Das würde die Neueinstellung von rund 17 000 Arbeitern bedeuten, nämlich 28 Proz. der obigen Zahl, oder einen Jahresmehrlohnaufwand von rund 43,6 Millionen Mark. Demgegenüber rechnen die Unternehmer mit einer entsprechenden Mehrlohnsumme von 65 Millionen Mark. Mithin stellt sich der erwartete Mehrlohnaufwand bei einer ausgedehnten Anwendung der Verordnung, unter Abzug solcher Arbeiter, die auch nach dem gesetzlichen Wortlaut der Verordnung zum Dreischichtensystem übergehen müssen, in der Unternehmerrechnung auf 42,5 Millionen, in der Arbeiterrechnung auf 32,5 Millionen Mark. Dazu kämen aber noch die 11prozentigen Lohnerhöhungen auf diesen Lohnaufwand; diese würden 3,5 Millionen bzw. 4,5 Millionen Mark betragen. Im ganzen stellt sich die Zusammenstellung wie folgt dar:

Vereinigte Stahlwerke A.-G.	Unternehmerrechnung (in Millionen Mark)	Nachprüfung durch die Arbeiter (in Millionen Mark)
Anwendung der Verordnung im engeren Sinne	22,5	11,1
Lohnerhöhung	27,5	23,9
Lohnausgleich für frühere Arbeitszeitverkürzung	8,3	8,6
1/12 soziale Lasten	4,8	3,6
2,5 Proz. Lohnsummensteuer	1,5	0,6
Zusammen	64,6	47,8
Ausdehnung der Verordnung auf die verarbeitende Industrie	42,5	32,5
Erhöhung dieses Mehrlohnaufwandes um 11 Proz.	4,5	3,5
Entsprechende soziale Lasten	3,5	2,7
Gehaltsmehraufwand	1,9	1,0
Insgesamt	117,0	87,5

Entscheidend ist die Frage nach der Zahl der neu Einzustellenden. Hier ergibt sich eine Differenz von je rund 10 Millionen in dem Fall der engen Anwendung der Verordnung sowohl wie in dem Fall ihrer weiteren Ausdehnung auf die eisenverarbeitende Industrie. Während die Arbeiter ihre Rechnung zu diesem Punkt durch Angabe der tatsächlich in Betracht kommenden Belegschaftszahl verstärkt haben, fehlt in der Rechnung der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" jede derartige Begründung. Es ergibt sich aus der Arbeiterrechnung, daß die Gesamtbelastung ungefähr 85 Millionen Mark darstellen würde. Die Mehrleistung beträgt aber 727 600 Tonnen Rohstahl im Jahr.

Der Wert dieser Mehrproduktion beträgt rund 73 Millionen Mark. Von dem errechneten Mehrlohnaufwand von rund 85 Millionen Mark bleiben also nur 12 Millionen Mark ungedeckt.

Aber auch der Teil des Lohnmehraufwandes, der durch die Produktionssteigerung nicht gedeckt wird, ist nicht als untragbar zu bezeichnen. Schon die großen Unterschiede, zum Beispiel in der Vergrößerung der Ofeneinheiten, Verbesserung der wärmewirtschaftlichen und der Transportanlagen zwischen den einzelnen Betrieben zeigen, daß hier noch ein weites Feld vor uns liegt. Ferner zeigen die Geschäftsabschlüsse der Eisenkonzerne, daß die Rationalisierung bereits Früchte trägt:

Hoesch hat 4,9 Millionen Mark Reingewinn bei 0,86 Millionen Tonnen Rohstahlproduktion, also **5,70 M. pro Tonne,** ausgewiesen,

Klöckner 7,2 Millionen Mark Reingewinn bei 1,4 Millionen Tonnen Rohstahlproduktion, also 5,15 M. pro Tonne,

Krupp 13 Millionen Mark Reingewinn bei 1,8 Millionen Tonnen Rohstahlproduktion, also **7,25 M. pro Tonne.**

Hingegen würde der durch die Produktionssteigerung nicht aufgewogene Teil des Mehrlohnaufwandes (12 Millionen Mark), auf die Produktion der Vereinigten Stahlwerke bezogen (8,5 Millionen Tonnen Rohstahl vor, 9,2 Millionen Tonnen nach der Einführung des Dreischichtenbetriebes), nur 1,30 bis 1,40 M. pro Tonne bedeuten.

Dabei hat man bei Aufstellung der Reingewinne die Rationalisierungskosten bereits reichlich abgeschrieben. Die Abschreibungen bei Hoesch betragen zum Beispiel 7,1 Millionen, bei Klöckner ebenfalls 7,1 Millionen Mark, so daß im letzteren Konzern nach seinen eigenen Angaben bereits fast die Hälfte der Neubauten abgeschrieben ist. Krupps Zahlen sind zeitlich die letzten – sie sind auch die höchsten. Es ist also wirtschaftlich möglich, aus diesem Gewinn einen Betrag abzuzweigen, ohne daß dabei das Unternehmen unrentabel wird. Ganz irreführend ist es dabei, wenn die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" die Lohnforderungen der Arbeiter mit der Größe der Dividenden vergleicht. Die Dividenden sind keineswegs dasselbe, wie die Gewinne der Gesellschaften. **Es kann also auch gezahlt werden ohne Bedrohung der Rentabilität.**

Korruption – wie ich sie auffasse . . .

Preußen gegen antiparlamentarische Hetze.

Von reaktionären bürgerlichen Blättern war die Behauptung aufgestellt worden, daß der preußische Staat für alle seine Unternehmungen und Unternehmungsinteressen eine neue Dachgesellschaft gründen wolle, und zwar zu dem Zweck, „Ministern, Staatssekretären und sonstigen politischen Beamten, an denen der republikanische Parlamentarismus einen großen Verschleiß hat, nach ihrer Verabschiedung Posten als Generaldirektoren und Vorstandsmitglieder in staatlichen Unternehmungen zu verschaffen". Der Amtliche Preußische Pressedienst dementiert die Nachricht, soweit sie die Absicht Preußens einer neuen Gründung betrifft, kategorisch. Er fügt mit Recht hinzu, daß der Zweck der Meldung die Herabsetzung des parlamentarischen Systems vor der Oeffentlichkeit sei. Er hätte aber noch etwas anderes hinzusetzen können, nämlich daß die Methode, für Minister, Staatssekretäre und sonstige politische Beamte Posten, und zwar mit sehr hohen Gehältern zu schaffen, gerade das System des Schwerkapitals darstellt, Demokratie, Parlament und Staatsverwaltung zum Nutzen privatkapitalistischer Sonderinteressen zu korrumpieren. Die preußische Staatsregierung hätte keineswegs zu gut zu sein brauchen, um diese Tatsache öffentlich festzulegen; die Spatzen pfeifen sie ja von den Dächern.

Automobilausstellung in Brüssel.

Der erste neue Ford.

F.W. **Brüssel,** im Dezember. (Eigenbericht.)

Den Abschluß der diesjährigen zahlreichen Automobilausstellungen bildet Brüssel. Zum einundzwanzigstenmal hat das schöne Palais du Cinquantenaire dem Automobilsalon seine Pforten geöffnet. Wie sehr die Brüsseler Ausstellung an Bedeutung gewonnen hat, erhellt am besten daraus, daß sich die erste Ausstellung im Jahre 1902 auf 2400 Quadratmeter Ausstellungsfläche und 70 Aussteller erstreckte, während der heutige „Salon" auf 35 000 Quadratmeter und mehr als 800 Aussteller angewachsen sind. Deutschlands Automobilindustrie ist lediglich durch Mercedes-Benz vertreten. Die verschiedenen Typen finden hier eine große Beachtung und die Preise lassen durchaus die Möglichkeit eines Geschäftes zu. An deutschen Motorrädern finden wir lediglich die Ein- und Zweizylinder DKW.-Maschinen, die mit 6000 und 11 000 belgischen Franken den anderen Erzeugnissen nicht nachstehen. Aus der deutschen Zubehörindustrie finden wir Bosch, Zeiß und Currus. Zahlenmäßig am stärksten vertreten ist Frankreich mit einigen 30 Firmen, dem Amerika mit rund 20 Ausstellern am nächsten kommt. Vollzählig ist naturgemäß die heimische belgische Industrie. Die übrigen Aussteller erstrecken sich auf Oesterreich, Italien und die Schweiz.

Das Ereignis des Salons ist der neue Ford, der hiermit in Europa zum erstenmal der Oeffentlichkeit gezeigt wird. Gegenüber seinem Vorgänger zeigt das neue Modell A eine Vervollkommnung, die sich vor allem in gefälliger Form, besserer Ausstattung und tieferer Rahmenlage ausdrückt. Auffälliges zeigt der Wagen dagegen nichts und die große Geheimnistuerei, die sich bis jetzt über den neuen Wagen erstreckt hat, erscheint wenig gerechtfertigt. Der Motor ist ein normaler Vierzylinder von 77 mal 107 bzw. 98 mal 107 Millimeter Zylinderabmessungen, wobei letzterer für das sogenannte amerikanische und das erstere für das europäische Modell verwendet wird, die sich sonst durch nichts mehr unterscheiden. Der Brennstoffverbrauch soll 7 bis 8 Liter pro 100 Kilometer und die Geschwindigkeit 85 bis 100 Kilometer in der Stunde betragen. Der Wagen wird mit sechs verschiedenen Karosserien (Ganzstahl) geliefert; außerdem auch noch als 1½ Tonnenlieferwagen.

Ein Preis wird noch nicht genannt. Wie verlautet, soll der Wagen drüben in Amerika je nach Art der Karosserie zwischen 385 und 570 Dollar ab Werk zu stehen kommen. Trotz seiner veränderten Form sieht man es dem Wagen an, daß auch er ein Ford ist.

Aus der neueren Geschichte der Reichsbahn.

Feststellungen ihres Generaldirektors.

In der Vortragsreihe der Berliner Industrie- und Handelskammer hat Dorpmüller, der Reichsbahngeneraldirektor, einiges Interessante über die Reichsbahn erzählt, was festgehalten zu werden verdient.

Auch bei der Reichsbahn sei nach der Inflation die Not die Lehrmeisterin gewesen: die Rationalisierung begann mit dem Personalabbau. Von rund 1 010 000 Arbeitern und Beamten wurden 310 000 abgebaut. Durch die Einführung der Kunze-Knorr-Bremse konnte das Zugbegleitpersonal um ein Drittel verringert werden. Das beste Personal käme jedoch nicht zur vollen Auswirkung, wenn die Organisation falsch sei. Nichts Schlimmeres gäbe es als zuviel Vorgesetzte, die ihre Existenzberechtigung in der Vermehrung überflüssiger Arbeit geltend machen.

Die Beschaffungspolitik sei mit Rücksicht auf die Wirtschaft sehr beweglich. So werde der Winterbedarf an Kohle schon im Sommer gedeckt, wenn die Bergwerke weniger zu tun haben und die Beschaffung von Oberbaumaterial gleichmäßig auf das ganze Jahr gegen regelmäßige Wochenzahlungen von 2,5 Mill. Mk. verteilt. Der Vorteil für die Reichsbahn liege dabei in niedrigen Preisen. Bei der Fahrzeugbeschaffung sei die Normalisierung der Einzelbetriebe soweit fortgeschritten, daß die einzelnen Teile gegeneinander ausgetauscht werden können.

Der Betrieb befördert zurzeit 19 Proz. mehr Personen als in der Vorkriegszeit, während die gefahrenen Personenkilometer sogar um 23 Proz. gestiegen sind. (Dafür hat man die Fahrtkosten zugunsten der Industriegüter erheblich verteuert.) Beim Güterverkehr ist die Zahl der geleisteten Tonnen um 4 Proz., und die Zahl der Tonnenkilometer um 3 Proz. gestiegen. Mit Hilfe der Kunze-Knorr-Bremse konnte die Geschwindigkeit der Züge erhöht werden, so daß weniger Züge nötig sind. In die Einrichtung der Kunze-Knorr-Bremse sind 300 Millionen hineingesteckt worden, die Ersparnis ist so groß, daß bis Ende 1928 das Anlagekapital getilgt ist und eine jährliche Ersparnis von 130 Millionen eintritt. Die Lokomotiven haben eine um 42 Proz. erhöhte

M. Schulmeister Berlin

Nur eigenes Fabrikat!

Passende Weihnachtsgeschenke für den Herrn!

Straßen-Anzüge von 39⁰⁰ an

Winter-Ulster 39⁰⁰ 49⁰⁰ 59⁰⁰ 69⁰⁰ 79⁰⁰

Hausjacken 12⁰⁰ 16⁰⁰ 18⁰⁰ 27⁰⁰

Fertige Beinkleider 4²⁵ 6²⁵ 8²⁵ 10⁵⁰ 14⁰⁰

Morgen Sonntag von 2 bis 6 Uhr geöffnet

M. Schulmeister

Kottbuser Tor

Zugkraft, so daß die Reichsbahn heute mit 22 000 anstatt mit 27 000 Maschinen auskommt. Mit der Typisierung der Lokomotive steht es noch schlecht. Zurzeit laufen noch 250 verschiedene Typen, während man mit 30 bis 40 Typen auskommen könnte. Die Ladefähigkeit des ganzen Wagenparks ist von 8 Mill. Tonnen 1913 auf fast 11 Mill. Tonnen, d. i. um 36 Proz. gestiegen.

Für den technischen Rationalisierungserfolg zeichnete Herr Dorpmüller also ein glänzendes Bild. Wann rationalisiert er seine höheren Beamten? Wann kommt die Rationalisierung der Reichsbahn auch ihren Hunderttausenden von Arbeitern und Beamten zugute? Die letzte Verwaltungsratssitzung berechtigt zu diesen Fragen.

Mehr Klarheit in die Vermögensbildung bei Versicherungsgesellschaften. Versicherungsgesellschaften haben aus ihren Prämieneinnahmen immer beträchtliche Kapitalien zu ihrer Verfügung. Sie sind deshalb eine wichtige Kreditquelle für die Wirtschaft. Insbesondere für die Gewährung von Hypotheken für den städtischen Baumarkt sind die Versicherungsgelder wichtig. An diese wichtigen Funktionen des Versicherungsgewerbes knüpfte auf der Tagung des Reichsverbandes der Privatversicherung der Reichswirtschaftsminister Curtius an, als er den Gesellschaften eine größere Durchsichtigkeit ihrer Geschäftsführung empfahl. Sie sollten sich nicht, wie bisher, mit jährlichen Veröffentlichungen begnügen, sondern in kürzeren Zeitabständen die Oeffentlichkeit und die Versicherten über den Stand ihres Geschäftes und damit auch ihrer verfügbaren Gelder unterrichten. Uebrigens hat sich die deutsche Privatversicherungs„industrie" gut erholt. So wurden auf der Tagung die Prämieneinnahmen für 1926 auf 1,7 Milliarden, also über 80 Proz. des Vorkriegsbetrages beziffert, während für 1927 noch bessere Einnahmen erwartet werden. Die Lebensversicherung, in der 1913 etwa 10,2 Milliarden „Lebens"kapital versichert war und die Ende 1913 Rücklagen von 5,7 Milliarden besaß, erhält durch die Aufwertung etwa 800 Millionen, also 10—15 Proz., ihrer verlorenen Vermögen zurück. Von besonderem Interesse waren die Ziffern über die Schäden und ihre Regulierung. So verliert die deutsche Volkswirtschaft täglich etwa 1 Million Mark durch Brandschäden. Die Haftpflichtschäden sind von 66 000 im Jahre 1924 auf 160 000 im laufenden Jahr gestiegen.

Die Internationale Rohstahlgemeinschaft hat auf ihrer Brüsseler Tagung beschlossen, daß für das nächste Vierteljahr 1928 diejenigen Produktionsquoten der einzelnen Länder gelten sollen, die für das letzte Vierteljahr 1927 festgelegt waren. Interessant ist der Schlußsatz der Brüsseler Wolff-Meldung, in dem gesagt wird, daß Deutschland die Vereinbarungen der Rohstahlgemeinschaft außer acht gelassen habe und deshalb eine Geldstrafe zahlen müsse. Es ist zunächst anzunehmen, daß es sich hierbei nur um die Strafgelder handelt (vier Dollar je Tonne ausgeführter, 1 Dollar je Tonne inländischer Mehrproduktion), die in dem Vertrag der Rohstahlgemeinschaft festgelegt sind. Die ausdrückliche Hervorhebung dieser Tatsache läßt aber darauf schließen, daß die deutsche Eisenindustrie einen Antrag auf den Erlaß der Strafgelder gestellt hat, der aber keine Berücksichtigung gefunden hat.

Brotteuerung in Frankreich. Die Erhöhung der Agrarzölle hat zum zweiten Male innerhalb 14 Tagen zur Heraufsetzung des Brotpreises um weitere 10 Proz. geführt. Auch die Preise der anderen Lebensmittel befinden sich in einer scharf ansteigenden Aufwärtsbewegung. Trotzdem bringt es die amtliche Statistik fertig, für den Monat November eine Senkung der Detailpreise um 20 Proz. herauszurechnen. Der „Peuple" wendet sich deshalb in aller Schärfe gegen die im Widerspruch zu den Tatsachen des allgemeinen Wirtschaftslebens stehenden Ergebnisse der amtlichen Berechnungen.

Erste Sitzung der deutsch-polnischen Verhandlungsführer. Nach eingehenden Besprechungen haben die Führer der deutschen und der polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen sich über die bei Beendigung des deutsch-polnischen Wirtschaftskonflikts beiderseits aufzuhebenden Kampfmaßnahmen sowie über die allgemeine Abgrenzung des Verhandlungsgebiets für das zu schließende Wirtschaftsabkommen geeinigt. Auf Grund dieses Ergebnisses haben die beiden Delegationen in Warschau eine erste Sitzung abgehalten, um in die gemeinsamen Beratungen einzutreten.

Aus der Partei.

Die Internationale Frauentagung in Köln hat mit einer Sitzung des Präsidiums des Frauenkomitees der Arbeiterwohlfahrt begonnen. Die Teilnehmerliste weist Vertreterinnen aller europäischen Länder auf.

Die sudetendeutsche und die tschechische Sozialdemokratie werden ihren gemeinsamen Kongreß gegen politische Reaktion, Bürgerblock und Verschlechterung der Sozialversicherung wahrscheinlich im Januar in Prag abhalten.

Auf zur Arbeiterwohlfahrtslotterie!

„Also, das sage ich dir, Lotte: Daß wir Lose für die Arbeiterwohlfahrtslotterie genommen haben, ist ein wahres Glück. Daran, daß ich ein Wochenendhaus gewinne, habe ich noch nicht eine Minute gezweifelt! Auf dein Los werden die Möbel fallen. Ob wir uns noch ein paar Lose kaufen für das nötige Geschirr? Und so billig! Eine halbe Mark, 50 Pf., das Los!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr. **Friedrichshain.** Kameradschaft Büsching: Sonnabend, 10. Dezember, 19½ Uhr, Zusammenkunft der Jugendkameraden bei Bänsch, Weberstraße 15. — **Sonntag, 11. Dezember. Kreis Osten:** 8¼ Uhr Propagandafahrt der Radfahrer. Antreten Arkonaplatz. Die Radfahrer der anderen Kreise werden gebeten, sich daran zu beteiligen. 12¾ Uhr Antreten zum Ummarsch Arkonaplatz. Pflichtveranstaltung. **Wedding:** 8¼ Uhr Antreten Arkonaplatz zur Propagandafahrt des Kreises Osten. 13 Uhr Antreten Uferstr. 12. **Prenzlauer Berg:** Kameraden, die sich am Werbeumzug des Kreises Osten beteiligen wollen, Antreten 13 Uhr Arkonaplatz. Radfahrer 8¼ Uhr daselbst zur Propagandafahrt. **Kreuzberg:** 8¼ Uhr Treffen der Radfahrer in Bundeskleidung mit Wimpel am Arkonaplatz zur Propagandafahrt des Kreises Osten. **Neukölln-Britz:** 8 Uhr Antreten Hohenzollernplatz aller Radfahrer zur Propagandafahrt. 5. Kameradschaft (Jungbanner): Antreten 8 Uhr Hohenzollernplatz. Pflichtveranstaltung. **Wassersportabteilung:** 13 Uhr Arkonaplatz Antreten zum Werbeumzug. — **Montag, 12. Dezember. Kreuzberg.** Jungmannschaft 3: 19½ Uhr Heimabend mit Lichtbildervortrag Jugendheim Wrangelstr. 126. **Steglitz:** 20 Uhr wichtige Kameradschaftsversammlung bei Schulz, Birkbuschstr. 90. Neuwahlen. **Adlershof.** Sportgruppe: 19 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim Roonstraße.

Funkwinkel.

Bruno Seidler-Winkler brachte ein Abend-Sinfoniekonzert mit drei wertvollen Werken. Das schöne Waldhornkonzert von Richard Strauß, das Prof. Paul Rembt als Solist meisterte, und die klare Struktur von Bachs 3. Brandenburgischen Konzert paßten sehr wohl zueinander. Bruno Seidler-Winkler mit dem Funkorchester wußte beide Werke vollendet zu gestalten. Beethovens 5. Sinfonie aber gehörte nicht in dieses Programm. Diese erschütterndste Sinfonie des Meisters braucht eine andere musikalische Umgebung, brauchte auch eine andere Interpretation. Seidler-Winkler erfaßte den geistigen Inhalt des Werkes nicht. Er schuf nur eine handwerklich gute Aufführung. — In dem Zyklus „Jüngste russische Dichtung" gab Dr. Fritz Schwiefert ein Bild der „revolutionären Epik". Lydia Seifulina, Leonow und Babel geben Bilder des heutigen Rußland und seiner Menschen. Großlinig, stark, ausdrucksreif die Seifulina, von dem Helldunkel der Dostojewskischen Kunst herkommend Leonow, klar, einfach, in knappen, gedrängten Skizzen Babel. Daneben steht aber eine andere Art revolutionärer Epik, in der das bolschewistische Rußland sich selber geistig zu deuten sucht. Der Hauptvertreter dieser Richtung ist Fjodor Gladkow, der nach einer Anzahl von Werken geringerer Bedeutung seinen großen Roman „Zement" schuf. — Staatssekretär Prof. Julius Hirsch begann eine Vortragsfolge über „Die moderne Industriewirtschaft". Diese ersten Darlegungen brachten außerordentlich aufschlußreiches Zahlenmaterial. Die Produktionskurve, die sich in und unmittelbar nach dem Kriege sehr gesenkt hatte, erreichte im Jahre 1926 bereits wieder Vorkriegshöhe. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist durch die technische Entwicklung und andere Faktoren wirtschaftlich mindestens wettgemacht. Von dem produzierten Kapital in Deutschland wird etwa ein Sechstel nicht verbraucht. Es tritt also ein ständige Zunahme der Kapitalgüter ein. tes.

„Der religiöse Gehalt der proletarischen Dichtung." Ueber dieses Thema spricht Pfarrer Lic. Dr. Piechowski im Bunde religiöser Sozialisten Montag, 12. Dezember, 19½ Uhr, in Neukölln, Herfurthstr. 9 (Gemeindesaal). Eintritt frei.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin, Geschäftsstelle: N 4, Schröderstr. 9, Telephon: Norden 3040. Monatsversammlung haben folgende Abteilungen: **Montag, 12. Dezember.** Schöneberg: Rosenthal, Eberstr. 68. Tempelhof: Stadlich, Mariendorf, Königstr. 44. Kreuzberg: Buhr, Blücherstr. 38. — **Dienstag, 13. Dezember.** Friedrichshain: Groß, Palisadenstr. 77. Mitte: Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz. Hermsdorf: Turnhallengebäude Roonstraße. Tiergarten: Lausch, Bochum-, Ecke Wiclefstraße. Wedding: Bellin, Schulstr. 12. — **Mittwoch, 14. Dezember.** Charlottenburg, Jugendheim Roßstraße 4. Prenzlauer Berg: Lokal wird noch bekanntgegeben. — **Donnerstag, 15. Dezember.** Treptow: Wildenbruch-, Ecke Graetzstraße. — **Montag, 19. Dezember.** Weißensee: Stärke, Charlottenburger, Ecke Tassostraße. — **Donnerstag, 22. Dezember.** Pankow: Jugendheim Kissingenstr. 48. — **Spandau:** Tag wird noch bekanntgegeben, Lokal Gupke, Lutherplatz 1. Beginn der Versammlungen 20 Uhr.

Jüdischer Arbeiter-Kulturverein Berlin, e. V. Sonnabend, 10. Dezember, 20 Uhr, Sophien-Säle, Sophienstr. 17—18, Vortrag vom jüdischen Dichter und Dramaturgen Perez Hirschbein über „China und Japan".

Schwimmverein Vorwärts 1897. Sonntag, 11. Dezember, 15 Uhr, Hallenschwimmfest im Stadtbad Wedding, Gerichtstr. 67. U. a. Springen, Wasserballspiel, Rettungsvorführungen, Staffel 8×25 Meter zwischen Streckentauchen und Brustschwimmen. Eintritt 30 Pf. Kinder 15 Pf.

Freier Körperkulturkreis Kreuzberg. Sonntag, 11. Dezember, 19½ Uhr, Sonnenwendfeier unter Mitwirkung des Rütli-Chors, Schulaula Manteuffelstraße 7. Unkostenbeitrag 30 Pf.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

1. Kreis Mitte. Sonntag, 11. Dezember, großer Demonstrationsumzug mit Musik. Treffpunkt 12¾ Uhr auf dem Arkonaplatz. Erscheinen aller Mitglieder wird bestimmt erwartet. Sympathisierende und „Vorwärts"-Leser sind willkommen.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Freie Schulgemeinde und Weltliche Schule Danziger Str. 33. Die 2. Feierstunde für die Mitglieder der Freien Schulgemeinde und die Eltern der Weltlichen Schule findet am Sonntag, 11. Dezember, pünktlich 11 Uhr, im Elysium, Prenzlauer Allee, Ecke Danziger Straße, statt. Programme, die zum freien Eintritt ermächtigen, werden für die Eltern in der Schule, für die kinderlosen Mitglieder bei den Obleuten abgegeben.

18. Kreis Pankow. Montag, 12. Dezember, 19½ Uhr, im Tükischen Zelt, Breite Str. 14, **Kreisdelegiertenversammlung.** Erscheinen unbedingt erforderlich.

Heute, Sonnabend, 10. Dezember:

13. Abt. Die Bezirksführer holen „Unser Weg" vom Genossen Kreßin, Puttkstraße 15a, ab. Die Sammellisten zur Weihnachtsfeier müssen bis zum 14. Dezember abgerechnet sein.
19. Abt. Die Bezirksführer holen „Unser Weg" vom Genossen Kemnitz ab.
20. Abt. 20 Uhr in der Löwenbrauerei, Hochstr. 3, **Geselliger Abend.** Von 15—20 Uhr Kinderveranstaltung. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder dorthin zu schicken. Alle Genossinnen und Genossen sowie Gäste sind herzlichst eingeladen. Sonntag, 11. Dezember, 9 Uhr, Besichtigung des Großkraftwerkes Klingenberg. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen.
28. Abt. Die Bezirksführer holen umgehend „Unser Weg" vom Genossen Welter ab.
47. Abt. „Unser Weg", Nr. 3, ist beim Genossen Jacobi in Empfang zu nehmen.

Morgen, Sonntag, 11. Dezember:

1. Abt. Treffpunkt zum Demonstrationsumzug 12¾ Uhr Arkonaplatz.
2. Abt. Sämtliche Genossinnen und Genossen beteiligen sich an dem Werbeumzug des Reichsbanners. Erscheinen aller ist Pflicht. Treffpunkt 12¾ Uhr Arkonaplatz. Die Bezirksführer wollen sämtliche Genossen zur Beteiligung auffordern.
4. Abt. Treffpunkt zum Werbeumzug 12¾ Uhr **Arkonaplatz. Erscheinen sämtlicher Genossen ist Pflicht.**
5. Abt. Treffpunkt zum Werbeumzug 12¾ Uhr **Arkonaplatz. Erscheinen ist Ehrenpflicht.**
6. Abt. Treffpunkt zum Werbeumzug 12¾ Uhr **auf dem Arkonaplatz. Niemand darf fehlen.**
7. Abt. Treffpunkt aller Genossen zur **republikanischen Kundgebung** 12¾ Uhr Arkonaplatz. Erscheinen ist Pflicht.
24. Abt. 10 Uhr bei Röner, Immanuelkirchstr. 26, **Sitzung der Weihnachtskommission mit den Gruppenführern.**
Abt. 124a Mahlsdorf-Süd. 9 Uhr Flugblattverbreitung. **Kein Genosse darf fehlen.**
131. Abt. Niederschönhausen. Bezirk Kleingartenpächter der Stadt Berlin, Blankenfelde: 14 Uhr Zahlabend. Anschließend gemütliches Beisammensein mit Frauen. Die Genossinnen und Genossen von Niederschönhausen sind besonders eingeladen. Gäste willkommen. (Lokal: Gemeindehaus Blankenfelde.)

Frauenveranstaltungen:

94. Abt. Neukölln. Sonntag, 11. Dezember, Besichtigung der **Hebammenlehranstalt** Mariendorfer Weg. Treffpunkt pünktlich 9¾ Uhr am Eingang.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz:

5. Kreis Friedrichshain. Die Abteilungsleiterinnen **werden gebeten, am** Montag in der Kreiskonferenz Adressen von Genossinnen mitzuteilen, die gewillt sind, als freiwillige Helferinnen für das Nachtische Kinderheim zu fungieren.

Jungsozialisten:

Gau Berlin-Brandenburg: Heute, Sonnabend, 10. **Dezember, 18¾ Uhr,** in der Sozialistischen Hochschule, Lindenstr. 3, Sitzung der Berliner Gauleitungsmitglieder. — **Gruppe Neukölln 1:** Sonntagsfahrt nach Strausberg. Treffpunkt am Sonntag 7½ Uhr am Ringbahnhof Neukölln.

Kinderfreunde Groß-Berlin:

Kreis Mitte: Wir treffen uns heute zum Wochenendkursus in der Jugendherberge Nowawes gegen 7 Uhr. Decken mitbringen.
Kreis Steglitz: Zur Fahrt am Sonntag, 11. Dezember, **treffen wir uns um** 10 Uhr im Heim Albrechtstraße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

43. Abt. Unser Genosse Gustav Domnick, Gräfestr. 77, ist verstorben. Ehre seinem Andenken! Einäscherung am Montag, 12. Dezember, 13½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.

Für die Back-Woche

Mit Reichelt's Qualitätswaren wird der Kuchen immer gut.
Bitte überzeugen Sie sich!
Wir überreichen bis Sonnabend, den 17. Dezember
auf jedes Pfund Delikateß-Margarine
Reichelt's „Ueberalles" Pfund 1.20
Reichelt's „Allerfeinste" Pfund 1.00
sowie auf jeden 5-Pfund-Beutel
Reichelt's Auszugsmehl à 1.55
einen großen Schokoladen-Weihnachtsmann

Butter Reichelt Kaffee

über 150 eigene Läden in Groß-Berlin